

Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 222 Juli / August 2022 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 222 Juli/August 2022



Gut getarnt steht die Guerilla im Kampf gegen die türkische Armee, die die Medya-Verteidigungsgebiete in Südkurdistan versucht zu besetzen.



Deutschland ist Vorreiter in der Repression gegen Kurd:innen in Europa, aber auch in anderen Ländern, z.B. in Frankreich,



Die Bevölkerung in Cizîrê in Rojava verurteilt auf einer Demonstration die täglichen Angriffe der Türkei auf Nord- und Ostsyrien.

Liebe Leser:innen,

nach etwas mehr als einem halben Jahr Ampel-Koalition in Deutschland können wir festhalten, in der Türkeipolitik der Bundesregierung hat sich rein gar nichts geändert. Nicht, dass wir große Hoffnungen gehegt hätten. Aber in welcher Geschwindigkeit insbesondere die Grüne Außenministerin ihre Kritik am Erdoğan-Regime ad acta gelegt hat und sich nun der Pflege der deutsch-türkischen Beziehungen widmet, mag doch den einen oder anderen etwas überraschen. Aus dem Außenministerium fallen jedenfalls keine kritischen Worte zum Krieg der Türkei in Südkurdistan, der übrigens vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages für völkerrechtswidrig erklärt wurde. Nichts zu hören ist von Frau Baerbock und ihrem Ministerium auch über die erneuten Kriegsdrohungen Erdoğans gegenüber Nord- und Ostsyrien oder die Massenfestnahmen von kurdischen Politiker:innen und Journalist:innen in der Türkei und Nordkurdistan. Stattdessen wird die »wiederentdeckte« Bedeutung von Ankara in der NATO gewürdigt, während das Innenministerium die schmutzige Türkeipolitik der Bundesregierung mit einer Abschiebeoffensive von Kurd:innen aus Deutschland flankiert. Deutschland leistet damit weiterhin seinen bedeutenden Beitrag für den Kampf gegen die kurdische Freiheitsbewegung. Und wenn es nach Erdoğan geht, sollen die Staaten Finnland und Schweden, deren Beitritt in den Nordatlantikbund derzeit durch ein Veto aus Ankara blockiert wird, auch verstärktes Engagement gegen den Freiheitskampf der Kurd:innen im Mittleren Osten und die Revolution von Rojava zeigen.

Das sind politische Schachzüge, die wir vom Erdoğan-Regime mittlerweile sehr gut kennen. Praktisch die gesamte Außenpolitik des eigenen Landes wird auf die Bekämpfung der kurdischen Freiheitsbewegung ausgerichtet. Ganz im Sinne der politischen Erpressung versucht die AKP Unterstützer:innen für ihren Kurs zu gewinnen. Welche Folgen diese Erpressungspolitik hat, sehen wir in den Kriegsregionen und den besetzten Gebieten Kurdistans. In Efrîn hat nun nach internen Machtkämpfen wohl der syrische Al-Qaida Ableger Hayat Tahrir al-Sham die Macht an sich gerissen. 2018 hatte die Türkei mit Hilfe von deutschen Leopard II Panzern Efrîn besetzt und dadurch diesen Entwicklungen den Weg geebnet. Nun droht die Türkei damit, Minbic und Tell Rifaat im Nordwesten Syriens anzugreifen. Und erneut scheint es für dieses Vorhaben stillschweigende Unterstützung aus Berlin zu geben …

Doch trotz aller widrigen Umstände, trotz aller Angriffe und Kriege begeht die Revolution von Rojava ihren zehnten Jahrestag. Kaum zu glauben, wie dieses System, das auf Basisdemokratie, Geschlechterbefreiung und ökologischem Bewusstsein basiert, trotz aller Angriffe der Türkei, des IS und anderer islamistischer Gruppierungen und trotz des Baath-Regimes kontinuierlich gewachsen ist und für immer mehr Menschen und Gemeinschaften ein würdevolles Leben möglich gemacht hat. Heute steht Rojava symbolisch für eine andere, für eine gerechtere Welt und findet überall auf dem Globus Anhänger:innen und Unterstützer:innen, die bereit sind, diese Revolution als ihre eigene zu verteidigen. Aus diesem Grund möchten wir uns allen zu diesem bedeutenden Jubiläum gratulieren und selbstverständlich aller Frauen und Männer gedenken, die bei der Verteidigung der Errungenschaften Rojavas ihr Leben lassen mussten.

Eure Redaktion

Aktuelle politische Lagebewertung

In Kurdistan wie in der Welt – für eine selbstbestimmte Gesellschaft

Arif Rhein, Mitarbeiter von Civaka Azad

Gewisse Ereignisse führen zu mehr als nur einer neuen politischen Phase. Der Zerfall der Sowjetunion, die US-Besetzung des Irak oder der Ende Februar begonnene Einmarsch Russlands in der Ukraine sind Ereignisse von derartiger Tragweite, dass sie langfristige historische Epochen einleiten bzw. deren Dynamik beschleunigen. Es ist daher aktuell sehr wichtig, die tagespolitischen Entwicklungen so einzuordnen, dass wir uns ihrer historischen Dimensionen und strategischen Folgen bewusst werden. Auf dieser Grundlage können wir als Mitglieder, Unterstützer:innen oder Sympathisant:innen der demokratischen Kräfte unseres Landes richtig erkennen, welche Antworten die gesellschaftlichen Kräfte auf die aktuellen politischen Verhältnisse finden müssen, um die Interessen der Frauen, Jugend, arbeitenden Bevölkerung und Völker zu wahren.

Seit über 30 Jahren tobt auf der Welt ein Dritter Weltkrieg. Dessen Zentrum sind weder die ehemaligen Sowjetrepubliken noch Fernasien. Im Mittleren Osten bekommen die Völker seit mittlerweile drei Jahrzehnten am stärksten zu spüren, zu welch massiven Verwerfungen die ideologisch-organisatorische Krise der kapitalistischen Moderne führt. Dazu gehören der Zerfall von Staaten, die Vertreibung von Millionen, die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen und der Genozid am kurdischen Volk. Weltweit haben sich seit dem Zerfall der Sowjetunion die Angriffe auf die grundlegendsten menschlichen Werte wie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Frieden um ein Vielfaches verstärkt.

Mit all diesen Begriffen – Weltkrieg, Genozid, Verteidigung der Freiheit – hantieren seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine die politischen, medialen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Vertreter:innen der kapitalistischen Moderne sehr offensiv. Täglich wird von der Gefahr eines »nahenden Dritten Weltkrieges«, dem Genozid an der Bevölkerung der Ukraine und der Verteidigung von Freiheit gegen Putins Regime gesprochen. So wichtig es für das Verständnis unserer historischen Epoche ist, diese zentralen Begriffe zu verwenden, so wird sich im weiteren Verlauf dieser Analyse doch zeigen, dass die demokratischen Kräfte ein großes Interesse daran haben, sie analytisch schärfer, selbstbestimmter und weniger propagandistisch zu benutzen – und sich damit vor den gefährlichen Folgen der Ablenkungs- und Verzerrungskampagnen staatlich-kapitalistischer Sprachrohre wie BBC, CNN oder der Tagesschau zu schützen.

Die zentralen Akteure des Dritten Weltkrieges und ihre Strategien

In der letzten Ausgabe des Kurdistan Reports wurden wichtige Beobachtungen zu den grundlegenden Merkmalen des Dritten Weltkrieges und der immer deutlicher hervortretenden multipolaren Weltordnung gemacht. Vor dem Hintergrund dieser Feststellungen können wir uns der aktuellen Politik der zentralen Akteure der kapitalistischen Moderne zuwenden: des Vereinigten Königreichs, der USA, Russlands, Deutschlands und Chinas, wobei wir aus Platzgründen hier nur auf drei von ihnen näher eingehen möchten. Es sind diese staatlich-kapitalistischen Mächte, die heute unter dem Einsatz verschiedenster Mittel um die besten Positionen in der multipolaren Weltordnung konkurrieren – und dabei allesamt bewusst auf die Zerstörung ganzer Länder wie der Ukraine oder des Irak, die Zerschlagung und Vertreibung ganzer Gesellschaften wie in Kurdistan oder Syrien und die Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen für Krieg setzen.

Die womöglich leiseste, aber dafür umso wirksamer agierende dieser Mächte ist zweifelsfrei Großbritannien. Seit Jahrhunderten vertritt der britische Staat einen Weltmachtanspruch, den er bis 1945 auch weitgehend praktisch für sich erheben konnte. Im Zuge dessen hat er umfassende Beziehungen, Erfahrungen und Wissen in allen bzw. über alle Regionen dieser Welt sammeln können. Seit dem Brexit sieht er sich wieder besser dazu in der Lage, seine Strategie des »Global Britain in a Competitive Age« (*Das globale Britannien im Zeitalter des Wettbewerbs*)[1] aggressiv und vielfältig umzusetzen. Die dazu

1 https://www.gov.uk/government/publications/global-britain-in-a-competitive-age-the-integrated-review-of-security-defence-development-and-foreign-policy

dienliche Strategie ist seit Jahrhunderten die gleiche und lässt sich aktuell sehr gut in Kontinentaleuropa beobachten: »teile und herrsche«.

In seinem 1997 veröffentlichten Buch »The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives« stellt der weltweit anerkannte Geostratege und ehemalige US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzeziński sehr eindrücklich dar, wie zentral die Spaltung Eurasiens für die Verfolgung eines globalen Machtanspruchs ist. Ein geeintes Eurasien, also ein Europa, mit Russland und Asien friedlich zusammenlebend, wirtschaftlich miteinander kooperierend und kulturell verwoben, wäre schlichtweg von außen nicht beherrschbar. Denn es würde über genug Land, natürliche Ressourcen und Menschen verfügen, um selbstbestimmt seine Interessen zu vertreten. Brzeziński nennt auch die Regionen Eurasiens, die sich besonders gut für die Spaltung des riesigen Kontinents eignen: Georgien, Korea … und die Ukraine.

Laut eigenem Bekunden britischer Minister:innen hat das Land seit 2014 über 20.000 ukrainische Soldat:innen an modernen NATO-Waffensystemen ausgebildet und tausende Raketen zur Bekämpfung von Panzern und Flugzeugen geliefert. Jüngst wurden dem auch moderne Mehrfach-Raketenwerfer hinzugefügt. Diese umfassende Unterstützung veranlasste den aktuellen ukrainischen Präsidenten zu einem öffentlichen Dank an seine britischen Partner[2]. Premierminister Johnson bezeichnete den seit Ende Februar tobenden Krieg als »Ukraine's finest hour«[3] und brachte damit deutlich zum Ausdruck, wie zufrieden der britische Staat mit deren Zerstörung und dem immer tiefer werdenden Graben zwischen Europa und Russland ist. Die BBC, die Großbritannien sehr bewusst als außenpolitisches Werkzeug versteht[4], bietet allen Interessierten seit dem 24. Februar ein 24-stündiges Propagandafeuerwerk aus Geschichten über ukrainische Kriegshelden, eine bedingungslos hinter ihrem Staat stehende Zivilbevölkerung und den völlig überraschend zu einem Kriegsverbrecher mutierten Putin.

Die britische Politik aus massiven Waffenlieferungen, engster politisch-militärischer Beratung, medialer Kriegspropaganda und diplomatischer Hofierung der ukrainischen Regierung ist unbestritten bisher sehr wirkungsvoll und befähigt die Ukraine zu einem langfristigen Krieg gegen Russland. Nur richtig ist sie nicht. Wer die Ukraine vor dem 24. Februar 2022 kennt, weiß sehr genau, wie wenig die dortige Gesellschaft von Staat, Bürokratie und den Politiker:innen in ihrem Land hält. Die ukrainische Armee besteht seit 2014 zu einem nicht unerheblichen Teil aus offenen Faschist:innen, was heute auch für die Staatsbürokratie und ihre Repräsentant:innen in der Regierung gilt. Nicht ohne Grund gehört es unter ihnen zum guten Ton, ukrainische Kollaborateure des deutschen Faschismus zu ehren[5]. Erst kürzlich wurden elf Oppositionsparteien des Landes schlichtweg verboten.[6]

Der britische Staat ist einer der größten Unterstützer dieser gefährlichen Entwicklungen, denn das Selenskyj-Regime bietet sich bereitwillig an, die Bevölkerung und den Reichtum der Ukraine dafür zu opfern, dass die britische »Teile und herrsche«-Politik das friedliche Zusammenleben der europäischen Gesellschaften unmöglich macht. Auch in anderen Teilen der Welt wird der britische Staat weiter darauf setzen, zu teilen und zu herrschen. Mithilfe des AUKUS-Paktes in Fernasien, gemeinsam mit Erdoğan und dem Barzanî-Clan im Mittleren Osten, an der Seite des aserbaidschanischen Regimes im Kaukasus und durch die Unterstützung teils offen faschistischer Regierungen wie derjenigen Polens und der Ukraine in Europa.

Es ist weder überraschend, dass Russland in der Ukraine einmarschiert ist, noch müssen wir groß über die Beweggründe des russischen Staates für diese folgenreiche Entscheidung rätseln. Wer z. B. die Rede Putins im Jahr 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz[7] oder die rund vierstündige Dokumentation zahlreicher Interviews Oliver Stones mit Putin aus dem Jahr 2017[8] aufmerksam verfolgt hat, kann sehr genau erkennen, um was es dem russischen Staat in dem Ukraine-Krieg geht: einen prominenten Platz in der multipolaren Weltordnung. In seiner Rede 2007 beklagte Putin, dass Russland sich dem internationalen Kapital bereitwillig öffne und selbst wenig von den Profitmöglichkeiten in anderen Teilen dieser Welt für sich beanspruche, der Westen aber einfach nicht genug bekomme. Spätestens seit 2007 wiederholt der höchste Vertreter des russischen Staates bei praktisch jeder Gelegenheit, dass Russland einen respektablen Platz unter den multipolaren staatlichen Machtzentren dieser Welt verlangt. Es geht Russland dementsprechend heute in der Ukraine weder um einen Genozid an der ukrainischen Bevölkerung noch um die Förderung von Freiheit, Demokratie und Gleichheit.

Ob der russische Staat seine Forderungen gegen die von der NATO ausgebildete und ausgestattete Allianz der ukrainischen Armee, faschistischer Gruppen und internationaler Söldner durchsetzen kann, ist durchaus fraglich. Das zentrale Problem Russlands besteht darin, dass es in Zeiten der ideologisch-

2 https://www.msn.com/en-gb/video/news/zelenskyy-thanks-britain-for-support/vi-AAWYwFU
3 https://www.nytimes.com/2022/05/03/world/europe/boris-johnson-ukraine-russia.html
4 https://www.gov.uk/government/publications/global-britain-in-a-competitive-age-the-integrated-review-of-security-defence-development-and-foreign-policy
5 https://www.german-foreign-policy.com/en/news/detail/8636
6 https://www.jungewelt.de/artikel/423104.parteienverbot-ist-absage-an-demokratie.html
7 https://www.youtube.com/watch?v=RFlcWpBtQco
8 https://www.youtube.com/watch?v=EYH3ml0y_9w

organisatorischen Krise der kapitalistischen Moderne nichts grundlegend Neues anzubieten hat. Auf der Grundlage eines stark zentralistischen Staates, eines ausgeprägten Nationalismus und militärischer Stärke wird das Land vielleicht seinen Platz unter den Machtpolen dieser Welt behaupten können, zur Lösung der immensen Probleme der Menschheit kann es auf diese Weise aber praktisch nichts beitragen.

Für den Krieg in der Ukraine hat Russland bereits einen enormen Preis gezahlt. Selbst wenn es sein Ziel erreicht, dass die Ukraine sich politisch neutral, militärisch schwach und wirtschaftlich abhängig zwischen Moskau und dem Westen verortet, wird der enorme politische und wirtschaftliche Druck der NATO-Länder und ihrer Verbündeten in Verbindung mit den schweren militärischen Verlusten in der Ukraine Russland zwangsläufig zur Überprüfung seiner Politik zwingen. Nicht unwahrscheinlich ist, dass der russische Staat in anderen Teilen der Welt Rache für seine Demütigung in der Ukraine nehmen wird. Dementsprechend aufmerksam werden wir in nächster Zeit die Rolle Moskaus im Kontext der Spannungen auf dem Balkan, im Kaukasus und im Mittleren Osten verfolgen müssen.

In Deutschland sind im Zuge des Ukraine-Krieges innerstaatliche Widersprüche derart offen zutage getreten, dass wir von einer Art Staatskrise sprechen können. Der historisch alte Konflikt zwischen eurasisch orientiertem deutschen Kapital, das politisch insbesondere durch Teile der SPD, aber auch durch die Merkel-Kreise in der CDU vertreten wird, und transatlantisch verwurzelten deutschen Kapitalfraktionen ist mit der neuen Regierung aus SPD, Grünen und FDP förmlich explodiert. Nicht nur wurden strategische Energieprojekte wie Nord Stream 2 gestoppt und die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland massiv eingeschränkt, auch mit Waffenlieferungen und umfangreicher diplomatisch-medialer Unterstützung beteiligt sich der deutsche Staat heute an der Zerschlagung des Friedens im westlichen Teil Eurasiens.

Dieser Konflikt wurde erst politisch ausgetragen, als zu Beginn der neuen Regierung ein öffentlicher Streit zwischen dem SPD-kontrollierten Kanzleramt und dem Grünen-Außenministerium darüber entbrannte, wer die Außenpolitik der künftigen Regierung festlegen werde. Insbesondere aufgrund politischer Kader der Grünen wie Baerbock, Hofreiter, Nouripour und Habeck lässt sich die aktuelle politische Führung Deutschlands als Kriegsregierung bezeichnen. In Faschisten wie Selenskyj und Erdoğan, Autokraten wie dem katarischen Herrscherhaus oder NATO-Marionetten wie der taiwanesischen Führung meint die Grünen-Führungsriege zukunftsträchtige Partner Deutschlands erkannt zu haben.

Staatsvertreter:innen, die sich für die Interessen des eurasisch orientierten deutschen Kapitals stark machen, z. B. Gerhard Schröder, Sigmar Gabriel, Walter Steinmeier oder Angela Merkel, werden medial und politisch unisono an den Pranger gestellt. Die innerstaatlichen deutschen Widersprüche sind derart tief, dass die miteinander konkurrierenden Staats- und Kapitalfraktionen des Landes nicht mehr davor zurückschrecken, aktive und ehemalige Staatskader zu demütigen und praktisch für vogelfrei zu erklären. Das zeigt, wie schwer die politische Krise des deutschen Staates heute ist.

Historisch nicht neu ist die panisch-aggressive Reaktion der deutschen Medienhäuser, wissenschaftlichen Elite und politischen Entscheidungsträger:innen gegen jegliche Widerrede, die sich angesichts der Verwicklung Deutschlands in einen Krieg auf europäischem Boden regt. Die Ideen demokratisch gesinnter deutscher Künstler:innen und Intellektueller, die einen kritischen offenen Brief verfassten, wurden für weltfremd und gefährlich erklärt und die marginalen Proteste der Antikriegsbewegung Deutschlands im Rahmen der Ostermärsche mit einer mehrtägigen Medienkampagne verleumdet. Der Bundeskanzler Olaf Scholz bezeichnete die Forderungen der Protestierenden gar als »zynisch« und »aus der Zeit gefallen«.[9] Derart intolerant, militaristisch und verängstigt zeigt sich heute das wahre Gesicht der »neuen deutschen Verantwortung«.

Aktuell haben zweifellos die NATO-Transatlantiker:innen der deutschen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Elite im Staat das Ruder an sich gerissen und werden auch in nächster Zeit aggressiv auf die Durchsetzung ihrer Interessen pochen. Sie sind sich durchaus dessen bewusst, wie riskant die Zerstörung des eurasischen Friedens ist und wie sehr sich gesellschaftlicher Protest in Deutschland gegen die unmittelbaren Folgen dieser Politik – z. B. Preissteigerungen, Stärkung faschistischer Kräfte, Demokratieabbau und Krieg – regen wird. Repräsentiert von der faktisch von den Grünen geleiteten Bundesregierung wird der deutsche Staatsapparat daher in Zukunft immer stärker versuchen, politischen Widerspruch zu delegitimieren bzw. zum Schweigen zu bringen, den wirtschaftlichen Druck auf die Menschen des Landes mit angeblich unvermeidlichen Folgen von Kriegen zu rechtfertigen und eine militaristisch-undemokratische Außenpolitik durch die Beförderung von Angstreflexen der Deutschen zu ermöglichen.

So unterschiedlich die Ausgangslage der verschiedenen staatlichen Akteure der kapitalistischen Moderne sein mag, sie alle bedienen sich bestimmter Werkzeuge, um sich im seit über 30 Jahren andauernden Dritten Weltkrieg zu behaupten und damit ein eigenständiger Machtpol in der multipolaren Welt zu werden. Insbesondere britische

9 https://www.n-tv.de/politik/Scholz-wirft-Pazifisten-Zynismus-vor-article23301733.html



Seit dem 14. April 2022 wurde Südkurdistan mehr als 2000 Mal von der Türkei aus der Luft bombardiert; Foto: ANF

Regierungsvertreter:innen sprechen sehr offen darüber und rechtfertigen den Einsatz militärischer Gewalt, wirtschaftlicher Sanktionen und medialer Kampagnen mit der Verteidigung von Freiheit und Demokratie gegen die Autokratien dieser Welt, womit letztendlich vor allem Russland und China gemeint sind. Ein mediales und politisches Spiel mit den Ängsten der Menschen vor einer Pandemie lässt sich seit dem Beginn der Corona-Pandemie Anfang 2020 praktisch tagtäglich beobachten. Gestern war es Corona, heute sind es die Affenpocken und morgen kann es eine weitere Krankheit sein, die gesetzlich geregelte soziale Isolierung und Einschränkung demokratischer Rechte ermöglicht, während das gesellschaftliche Klima durch Angst vor den eigenen Mitmenschen den Menschen anscheinend keinen anderen Ausweg lässt, als sich in die vermeintlich schützenden Arme von »Vater Staat« zu werfen und in die digitale Welt von Netflix, Meta und Co. zu flüchten.

Militär, Wirtschaft, Medien und Biologie sind damit Teil des umfassenden Repertoires, mit denen die Akteure der kapitalistischen Moderne sich heute im Rahmen des Dritten Weltkrieges gegenseitig bekämpfen und zugleich die Gesellschaften, Völker und Individuen dieser Welt pausenlosen Angriffen aussetzen. Die staatlichen Akteure haben die Beschaffenheit des Dritten Weltkrieges, der sich maßgeblich von den ersten beiden Weltkriegen unterscheidet, gut erkannt und sich auf seine Langwierigkeit und Komplexität eingestellt. Je mehr auch die demokratischen Kräfte dieser Welt dies tun, desto schneller werden sie diesen aus der Sicht der Menschheit völlig sinnlosen Krieg beenden und sich an die eigentliche Agenda der Völker, Frauen, Jugend und arbeitenden Bevölkerung machen können.

Der Genozid im Mittleren Osten

In Folge der sich verschärfenden Krise der kapitalistischen Moderne gewinnen auch die Spannungen im Mittleren Osten an Fahrt. Sowohl der Krieg in der Ukraine als auch die Kriege im Mittleren Osten sind das Ergebnis der Konkurrenz staatlicher Akteure um ihren Platz in der multipolaren Weltordnung und der ideologisch-organisatorischen Krise der kapitalistischen Moderne. Entsprechend eng stehen sie miteinander in Verbindung. Seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine Ende Februar diesen Jahres haben zahlreiche Konflikte im Mittleren Osten deutlich an Schärfe gewonnen. Damit ähneln die derzeitigen Entwicklungen in gewisser Weise denen im Jahr 2014, als wenige Monate nach der russischen Besetzung der Krim der Mittlere Osten durch die Offensive des Islamischen Staates (IS) in ein vollständiges Chaos gestürzt wurde.

Der türkische Staat nutzt die Widersprüche der internationalen Mächte und die angespannte Lage der NATO, um das kurz- bis mittelfristig wichtigste Ziel seiner neoosmanischen Politik Schritt für Schritt durchzusetzen: die Annexion Nordsyriens und Südkurdistans. Dadurch würde er nationalstaatliche Grenzen (wieder)herstellen können, die sich die türkische nationale Bourgeoisie vor 100 Jahren als Ziel gesetzt hatte, aufgrund des Drucks Frankreichs und Englands aber nicht errei-

chen konnte. Die Durchsetzung einer 30 Kilometer tiefen und ca. 1400 km langen Besatzungszone entlang seiner südlichen Grenze würde es dem türkischen Staat erlauben, Syrien und den Irak derart massiv zu destabilisieren, dass die Annexion der restlichen Teile gemäß dem Misak-ı Milli [Nationalpakt] keine größeren Schwierigkeiten mehr bereiten dürfte. So weit der Plan.

Da die konkrete Umsetzung aber derzeit in den südkurdischen Gebieten Zap, Avaşîn und Metîna aufgrund des Widerstandes der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (HPG und YJA-Star) scheitert, sucht das türkische AKP-MHP-Regime nach vermeintlich leichteren Angriffszielen in Nordsyrien. Gelingt es der Türkei tatsächlich, Gebiete wie Şehba und Minbic zu besetzen, wäre der Weg nach Aleppo nur noch ein Katzensprung. Damit wäre das westliche Ende der Südgrenze nach dem Misak-ı Milli erfolgreich hergestellt. Die öffentlich geäußerte Zustimmung der oppositionellen Republikanischen Volkspartei (CHP) zeigt, dass es sich hierbei um eine Politik des türkischen Staates und nicht einer einzelnen Regierung oder eines Diktators wie Erdoğan handelt.

Aus Sicht der NATO, insbesondere der USA, Großbritanniens und Deutschlands, erscheint das Misak-ı-Milli-Ziel durchaus unterstützungswürdig, da dadurch der iranische Einfluss in der Region entscheidend zurückgedrängt werden würde. Zugleich scheint man in Brüssel, Washington, London und Berlin ungeduldig darauf zu pochen, mithilfe der Türkei syrisches und irakisches Gas und Öl nach Europa zu befördern und damit die wirtschaftliche Isolierung Russlands zu erleichtern. Die jüngste Annäherung zwischen Israel und der Türkei zeigt deutlich, dass auch Jerusalem die türkischen Ambitionen wohlwollend betrachtet. Wichtig ist dabei, nicht zu vergessen, dass der türkische Staat insbesondere aufgrund seiner wirtschaftlichen und militärischen Abhängigkeit von der NATO eine stark von außen bestimmte Politik verfolgt. Die türkische Bourgeoisie mag zwar von einem neuen Osmanischen Reich träumen und sich angesichts immer neuer Besetzungsoperationen auch einreden, dies tatsächlich erreichen zu können, doch sowohl ihre ideologischen Wurzeln in den Hauptstädten Westeuropas als auch ihre heutige wirtschaftlich-militärische Verfassung lassen sie eher wie einen wild gewordenen Hund erscheinen, der von der NATO, aber auch Russland und China eng an der Leine gehalten wird. Abgesehen von den außenpolitischen Beweggründen ist das AKP-MHP-Regime innenpolitisch von der Angst vor dem Machtverlust bei den nächsten Wahlen getrieben. Krieg und Nationalismus sind daher willkommene Mittel, um die Bevölkerung von den eigentlichen Problemen des Landes abzulenken und die Oppositionsparteien zur unkritischen Unterstützung der Regierung in Kriegszeiten zu zwingen.

Unbestreitbar enorm sind die Zerstörungen, die mit der türkischen Politik im Mittleren Osten einhergehen. Insbesondere Kurdistan und das kurdische Volk sind einer Völkermordpolitik ungeahnten Ausmaßes ausgesetzt. Ca. 650 Dörfer sind aktuell allein in Südkurdistan von der Räumung bedroht. 150 Dörfer in der Region wurden seit 2015 vollständig entvölkert. Diese Zahlen sind wenig verwunderlich, wenn man sich vor Augen führt, dass türkische Kampfflugzeuge und Drohnen die Region seit dem 14. April 2022 mehr als 2000 Mal aus der Luft bombardiert haben und dort rund 700 Angriffe mit chemischen Waffen durchgeführt wurden. Auch in den Großstädten Südkurdistans geht der türkische Staat mithilfe von durch den Geheimdienst MIT angeheuerten Auftragsmördern immer stärker gegen Kurd:innen vor, die sich offen gegen die türkische Besatzungspolitik stellen. Der Mord an Zeki Çelebi in Silêmanî (Sulaimaniya) im Mai und an einem weiteren nordkurdischen Patrioten wenige Tag vorher in der Stadt Duhuk zeigen dies deutlich. In Nord- und Ostsyrien sind es die mittlerweile alltäglichen Drohnen- und Artillerieangriffe, die die Zivilbevölkerung aus ihren Dörfern und Städten vertreiben sollen.

Das kurdische Volk sieht sich im Jahr 2022 also mit der realen Gefahr konfrontiert, seiner Lebensgrundlagen in Nord-, Süd- und Westkurdistan vollständig beraubt zu werden. Im Rahmen des Misak-ı-Milli Projekts sollen nämlich die unerträglichen Verhältnisse in Efrîn – Vertreibung der kurdischen Bevölkerung und Ansiedlung hunderttausender arabischer und turkmenischer Islamisten samt deren Familien – auf drei Viertel Kurdistans ausgeweitet werden. Dass dadurch in Kurdistan faktisch ein »Islamischer Staat« unter dem Protektorat Ankaras entstehen würde, lässt auch für die Sicherheit Europas nichts Gutes erwarten.

Neben der Türkei ist es der Iran, der als Regionalmacht die Entwicklungen in der Region entscheidend prägt. Die Verhandlungen des Landes in Wien mit den führenden Mächten der kapitalistischen Moderne scheinen trotz stetig wiederholter, gegenteiliger Beteuerungen aller Beteiligten mittlerweile ernsthaft ins Stocken geraten zu sein. Russland ist aktuell nicht sonderlich an einem erfolgreichen Abkommen interessiert, da dies nur NATO-Kräfte, die gegen den Iran im Mittleren Osten gebunden sind, für Provokationen gegen Russland und China freistellen würde. Und auch Israel ist weiter vehement gegen eine Einigung mit Teheran. Der Iran hat seit Jahresbeginn insbesondere in Südkurdistan und dem Irak sehr entschlossene politische und militärische Schritte unternommen. Mithilfe des von ihm kontrollierten irakischen Verfassungsgerichtes greift er den von der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) kontrollierten Verkauf südkurdischen Öls und Gases nach Israel und Europa an. Ein jüngstes vom irakischen Parlament verabschiedetes Gesetz, das jegliche Beziehungen zu Israel un-

ter Strafe stellt, ist ein weiterer offener Angriff gegen die PDK und ihre Freunde in Jerusalem. Militärisch haben wiederholte Raketenangriffe auf Hewlêr (Erbil) und südkurdische Ölfirmen in den letzten Monaten deutlich gemacht, dass der Iran nicht mehr bereit ist, das Ausmaß der Aktivitäten israelischer und westlicher Geheimdienste, Militärs, Regierungen und Firmen vor der iranischen Haustür zu dulden.

Während der Iran selbst von schweren inneren Unruhen und Protesten erschüttert wird, die insbesondere mit dem Mangel an Demokratie und den wirtschaftlichen Folgen der Krise der kapitalistischen Moderne zusammenhängen, setzt das Regime im Ausland weiter auf von ihm ausgebildete, ausgestattete und koordinierte Stellvertreterkräfte im Jemen, Libanon, Irak, in Syrien, und Afghanistan. Dadurch hofft es, den Mittleren Osten im eigenen Interesse destabilisieren zu können, um es den zahlreichen regionalen und internationalen Feinden des Landes möglichst schwer zu machen, sich dem Iran selbst zuzuwenden. Politisch, gesellschaftlich oder wirtschaftlich hat Teheran jedoch praktisch nichts zu bieten, was zu einer Lösung der Probleme im Mittleren Osten beitragen könnte.

Der globale Kampf für Freiheit

Weder die NATO in der Ukraine noch die USA in Taiwan oder die EU in Afghanistan verteidigen die wichtigsten menschlichen Werte wie Freiheit, Gleichheit und Demokratie. Bei einem Blick auf die Gesellschaften und Völker in den verschiedenen Teilen der Welt wird deutlich, dass es die nichtstaatlichen, antikapitalistischen Bewegungen, Organisationen und Einzelpersonen sind, die sich immer stärker gegen die Krise der kapitalistischen Moderne auflehnen. In ihren Methoden – zivile Proteste, bewaffnete Selbstverteidigungskräfte, parlamentarische Arbeit, gesellschaftliche Selbstorganisierung, juristische Kämpfe, gewerkschaftliche Organisierung etc. – mögen sie sich unterscheiden, doch in ihrem zentralen Ziel – ein freies Leben – sind sie eins.

Kurdistan ist und bleibt eine wichtige Inspirationsquelle für alle nach Freiheit strebenden Menschen, Gesellschaften und Völker dieser Welt. Aus eigener Kraft wird dort militärisch, politisch, kulturell, wirtschaftlich und sozial gegen türkischen Faschismus und Genozid Widerstand geleistet. Aufgrund der herausragenden Bedeutung der Revolution in Kurdistan bedeutet die Verteidigung der dortigen Errungenschaften einen Dienst an der gesamten Menschheit. Wenn also Millionen von Menschen in Nordkurdistan in der Türkei politisch gegen die Isolation Abdullah Öcalans kämpfen, kämpfen sie damit für das Recht von Millionen von Menschen auf der gesamten Welt, Zugang zu ihrem Vordenker und politischen Ideengeber zu erhalten. Wenn dort für die Verteidigung der kurdischen Sprache und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gegen eine staatliche Drogen-, Prostitutions- und Vergewaltigungspolitik gekämpft wird, dann wird damit auch eine der ältesten Kulturen der Welt verteidigt und das kulturelle Mosaik der Menschheit gegen die grauen Homogenisierungsbestrebungen der kapitalistischen Moderne beschützt. Wenn in Rojava Millionen von Menschen trotz türkischer Besatzungsangriffe, islamistischer Tyrannei und eines Wasserkrieges die Gelegenheit geboten wird, sich demokratisch zu organisieren und die Verteidigung ihrer Heimat selbst in die Hand zu nehmen, dann wird damit allen Gesellschaften dieser Welt gezeigt, welch enorme Kraft gesellschaftliche Selbstverwaltung freisetzt. Wenn die Guerilla-Kräfte der HPG und YJA-Star in Südkurdistan monate- und jahrelang erfolgreich gegen die NATO und Türkei Widerstand leisten, beweist das allen Völkern der Welt, dass sie selbst dazu in der Lage sind, sich professionell und moralisch intakt gegen staatliche Angriffe zu verteidigen. In nächster Zeit wird es für das kurdische Volk und die Gesellschaft Kurdistans wichtig sein, zum einen ihre Selbstverteidigung noch stärker zu vergesellschaften und auch in die Städte der Türkei zu tragen und zum anderen noch kreativer und entschlossener beim Aufbau demokratischer Selbstverwaltungsstrukturen in Nord- und Ostsyrien, Mexmûr, Şengal, Qendil und Nordkurdistan zu sein.

In Sri Lanka zeigt sich seit Wochen in aller Deutlichkeit, wozu physischer Genozid langfristig führt. Seit der militärischen Zerschlagung der tamilischen Bewegung 2009, die ohne die langjährige Unterstützung britischer Militärs und Politiker:innen so wahrscheinlich nie möglich gewesen wäre, herrscht in Sri Lanka ein Familienclan auf diktatorische Weise. Die »tamilische Lösung« bestand also in der physischen Vernichtung der gesellschaftlichen Führungskräfte der Tamil:innen, der Errichtung eines von den Kräften der kapitalistischen Moderne abhängigen Kollaborationsregimes und der rücksichtslosen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Sri Lankas. Kein einziges der gesellschaftlichen Probleme wurde seit 2009 auch nur ansatzweise gelöst. Entsprechend schnell kam es nun im Zuge der globalen wirtschaftlichen Krise, die durch die Widersprüche der kapitalistischen Machtzentren hervorgerufen wird, zu schweren Protesten im Land. Der srilankische Staat ist heute zahlungsunfähig und wirtschaftlich derart von Korruption und kolonialer Ausbeutung geprägt, dass er nicht einmal mehr die Nahrungsmittelversorgung seiner Bevölkerung gewährleisten kann.

Vor dem Hintergrund ihrer jahrzehntelangen modernen Widerstandsgeschichte stehen die Führungskräfte der tamilischen Gesellschaft heute also vor der Herausforderung, wirksamen gesellschaftlichen Widerstand zu organisieren, der über spontane Proteste hinausgeht und auf einem breiten Bündnis aller demokratischen Teile der Gesellschaft fußt. Das mag angesichts

der Brutalität des sri-lankischen Regimes und seiner internationalen Unterstützer nicht einfach sein, hat aber aufgrund des kulturellen Charakters des tamilischen Widerstandes und der frischen Organisations- und Kampferinnerungen der Gesellschaft gute Erfolgschancen. Entscheidend wird es sein – auf Grundlage einer ehrlichen und umfassenden Selbstkritik –, das Paradigma, die Strategie und Taktiken des Widerstandes an die heutigen Verhältnisse in Sri Lanka anzupassen. Die Proteste der Bevölkerung in den vergangenen Monaten zeigen deutlich, dass die Menschen bereit für einen neuen Aufbruch sind.

In Südamerika leisten die Völker und Kulturen seit Jahrzehnten entschlossen und geduldig Widerstand gegen die unmittelbaren Folgen des US-Imperialismus und die ihnen aufgezwungene Lebensweise der kapitalistischen Moderne. In Bolivien, Venezuela, Chile, Brasilien und Kolumbien sind es breite Allianzen insbesondere aus Student:innen, indigenen Völkern und Frauen, die gegen Faschismus, ökologische Zerstörung und kolonialistische Ausbeutung Widerstand leisten. Die Stärke dieses gesellschaftlichen Widerstandes spiegelt sich u. a. auch in den letzten Wahlergebnissen in Bolivien, Chile und Kolumbien wider, während Ähnliches für die nächsten Wahlen in Brasilien zu erwarten ist.

Das ist sowohl ein Erfolg als auch eine Gefahr. Denn die Kräfte der kapitalistischen Moderne samt der südamerikanischen Staatsbürokratien, die seit Jahrzehnten mit ihnen kollaborieren, sind äußerst erfahren in der parlamentarischen Vereinnahmung gesellschaftlicher Widerstände. Die als »sozialdemokratisch« oder »links« bezeichneten Präsidenten Mexikos oder Chiles zeigen deutlich, welch große Kompromisse gesellschaftlichen Widerstandsbewegungen abgerungen werden, sobald sie ihre Vertreter:innen in Staatsämter bringen.

Gerade Chile wird von der kapitalistischen Moderne seit den 70er Jahren als politisches Labor benutzt. Nach dem NATO-Putsch, der 1973 Pinochet an die Macht brachte, wurde in dem Land praktisch zum ersten Mal auf umfassende Art und Weise das neoliberale Modell installiert, das ab den 80er Jahren die gesamte Welt erfassen sollte. So fanden die Kräfte der kapitalistischen Moderne eine globale Antwort auf ihre ideologisch-kulturelle Krise, die Ende der 60er Jahre zum Ausbruch gekommen war. Heute werden sich die demokratisch-revolutionären Kräfte Südamerikas dementsprechend sehr aufmerksam dagegen verteidigen müssen, dass sie durch Wahlen, Verfassungsreferenden und andere staatliche Befriedungsangebote von ihrer engen Verbundenheit mit der Gesellschaft und ihren konsequenten Forderungen nach Demokratie, Freiheit und Gleichheit abgebracht werden. Gelingt ihnen das, haben sie aufgrund der Breite ihrer Bündnisse, der kulturellen Verwurzelung ihres Kampfes und ihrer organisatorischen Kampferfahrungen beste Voraussetzungen dafür, sich von dem Joch der kapitalistischen Moderne zu befreien.

Angesichts der weitreichenden gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie und der Rückkehr eines schweren Krieges auf europäischem Boden sehen sich die demokratischen Kräfte der deutschen Gesellschaft heute mit großen Herausforderungen konfrontiert. Fügen wir dem noch die andauernde ökologische Zerstörung und die systematischen Angriffe auf Frauen hinzu, erkennen wir leicht, wie stark auch die deutsche Gesellschaft heute von der Krise der kapitalistischen Moderne betroffen ist. Die Entwicklungen seit dem Beginn des Ukraine-Krieges machen deutlich, dass die demokratischen Kräfte dort insbesondere vor der Herausforderung stehen, ihre Gesellschaft vor ideologischen Angriffen in Form von Nationalismus und Militarismus zu verteidigen. Gelingt dies nicht, werden wichtige gesellschaftliche Kämpfe gegen ökologische Zerstörung, für die Gleichberechtigung der Frau oder gegen die neoliberale Prekarisierung von Arbeit in Zukunft immer stärker mit nationalistischen Argumenten und Krisen- bzw. Kriegsrhetorik marginalisiert werden.

Als ein wichtiges politisches und wirtschaftliches Zentrum Europas haben die demokratischen Kräfte Deutschlands wohl oder übel die Verantwortung, der Zerschlagung der Völkerfreundschaft in der Region eine selbstbewusste Initiative für ein wirklich demokratisches, kulturell vielfältiges, friedliches, ökologisches, wirtschaftlich gerechtes und mit seinen Nachbarn auf Augenhöhe zusammenlebendem Europa zu starten. Kleinteilige Proteste und Widerstände wie Waldbesetzungen, Streiks oder antifaschistische Selbstverteidigungsaktionen werden daher langfristig nur einen wirksamen Beitrag zu Demokratie, Gleichheit und Freiheit in Deutschland und Europa leisten können, wenn sie Teil eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses der demokratischen Kräfte Deutschlands werden. An der Kurzlebigkeit, Zersplitterung und paradigmatischen Leere der vergangenen Jahrzehnte festzuhalten würde nur dazu führen, staatliche Kräfte liberaler oder faschistischer Couleur dazu einzuladen, den wachsenden gesellschaftlichen Unmut für ihre machtfokussierten Interessen und gefährlichen Pläne zu instrumentalisieren.

Seit dem Fall der Mauer konnte die Gesellschaft Deutschlands nicht mehr so unmittelbar wie heute spüren, dass sich die kapitalistische Moderne in der Krise und damit die gesellschaftlichen Verhältnisse im Umbruch befinden. Entsprechend stark sind die Jugend, Frauen, Kulturen und arbeitende Bevölkerung Deutschlands aktuell auf der Suche nach Kräften, die ihnen befriedigende Antworten auf ihre Ängste, Hoffnungen und Träume geben. Dem gerecht zu werden mag vor dem Hintergrund der aktuellen Verfassung der demokratischen Kräfte des Landes als Mammutaufgabe erscheinen. Umso wichtiger ist es also, dass Menschen aus ihren Reihen sich umgehend daranmachen, dieser Verantwortung für ihre Gesellschaft, Europa und die Menschheit gerecht zu werden. ♦

Zehn Jahre, die die Welt erschütterten

Errungenschaften und Herausforderungen der Rojava-Revolution

Dirok Hevî

Als am 19. Juli 2012 die Menschen in Rojava ihr Schicksal in die eigenen Hände nahmen, ahnte noch niemand, was für einen historischen Einfluss dieses Ereignis auf den Lauf der Geschichte nehmen würde. An diesem Donnerstag, an dem die Menschen in Massen zu den Institutionen des syrischen Kolonialregimes zogen, begannen sie einen neuen Abschnitt in ihrer Selbstermächtigung. Gleichzeitig können wir diesen Moment als einen der Wiedergeburt der Hoffnung definieren. Hoffnung für die Menschen in Rojava, im Mittleren Osten, aber auch weit darüber hinaus.

Um diese Revolution und ihre Tragweite in vollem Umfang verstehen zu können und um notwendige Lektionen aus ihr für die eigene Praxis zu lernen, muss sie in ihrem geopolitischen Kontext und ihrer historischen Entwicklung verstanden werden. Was waren die objektiven und subjektiven Bedingungen, die diesen Aufstand der Würde ermöglichten?

Zu der Zeit, über die wir schreiben, liegt das Ende des sog. Realsozialismus bereits 20 Jahre zurück. Das kapitalistische System hatte es geschafft, das Ende der Geschichte zu verkünden und sich als das einzig wahre System zu verankern. Gleichzeitig beginnt mit dem Zweiten Golfkrieg 1990 die offensichtliche Intervention der USA im Mittleren Osten, mit dem Ziel, im Rahmen ihrer Vorstellungen vom »Greater Middle East Project«, die Region neu zu gestalten und für den globalen Markt besser zu öffnen. Gleichzeitig sprechen wir von einer Zeit, in der im Zuge des »Frühlings der Völker« – oft auch »Arabischer Frühling« genannt – die gesamte MENA-Region (Mittler Osten und Nordafrika) von Aufständen gegen die alteingesessenen Regime erschüttert wird. Diese Welle, die mit der Selbstverbrennung von Mohammed Bouazizi Ende 2010 in Tunesien begann, schwappte in kürzester Zeit auf die umliegenden Länder über. In einigen Ländern gelingt es dem bestehenden Regime, die Proteste gewaltsam zu unterdrücken, in anderen kommt es zu Machtwechseln oder langen Bürgerkriegen. Auch in Syrien gehen die Menschen gegen die Diktatur des Assad-Regimes auf die Straße.

Organisiertheit als Voraussetzung für Erfolg

Wenn wir uns heute die Lage all dieser Ländern ansehen, müssen wir erkennen, dass in den wenigsten wirklich nachhaltige Veränderungen erreicht werden konnten. Trotz großer Opfer und viel Hoffnung geht es den Menschen in einigen Ländern, in den Aufstände stattfanden, fast noch schlechter als zuvor. Die einzige Welle des Aufstandes, die sich in eine langanhaltende Revolution verwandeln konnte, ist Rojava. Dies hat seine Gründe. Der erste Punkt ist: Entgegen aller anderen Aufstände und Proteste fanden die Demonstrationen und Unmutsbekundungen in Rojava auf fruchtbarem und organisiertem Boden statt. Seit Abdullah Öcalan Ende der 1970er Jahre über Kobanê in den Libanon aufbrach, begann in Rojava die revolutionäre Organisierung. In späteren Zeiten sollten sich hunderte, wenn nicht tausende junge Frauen und Männer aus Rojava in die freien Berge aufmachen, um sich der Guerilla anzuschließen und für ein freies Kurdistan zu kämpfen. Damit ging selbstverständlich die Organisierung der vorrangig kurdischen Gesellschaft in Rojava einher. Besonders Kurd:innen aus Efrîn, aber auch aus anderen Teilen Rojavas, fuhren in den Libanon und später nach Damaskus, nachdem die Akademie, in welcher Öcalan Bildungen abhielt, dorthin verlegt wurde. Nicht umsonst wird in Rojava in Bezug auf die Revolution immer von den Früchten der Arbeit Abdullah Öcalans gesprochen. Schon lange bevor am 19. Juli 2012 die Bevölkerung in Rojava das Regime aus seinen kolonialistischen Institutionen verdrängte und sich von nun an selbst regieren sollte, gab es dort verschiedene Organisierungen, die im Untergrund arbeiteten. So wurde schon 2003 die PYD gegründet und nur ein Jahr später Kongra Star. Als dann Ende 2010, Anfang 2011 die Aufstände in der Region zunahmen und damit auch der Einfluss jihadistischer Banden, war die Notwendigkeit gekommen, dass sich die Jugend unter dem Label YXK als Selbstverteidigungseinheiten organisierten. Mit den Angriffen von Al Nusra und anderer Gruppen transformierten und professionalisierten sich diese schon 2012 zur YPG, worauf 2013 die autonome Organisierung der Frauen als YPJ folgte. Deutlich können wir also erkennen, dass, als im Juli 2012 die Menschen

Rojavas das Regime vertrieben, dies aus einer Stärke der langjährigen Organisierung heraus geschah. Die allermeisten anderen Aufstände in der MENA-Region waren jedoch spontane Wellen der Wut gegen das Regime die oftmals keine klare oder starke Organisierung hatten und daher entweder schnell zerschlagen oder in anderen Richtungen gelenkt werden konnten. Schlimmer noch war, dass oftmals die jihadistischen Kräfte die am besten organisierten Strukturen waren und es ihnen daher teilweise gelang, die Proteste zu kapern und zu instrumentalisieren.

Der zweite augenscheinliche Punkt ist das Vorhandensein einer klaren Antwort auf die Krise und die bestehenden Verhältnisse. Wohingegen die meisten Proteste auf Ablehnung der bestehenden Regime fußten und diese zum Rücktritt zwingen wollten, doch mit wenig Klar- und Einheit über die nachfolgenden Schritte, bestand in Rojava eine sehr viel klarere Vorstellung eines alternativen Lebens. Für die Bevölkerung hier gab es mit dem Modell des »Demokratischen Konföderalismus« und der damit verbundenen Organisierung in Räten und Kommunen eine klare Alternative zum Bestehenden. Nicht nur dahingehend, dass damit eine selbstverwaltete Form favorisiert wurde, es ging auch darum, eine grundlegende Alternative für die langzeitlich bestehende Krise im Mittleren Osten aufzuzeigen. Eine Krise, von der immer die herrschenden Klassen des jeweiligen Landes und noch mehr die hegemonialen Kräfte profitierten. Das, was Öcalan als »Dritten Weg« beschrieb, war als Antwort auf dieses Dilemma bezogen: Sich mit dem Kampf auf keine der beiden Seiten zu schlagen. Also weder zu versuchen, auf dem Status Quo der regionalen autoritären Regime zu beharren, noch auf die von außen aufoktroyierten, vermeintlichen Lösungen des kapitalistischen Systems. Die oben genannten zwei Aspekte sind zentral, um den Erfolg der nach zehn Jahren immer noch bestehenden Revolution zu verstehen.

»Auf den Sozialismus zu bestehen, bedeutet auf das Menschsein zu bestehen.«

Es gibt jedoch noch eine weitere Ebene, die wir in diesem Zusammenhang verstehen müssen. Es ist die Antwort auf die bestehenden Fragen der Zeit und die Wiedererstarkung der Hoffnung. Während zum Ende des Realsozialismus und spätestens mit dem offiziellen Ende der Sowjetunion viele nationalen Befreiungsbewegungen und revolutionären Kämpfe ihrem Ende zugingen, entwickelte sich in Kurdistan unter Öcalan und mit der PKK eine ganz andere Herangehensweise. Da viele der zu dieser Zeit noch aktiven Bewegungen Rückhalt oder Unterstützung durch die Sowjetunion erhielten, hatte deren Zerfall oftmals einen schwerwiegenden Einfluss auf diese Gruppen. Die oft als bipolar beschriebene Welt verwandelte sich fast schlagartig in eine Welt unter der Vorherrschaft der USA. Der Kapitalismus feierte seinen Siegeszug und erklärte das Ende der Ideologien. In seiner Beweisführung konnte er sich voller Genugtuung auf das Scheitern des Realsozialismus und der noch bestehenden nationalen Befreiungsbewegungen beziehen. Gleichzeitig begann damit der Untergang der Hoffnung, dass eine andere Welt möglich sei. In Kurdistan jedoch entwickelte sich eine andere Herangehensweise, die jedoch aufgrund chauvinistischer Annahmen gegenüber der kurdischen Freiheitsbewegung zunächst kaum beachtet wurde. Was andere als ein Ende begriffen, erkannte Öcalan in seiner Weitsicht und selbstkritischen Haltung als eine Chance. Die Mängel und Fehler des Realsozialismus analysierend, gelangte er immer stärker zu der Auffassung, das man sich von den bestehenden Denkstrukturen und Lösungsansätzen emanzipieren müsse. Aus dieser Kritik heraus entwickelte er dann das, was wir heute als »Neues Paradigma« bezeichnen: Das Paradigma eines demokratischen, ökologischen und auf Frauenbefreiung basierenden Gesellschaftsmodells. Damit vollführt er einen qualitativen Sprung in der Evaluierung des Sozialismus und hebt diesen auf eine neue Stufe. Wir können in dieser Hinsicht auch vom »Demokratischen Sozialismus« sprechen. Ein Sozialismusverständnis, dem als Hauptwiderspruch nicht die Entstehung von ausbeutender und ausgebeuteter Klasse als Resultat von Privateigentum, sondern die Entstehung des Patriarchats zu Grunde liegt. Auch wenn also der Sozialismus in seiner »realen« Form bzw. mit dem Ziel der Erringung der Macht in einem Staat den Unterdrückten keine Befreiung brachte, war Öcalan doch davon überzeugt, dass dies nicht im Sozialismus selbst begründet war und insistierte daher: »Auf den Sozialismus zu bestehen, bedeutet auf das Menschsein zu bestehen.« Denn mit all den weltweit bestehenden Widersprüchen und immer wieder hochkochenden Protesten wird deutlich, dass die Unterdrückten dieser Welt noch immer auf der Suche nach Befreiung sind. Trotz intensiven Spezialkrieges und dauerhafter Beschallung durch das System, mit dem es den Menschen seine Lebensweise aufzwingen will, gibt es eine riesige Unzufriedenheit. Es gibt viele, denen die Unmenschlichkeit und der zerstörerische Charakter des Systems der kapitalistischen Moderne bewusst sind, aber in Ermangelung einer wirklichen Alternative in Hoffnungslosigkeit und Nihilismus verfallen. Der Kampf des Systems gegen die kurdische Freiheitsbewegung ist von diesem Standpunkt aus gesehen ein Kampf gegen die Hoffnung. Schon zu Zeiten des Zweiten Golfkrieges, als Saddam Hussein den Rückzug der irakischen Armee aus dem Norden des Landes anordnete, weil er im Süden militärisch immer mehr unter Druck gerät, öffnete sich für die kurdische Freiheitsbewegung eine historische Chance. Öcalan beschrieb die Bedingungen damals als eine Möglichkeit, einer zweiten Oktoberrevolution gleich, einen Vorstoß, der hätte organisiert werden können. Doch um das zu verhindern, wurde unter der Federführung der USA die Autonome Region Kurdistan ge-



Das Dorf Jinwar in Rojava wurde am 25. November 2018 offiziell eröffnet. In dem von Frauen aufgebauten Dorf wurden eine ökologische Wirtschaft, Frauensolidarität und ein gemeinsames und freies Leben entwickelt; Foto: Jinwar

gründet. Zu große Sorge bestand, dass die PKK diese Situation für sich nutzen könnte, daher war auch die erste Entscheidung im neuen Parlament von PDK und PUK, zusammen mit der Türkei, Krieg gegen die PKK zu führen. Es war ein Krieg, um die Hoffnung, die in den freien Bergen Kurdistans brannte, zu zerstören. Auf diese Hoffnung zielte auch das Internationale Komplott, das mit dieser Intervention der USA im Mittleren Osten seinen Anfang nimmt. In dessen Fortführung dann wurde, wegen des Ausbleibens großer Erfolge, am 09. Oktober 1998 Öcalan zum Verlassen Syriens gezwungen. Nach einer Odyssee durch Europa und unter Beteiligung von mindestens 34 Staaten wurde er dann schließlich in Kenia in die Hände des MIT übergeben, um auf der Gefängnisinsel Imrali in der Türkei unter einem Isolationsregime eingesperrt zu werden. Doch auch wenn es für die kurdische Freiheitsbewegung ein ununterbrochener Schmerz ist, konnte die Hoffnung, die von den freien Bergen ausgeht, damit nicht erstickt werden. Vielmehr schaffte es die Bewegung, aus dieser Liquidationsphase gestärkt hervorzugehen und hat heute mit der Schaffung der Guerilla des 21. Jahrhunderts dem weltweiten Befreiungskampf eine bedeutende Seite hinzugefügt.

Wir können die Geschehnisse die sich um den 19. Juli 2012 herum in Rojava entwickelten, ohne zu übertreiben als Revolution der Hoffnung beschreiben. Als in der Ausweglosigkeit, in der sich die Ezid:innen im August 2014 in Shengal befanden, die Kämpfer:innen der PKK und YPG/YPJ den eingeschlossenen und von der PDK schutzlos dem IS ausgelieferten Menschen zur Hilfe kommen, glimmte erneut Hoffnung auf. Diese hat sich heute in die selbstverwaltete Region Shengal transformiert. Gleichzeitig war es Hoffnung, die dem Widerstand in Kobane 2014/15 gegen den IS seinen besonderen Charakter, seine Stärke und seine weltweite Aufmerksamkeit bescherte. Sie ist es auch, die die meisten der Internationalist:innen antreibt, die sich bereits in den ersten Jahren der Revolution aufmachten, ihren Platz darin einzunehmen. Während der Kampf gegen den IS an allen Fronten tobte und die noch junge Revolution sich langsam versuchte zu stabilisieren, bestanden viele der heutigen Errungenschaften und Entwicklungen noch nicht. Zu der damaligen Zeit gab es zwar eine bestehende Organisierung, aber wenig bis gar keine Erfahrung darin, was es bedeutet, sich in allen Bereichen des Lebens selbst zu verwalten. Durch das Regime in kolonialer Abhängigkeit gehalten, die sich durch das Schulsystem auch bis auf die Mentalität und das Denken erstreckte, musste diese neue Form der Basisdemokratie erst Schritt für Schritt ausprobiert und gelernt werden.

Krieg als Mittel des Versuchs, die Revolution zu unterdrücken

Eine der vielleicht offensichtlichsten Schwierigkeiten, der sich die Revolution in Rojava von Anfang an gegenübersah und die auch heute noch nach zehn Jahren allgegenwärtig ist, ist der Krieg. Damit findet sie sich in ähnlicher Lage wie auch die Oktoberrevolution, der Aufstand der Pariser Kommune oder der Spanische Bürgerkrieg. Alle mussten sich, neben dem Aufbau neuer Institutionen der Selbstverwaltung, in einem großen Maß auch auf die Verteidigung konzentrieren. Ist diese nicht stark genug, unterliegt sie dem Faschismus, unterliegt sie dem System. Wenn wir auf die Ereignisse in Spanien 1936-39 blicken, sticht uns genau diese Problematik ins Auge. Auch wenn innerhalb der Gebiete, die von den Republikanischen Truppen geschützt wurden, viele Projekte realisiert und wichtige gesellschaftliche Entwicklungen vorangetrieben wurden, endete die Revolution jedoch schon nach drei Jahren, weil sie militärisch zerschlagen wurde. Der Pariser Kommune erging es schon nach 100 Tagen so, dass trotz großer Opfer die Kommune zerschlagen wurde. Auch in Rojava gibt es fast täglich Angriffe und von allen Seiten werden größte Anstrengungen unternommen, die Revolution auf diese Weise zu vernichten. Während zu Beginn vor allem Angriffe von Seiten jihadistischer Banden, Teilen der sog. Freien Syrischen Armee und durch das Regime erfolgten, kamen schon nach kurzer Zeit die Angriffe des IS hinzu. Damit einher gingen auch die Angriffe und Bemühungen des faschistoiden türkischen Staates, auf jedwede Art und Weise die Revolution zu beenden. Der Türkei geht es jedoch nicht nur um das Ende der Revolution, sondern vielmehr auch um die Vernichtung der Kurd:innen. Auch wenn sie vielleicht nicht die vollkommene physische Vernichtung erreichen kann, so sieht sich das kurdische Volk einem kulturellen Genozid gegenüber, gegen den es sich zu verteidigen gilt. Es kommt daher nicht von ungefähr, dass in den von der Türkei in Nordostsyrien/Rojava besetzen Gebieten gezielt Araber:innen angesiedelt werden – zum größten Teil Familien der jihadistischen Banden, die unter dem Befehl der Türkei kämpfen. Damit einhergehend besteht eine solche Gefahr natürlich auch durch den IS. Auch wenn er territorial im Jahr 2019 besiegt wurde, ist er noch lange nicht aus der Region verschwunden. Neben dutzenden Schläferzellen, die von der Türkei gesteuert, befeuert und unterstützt werden, befinden sich zehntausende IS-Kämpfer in den Gefängnissen und Camps in Nordostsyrien, in den Gebieten der Selbstverwaltung. Unter ihnen viele tausende aus westlichen und asiatischen Staaten. Doch die Weltgemeinschaft nimmt diese weder in ihre Länder zurück, noch gibt es ausreichend Unterstützung, um dieses Problem zu lösen. Bei Gräueltaten dieses Ausmaßes kam es historisch zu internationalen Tribunalen oder ähnlichem, doch im Falle des IS bleibt dies bislang versagt. Damit wird der IS als Teil einer Strategie benutzt, die Mühen und den Fokus der Revolution vom Aufbau und der Weiterentwicklung anderer Bereiche abzulenken.

Ein weiterer bedeutsamer Punkt, der als Herausforderung für die Revolution genannt werden muss, ist die Politik der ethnischen Spaltung, die von allen Seiten befeuert wird. Weil sich die Revolution mit ihrem Projekt der demokratischen Nation auf das Zusammenleben aller Völker in der Region stützt und daher Vielfältigkeit und kultureller Pluralität große Bedeutung beigemessen wird, wird von allen Seiten versucht, immer wieder ethnische Spaltungen, beispielsweise zwischen Kurd:innen und Araber:innen, zu generieren. Wie schon zuvor das syrische Regime, setzt auch die Türkei auf eine Arabisierung der gesamten Grenzregion, um die Kurd:innen zu verdrängen. Wieder andere Kräfte versuchen einen anti-arabischen, kurdischen Nationalismus zu fördern. Auch deswegen legte Öcalan immer wieder größten Wert darauf, die Wichtigkeit der Geschwisterlichkeit der Menschen in der Region zu betonen, weil nur sie eine langanhaltende Lösung bringen kann und gleichzeitig auch die klarste Antwort auf die Spiele der hegemonialen Kräfte mit ihrer Teile-und-Herrsche-Politik darstellt.

Eine weitere Herausforderung ist selbstverständlich die Politik des US-Imperialismus gegen die Revolution, die darauf abzielt, eine ähnliche kurdische Entität zu schaffen, wie sie bereits seit den 1990er Jahren in Südkurdistan besteht. Nicht nur, um damit die Revolution zunichte zu machen, sondern auch, um damit weiterhin Druck auf die jeweiligen Nationalstaaten ausüben zu können. Es geht der USA also darum, das Projekt, anstatt es zu vernichten, unter ihre Kontrolle und damit in ihren geopolitischen Dienst zu stellen.

Selbstverständlich muss hier auch die Embargo-Politik gegen die Revolution genannt werden. Nicht nur, dass von allen Seiten Rojava ein striktes Embargo aufgezwungen wird, so stoppt die Türkei auch seit Jahren mit Staudämmen den Fluss des Euphrats und will damit nicht nur die Revolution austrocknen (Landwirtschaft, Trinkwasser, Desertifikation etc.), sondern hat auch durch die durch das syrische Regime geschaffene Zentralisierung großen Einfluss auf die Stromerzeugung. Denn das Assad-Regime gewann schon seit eh und je den größten Teil seiner Stromproduktion aus den zwei riesigen Staudämmen in Tabqa und Tischrin. Geringer Wasserfluss korreliert daher mit geringer Stromversorgung. Zusammen mit einer Politik aus Krieg und Embargo will man die Bevölkerung in Rojava sozusagen aushungern und ihre Lebensgrundlage soweit zerstören, dass, auch wenn sie ein demokratisches Leben erschaffen hat, es auf Grund von Abwesenheit jedweder Lebensmöglichkeit nicht weiter in Lage ist zu existieren. Genau das ist ein Teil dessen, was wir zuvor als kulturellen Genozid beschrieben haben. Durch die Schaffung dieser Umstände sollen die Menschen in die Flucht getrieben werden und damit, ob sie wollen oder nicht, auf kurz oder lang in die Assimilation.



Verteidigt Rojava – Proteste in Frankreich gegen die Kriegspolitik der Türkei; Foto: ANF

Sicherlich könnte man hier noch unzählige weitere Herausforderungen nennen und die oben beschriebenen Aspekte erheben weder Anspruch auf Vollständigkeit, noch stehen sie nach Wichtigkeit geordnet. Es steht außer Frage, dass jede Revolution mit unzähligen Herausforderungen und Problemen konfrontiert ist – das liegt auch in der Natur der Sache, die Lebensrealität einer ganzen Gesellschaft zu verändern. Das reicht von Problemen wie der Schaffung eines von Grund auf neuen Bildungssystems, das erst noch seine Lehrkräfte schaffen muss, über die Schwächen im Gesundheitssystem, über die Zeit, die es dauert, Kooperativen nicht nur aufzubauen, sondern auch in ihnen die demokratische Art und Weise der Produktion zu verankern. Und noch vielem mehr. Aber es sind halt auch erst zehn Jahre, dass dieser Aufstand der Hoffnung, die Revolution in Rojava, begonnen hat. Noch immer muss sich leider mit großem Fokus auf die Verteidigung und den Krieg konzentriert werden, was den Aufbau der Selbstverwaltung nicht einfacher macht. Nichts desto trotz können wir nach zehn Jahren auf beträchtliche Errungenschaften und Erfolge blicken, die selbstverständlich in ihrem geopolitischen Zusammenhang gesehen werden müssen.

Um zu unterstreichen, was schon eingangs erwähnt wurde: die Revolution in Rojava hat nichts Geringeres erreicht, als Millionen von Menschen weltweit die Hoffnung auf ein freies Leben und die Realisierbarkeit von Revolutionen im 21. Jahrhundert zurückzugeben. Diese immaterielle Errungenschaft darf auf keinen Fall unterschätzt werden. Nicht umsonst sprach Öcalan davon, dass Hoffnung wertvoller ist als Erfolg. Eine weitere unschätzbare Errungenschaft ist das veränderte Selbstbewusstsein und die Situation der Frauen in Rojava. Auch wenn niemand davon spricht, dass völlige Freiheit erreicht oder alle Probleme, mit denen Frauen konfrontiert sind, nun verschwunden sind, hat die Revolution doch in nur zehn Jahren eine sehr beeindruckende Veränderung erzielt. Bei dieser geht es nicht nur um die Sichtbarkeit von Frauen in allen Bereichen des Lebens, sondern vor allem um die Stärke der Frauen untereinander. Dies ist auch zur Inspiration und zur Motivation für Frauen weltweit geworden. Nicht nur die Kämpferinnen der YPJ, die große Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben, sondern im Allgemeinen das Selbstbewusstsein und die Selbstverständlichkeit, mit denen Frauen heute überall am Alltag, in allen Entscheidungen und Bereichen, teilhaben.

Der internationalistische Charakter der Revolution als Chance

Zudem genießt der Internationalismus eine lange Tradition in der kurdischen Freiheitsbewegung: Von Şehîd (*dt. Gefallener*) Haki Karer und Şehîd Kemal Pir, die als erste den Weg der Revolution mit Abdullah Öcalan beschritten hatten, über die Rolle der PKK in der Verteidigung des Südlibanon gegen die Angriffe Israels 1982 und die dort Gefallen, hin zu hunderten

Internationalist:innen, die nicht nur in die Akademien kamen, um zu lernen und sich zu entwickeln, sondern sich auch der Guerilla anschlossen und im Kampf unsterblich wurden. Die Revolution in Kurdistan und damit auch in Rojava muss sowohl als antikolonialer Kampf für die Existenz des kurdischen Volkes begriffen werden, als auch als internationalistische Revolution. Während in den 1970/80er Jahren die Bekaa-Ebene im Libanon für revolutionäre Bewegungen und Revolutionär:innen als befreites Gebiet von besonderer Bedeutung war, um dort Ausbildung und Erfahrung zu sammeln, kann man heute im globalen Kontext in Bezug auf Rojava davon sprechen, dass dies als einer der wenigen Orte mit solch einer Charakterisierung verblieben ist. Wo, wenn nicht hier in Rojava, kann man in der Praxis lernen, was es bedeutet, inmitten einer Revolution zu leben und zu arbeiten, kann man versuchen, den Anspruch zwischen Traum und Wirklichkeit zu verwirklichen, kann man mit revolutionärer Hingabe an sich und Mitmenschen arbeiten, um sich in dieser Hinsicht weiterzuentwickeln! Was die große Revolutionärin Rosa Luxemburg kurz nach Beginn der Oktoberrevolution in Russland in ihrer solidarischen Kritik zu Papier brachte, gilt in vielerlei Hinsicht auch für die Revolution in Rojava. Hervorheben möchte ich dabei besonders die fast letzten Worte diesen kurzen Textes: »In dieser Beziehung waren Lenin und Trotzki mit ihren Freunden die ersten, die dem Weltproletariat mit dem Beispiel vorangegangen sind, sie sind bis jetzt immer noch die einzigen, die mit Hutten ausrufen können: Ich hab's gewagt! Dies ist das Wesentliche und Bleibende der Bolschewiki-Politik. In diesem Sinne bleibt ihnen das unsterbliche geschichtliche Verdienst, mit der Eroberung der politischen Gewalt und der praktischen Problemstellung der Verwirklichung des Sozialismus dem internationalen Proletariat vorangegangen zu sein und die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in der ganzen Welt mächtig vorangetrieben zu haben.« Bezogen auf Rojava können wir das folgendermaßen verstehen: Dass trotz aller bestehenden Unzulänglichkeiten und Herausforderungen die Rojava-Revolution in dieser Hinsicht die erste Verwirklichung des neuen, demokratischen Sozialismus ist. Sie hat vor aller Augen unter Beweis gestellt, dass wir noch lange nicht am Ende der Geschichte angelangt sind und dass mit guter Organisierung und viel Ausdauer Revolutionen noch immer möglich und unter den bestehenden Verhältnissen mehr als nötig sind. Im Besonderen hat sie mit einer lokal bzw. regional entwickelten Realität eine globale Lösungsperspektive aufgezeigt. Mit dem demokratischen Weltkonföderalismus kann der weltweite Kampf um Befreiung auf eine völlig neue Ebene gehoben werden.

Noch mehr Unterstützung nötig

Was wir also zusammenfassend sagen können, ist, dass wir nach zehn Jahren der Revolution, unzähligen wundervollen Errungenschaften, auch vielen großen und kleinen Herausforderungen gegenüberstehen. Das jedoch ist wenig überraschend. Viel überraschender ist, und das sollte in Anbetracht der Situation, all der täglich stattfindenden Angriffe und Bedrohungen, Fokus der Überlegungen sein, wie die Revolution in Rojava weltweit noch mehr unterstützt und durch die Überwindung der Herausforderungen, denen sie sich gegenübersieht, langlebig gemacht werden kann. Selbstverständlich geht es dabei weder um eine Idee von »Sozialismus in einem Land«, noch sieht sich die Revolution in Rojava als die einzig legitime Revolution; vielmehr geht es darum, dass Rojava Hoffnung ist und daher die Existenz dieser Revolution schon aus diesem Punkt heraus von großer Bedeutung ist. Damit einher geht auch die Möglichkeit, dieses befreite Gebiet als Ort von Diskussionen, Bildung und Erfahrung zu nutzen. Selbstverständlich wird die Schaffung von Revolutionen an anderen Orten der Welt als große, revolutionäre Solidarität verstanden, wobei zwischen diesen beiden Punkten eine wichtige Dialektik besteht bzw. bestehen kann.

Alles in allem können wir sagen, dass nach zehn Jahren die praktische Solidarität mit Rojava und der Revolution in Kurdistan ein viel höheres Niveau ereicht haben müsste. Das ist etwas, an dem wir alle überall arbeiten müssen. Die ineinander greifenden Aspekte dieser Revolution müssen gut und tiefgreifend verstanden werden. Zuviel steht auf dem Spiel, um eine Niederlage zu erleiden. Während im Ersten Weltkrieg unter großer deutscher Beteiligung der Völkermord an den Armenier:innen verübt wurde, wurde im Zuge des Zweiten Weltkrieges durch Deutschland mit dem Holocaust die jüdische Bevölkerung großenteils vernichtet. Inmitten des Dritten Weltkrieges, in dem wir uns gerade befinden, sind nun die Kurd:innen das Ziel. Das Ende der Revolution in Rojava würde daher auch für die Zukunft der Kurd:innen schreckliche Folgen haben.

Das Feuer der Hoffnung, das am 19. Juli 2012 in Rojava zu lodern begann, ist über die Jahre größer geworden und hat sich ausgebreitet. Der Boden dieser Revolution, der mit dem Blut von mehr als 11 000 zumeist jungen Frauen und Männern, unter ihnen auch nicht wenige Internationalist:innen, getränkt ist, ist unser aller Verantwortung geworden. Was wir darauf sähen, wie wir diesen Boden bebauen, hängt von uns allen ab. Die Revolution ist in der Hinsicht mehr als offen. Es ist schon allein ein Wunder, dass diese Revolution trotz all der ganzen Angriffe überhaupt so lange überlebt hat und mit jedem Tag sich weiter entwickelt.

Zum zehnten Jahrestag dieser wundervollen Revolution liegt eine ganze Zukunft vor ihr, vor uns allen. Lasst uns, das Feuer der Revolution in unseren Herzen tragend, die alte Persönlichkeit, die alte Welt, dieses in die Jahre gekommene System verbrennen und aus der Asche, dem Symbol der Hoffnung, einem Phönix gleich, eine neue Welt erschaffen. ♦

Internationaler Kampf um Frauenbefreiung

Andere inspirieren und die Revolution in der Welt verbreiten

Interview mit Heval Dîlan, Mitglied der YPJ International

Als vor sieben, acht Jahren der Kampf der Volks- und der Frauenverteidigungseinheiten YPG/YPJ gegen den so genannten Islamischen Staat (IS) weltweit verfolgt wurde und noch dazu bekannt wurde, für welche Werte sie stehen, gab es für Frauen weltweit kein Halten mehr. Viele machten sich auf nach Rojava und gründeten später die »Internationalistischen Frauenverteidigungseinheiten« (YPJ International). Diese haben heute weder an Bedeutung noch an Anziehungskraft verloren, sondern sind angesichts der aktuellen politischen Lage in Kurdistan wieder wichtiger denn je. Deswegen haben wir folgendes Interview mit den YPJ International geführt.

Zunächst einmal, was sind die YPJ International und aus welchem Bedürfnis wurden sie aufgebaut?

Die YPJ International sind, wie der Name ja bereits besagt, eine internationalistische Struktur innerhalb der Frauenverteidigungseinheiten von Rojava. Wir organisieren internationalistische Freiwillige und geben ihnen die Möglichkeit, in Bildungsprozesse einzusteigen, die sich mit dem System Nord- und Ostsyriens, dem Demokratischen Konföderalismus, befassen. So ermöglichen wir, dass sie aktiv an der Frauenrevolution teilnehmen, aber auch auf Basis dieser Philosophie weltweit Allianzen schmieden und die Revolution ausweiten können.

Seit dem Kampf um Kobanê im Jahr 2015 besteht ein weltweites Interesse an den YPJ und immer mehr Frauen haben sich an uns gewandt und gefragt, wie sie uns erreichen und auch Teil dieses Projekts werden können. So sahen wir allmählich die immer größere Notwendigkeit eines internationalistischen Bataillons innerhalb der YPJ. Es sollte ein Ort geschaffen werden, der Frauen weltweit in die Lage versetzt, sich an diesem Kampf zu beteiligen. Und er wurde damals aufgebaut und wenn wir heute die YPJ International betrachten, dann sehen wir, dass sie zu diesem wichtigen Ort geworden sind, an dem Frauen von Frauen in allen Lebensbereichen ausgebildet werden. Sowohl auf ideologischer und militärischer Ebene als auch selbstverständlich politisch und gesellschaftlich.

Warum ist es wichtig, als Frauen Selbstverteidigung zu organisieren, und warum schließen sich Internationalistinnen aus der ganzen Welt den Verteidigungskräften von Rojava an?

Jeder lebende Organismus hat sein eigenes Verteidigungssystem, so wie eine Rose Dornen hat, um ihre Schönheit zu schützen. Seit den Anfängen des menschlichen Lebens war die Selbstverteidigung eine Aufgabe, die auf natürliche Weise von der Gesellschaft organisiert wurde. Mit der Institutionalisierung des Patriarchats, der Kapitalakkumulation und der Entstehung des Klassensystems riss die herrschende Klasse die Fähigkeit zur Selbstverteidigung an sich und Männer und Frauen wurden ihrer Mittel zur Selbstverteidigung beraubt. Es wurden Armeen aufgestellt und anstatt die Gesellschaft zu schützen, wurden und werden sie als mörderische Kriegsmaschinen eingesetzt, um die Völker der Welt auszubeuten.

Wenn wir zu den Waffen greifen, tun wir das in Opposition zu diesem patriarchalen Militarismus, mit dem Ziel, Frauen und unser Volk zu verteidigen und eben nicht die Interessen des Kapitals oder der Nationalstaaten. Die YPJ sehen sich als Teil des historischen Erbes der Frauen, die ihr Land gegen Faschismus und Besatzung verteidigten oder Revolutionen schützten, wie die Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg, die Partisaninnen im Kampf gegen den Nationalsozialismus während des Zweiten Weltkriegs und die vietnamesischen Frauen, die ihr Land gegen die Besatzung verteidigten.

Die Rojava-Revolution hat eine Basisdemokratie aufgebaut, in der die Gesellschaft durch örtliche Kommunen und Räte organisiert wird und Frauen autonome Frauenstrukturen auf allen gesellschaftlichen Ebenen schaffen. Das System der Ko-Vorsitzenden garantiert dabei die Mitwirkung von Frauen in allen politischen Gremien, ihre Bildung ist durch Akademien

umfassend organisiert und Frauenkooperativen geben ihnen die Möglichkeit, wirtschaftlich unabhängig zu werden. Jineolojî – die Wissenschaft der Frau – bietet eine wissenschaftliche Grundlage für die Frauenrevolution, ohne positivistische Doktrinen zu reproduzieren; Frauenjustizräte zielen darauf ab, Gerechtigkeit zu schaffen, und mit den YPJ haben Frauen ihre eigenen Selbstverteidigungskräfte gebildet. Diese Errungenschaften sind für die Frauen auf der ganzen Welt erbracht worden und sollen der Entwicklung echter Demokratien zugute kommen.

Der türkische Faschismus und islamistische Gruppen wie der Islamische Staat greifen laufend die befreiten Gebiete in Nord- und Ostsyrien an. Sie versuchen, unser befreites Land zu besetzen und ihr frauenfeindliches, unterdrückerisches System durchzusetzen. Darüber hinaus sind die Hegemonialmächte bestrebt, die Revolution von Rojava zu diffamieren und als ein Projekt des kurdischen Separatismus zu verkaufen, indem sie den Krieg, den sie uns aufzwingen, als einen Konflikt zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen darstellen. Die Rojava-Revolution ist aber keine rein kurdische Revolution. Sie basiert auf Abdullah Öcalans Konzept der demokratischen Nation, das alle religiösen, kulturellen und ethnischen Gruppen in der Region einbindet. Dieses Paradigma zielt darauf ab, eine Einheit zwischen den verschiedenen Völkern der Region zu schaffen. An der Revolution und dem Aufbau einer demokratischen Gesellschaft sind Menschen aus allen ethnischen Gemeinschaften in Rojava beteiligt. Da die Revolution von Rojava ein politisches Modell für eine religiöse, kulturelle und ethnische Zusammenarbeit anbietet, kann sie ein Lösungsmodell für den gesamten Nahen Osten darstellen.

Die Hegemonialmächte haben den Nahen Osten in ein Spielbrett verwandelt, auf dem sie ethnische Gruppen gegeneinander ausspielen, und die Rojava-Revolution untergräbt diesen Plan und ist daher gefährlich für sie.

Die Freiwilligen der YPJ International verstehen das Potenzial dieser Revolution und betrachten sie als ihre eigene Perspektive, nicht als eine auf das kurdische Volk beschränkte. Die drei internationalen Revolutionärinnen Ivana Hoffmann aus Deutschland, Anna Campbell aus England und Alina Sanchez aus Argentinien wurden zu Märtyrerinnen in den Reihen der YPJ. Ihr Engagement ist für uns der Beweis, dass die Frauen, die nach Rojava gekommen sind, gefunden haben, was sie suchten: einen konkreten Weg, sich von 5000 Jahren Unterdrückung der Frau zu befreien. Frauen aus der ganzen Welt finden hier Freiheit und sind deshalb bereit, sie zu verteidigen.

> YPJ International sind ein Raum, in dem sich Frauen in einem revolutionären Kontext bilden können, frei von der Kontrolle und Unterdrückung durch Nationalstaaten und Bürokratie.

Sie selbst hatten mittlerweile die Möglichkeit, viele Internationalistinnen aus verschiedensten Ländern kennenzulernen, was ist Ihr Eindruck von ihnen? Was wird in den Bildungen diskutiert? Und welche Strategien werden entwickelt, um den Angriffen auf Frauen im kapitalistischen System zu begegnen?

Obwohl unsere Mitglieder aus verschiedenen Regionen der Welt kommen, haben wir einen gemeinsamen Feind. Imperialismus, Kolonialismus, Krieg und Faschismus sind existenzielle Bedrohungen für Frauen auf der ganzen Welt. Der Kapitalismus unterdrückt Frauen doppelt: Sie müssen ihre Arbeitskraft für weniger Geld verkaufen als Männer und sind gleichzeitig gezwungen, als unbezahlte Arbeitskräfte für die Reproduktionsarbeit in ihren Häusern verantwortlich zu sein. Wir wissen, dass es diese wirtschaftlichen Bedingungen sind, die Frauen in die Abhängigkeit von Männern drängen, was sie angreifbarer für Gewalt macht.

Der Kapitalismus verwandelt alles in eine Ware. Eine der größten Industrien der Welt, die Sexindustrie, benutzt Frauen als Ware und macht Profit aus ihrer sexuellen Ausbeutung. Wenn alles nur auf seinen materiellen Wert reduziert wird, werden immaterielle und ethische Werte verleugnet. Wir sind jedoch der Meinung, dass ethische Werte für den Erhalt starker Gemeinschaften unerlässlich sind. Wir müssen verstehen, dass dieses System sogar die Bedeutung der Liebe so weit herabgesetzt hat, dass »Liebe« zu einer legitimen Entschuldigung für die Tötung von Frauen geworden ist. Dieses System ist ein Angriff auf das Leben selbst, und wir sind nicht bereit, diese mörderische Maschinerie weiterlaufen zu lassen.

Auf ideologischer Ebene sehen wir den Liberalismus als einen großen Angriff auf die Frauen und ihren Kampf. Wir sollen beschwichtigt werden, dadurch, dass er die Frauen in das ausbeuterische System integriert. Indem weibliche Chefs und Führungskräfte als vermeintlicher Beweis für die Emanzipation der Frauen herangezogen werden, sollen unsere Forderungen nach Befreiung unnötig erscheinen. Der Einfluss des Liberalismus auf den Feminismus verhindert einen radikalen Kampf und Wandel. Jede Entscheidung, die eine Frau trifft, wird als »feministische« Entscheidung dargestellt, und die Frauen sind überzeugt, dass Unterdrückung keine Unterdrückung ist, solange sie sich frei dafür entscheiden können. Wir

müssen verstehen, dass dies die materiellen und historischen Bedingungen, unter denen Frauen Entscheidungen treffen, völlig verleugnet. Es schneidet die Frauen von ihrer Geschichte ab und gibt vor, dass nur das Individuum und der Moment wichtig sind. Alles wird auf individuelle Entscheidungen reduziert und wir werden von der wahren Ursache unserer Probleme abgelenkt, nämlich dem ausbeuterischen patriarchalischen System. Wir sehen, dass dieser Ansatz jede kritische Debatte verhindert, weil die individuelle Autonomie als etwas betrachtet wird, das niemals in Frage gestellt wird oder in Frage gestellt werden kann. Wir verstehen den Individualismus als etwas, das den Aufbau starker Gemeinschaften verhindert, und haben festgestellt, dass Frauen immer mehr voneinander isoliert werden. Wenn Frauen voneinander getrennt sind, sind sie leichter zu kontrollieren. Und was noch gefährlicher ist – sie sind dadurch weniger bereit, füreinander einzustehen.

In der Diskussion, die wir innerhalb von YPJ International führten, konnten wir sehen, wie sich diese Strategien auf die Psychologie der Frauen auswirken. Wenn sie das System nicht als Ursache ihrer Unterdrückung begreifen, glauben sie, dass sie selbst schuld sind, wenn sie ausgebeutet werden und Gewalt erfahren. Wir sehen, dass Scham- und Schuldgefühle häufige Muster in unseren Biografien sind. Deshalb betrachten wir den Liberalismus als einen ideologischen Angriff auf die Frauen. Wir sehen, dass überall auf der Welt die Frauen aufwachen und das Patriarchat nicht mehr hinnehmen. Aber wir sehen auch mit großer Sorge, dass der Liberalismus sich selbst als Lösung anbietet und die Frauen daran hindert, sich an einer revolutionären Politik zu beteiligen. Deshalb verspüren wir die dringende Notwendigkeit, über die Gefahren des Liberalismus aufzuklären und stattdessen ein revolutionäres Narrativ zu verbreiten. Ein Narrativ, das das System der Unterdrückung analysiert und Frauen befähigt, für ihre Befreiung zu kämpfen.

YPJ International sind ein Raum, in dem sich Frauen in einem revolutionären Kontext bilden können, frei von der Kontrolle und Unterdrückung durch Nationalstaaten und Bürokratie. Gegen die Strategie der Isolation durch das unterdrückerische System wollen wir Einheit und Liebe unter den Frauen schaffen. Wir leisten Aufklärungsarbeit über die Geschichte der Unterdrückung von Frauen, aber auch über die Geschichte der Freiheit der Frauen. Wir lehren die Ideologie der Frauenbefreiung, ein Konzept, das seine Wurzeln in der kurdischen Frauenbewegung hat und Grundprinzipien für die Selbstbefreiung von Frauen enthält. Wir glauben an die Kraft der Bildung und wissen, dass das System Angst vor gebildeten, revolutionären Frauen hat. Deshalb sehen wir die Notwendigkeit, dass sich Frauen so entwickeln, dass sie andere inspirieren und die Revolution in der Welt verbreiten können.

Was muss eine Frau mitbringen, die sich Euch anschließen möchte? Also was für Voraussetzungen gibt es dafür, selbst Mitglied bei den YPJ International zu werden? Und wie können Frauen zu Euch Kontakt aufnehmen?

YPJ International sind ein Ort für Frauen, die auf der Suche nach Freiheit sind und bereit sind, Energie und Anstrengung aufzubringen, um die Frauenrevolution zu verstehen, zu entwickeln und zu verteidigen. Wir erwarten nicht, dass jemand eine Menge Theorie gelesen hat, sondern wir bitten die Menschen, offen zu sein, Werte wie kollektive Fürsorge, Mitgefühl und Selbstlosigkeit im täglichen Leben zu lernen und zu leben. Jede, die bereit ist, sich weiterzubilden und weiterzuentwickeln, ist willkommen, sich uns anzuschließen. Teil einer Revolution zu sein bedeutet, die Revolution auch in sich selbst stattfinden zu lassen. In unserem täglichen Leben nutzen wir die Methode der Kritik und Selbstkritik, um zu analysieren, zu lernen und gemeinsam zu wachsen. Aber natürlich braucht dieser Prozess Zeit, und deshalb ist Geduld gefragt, wenn man nach Rojava kommt. Obwohl die Frauen in Rojava schon viel erreicht haben, liegt noch ein langer Weg vor ihnen. Die Menschen sollten keine perfekte Revolution erwarten, in der alle Probleme oder Widersprüche gelöst werden. Um Zeit zu haben, die Sprache zu lernen, die Kultur kennenzulernen, eine militärische Ausbildung zu erhalten und die Philosophie der Revolution zu verstehen, sollten die Freiwilligen mindestens ein Jahr bleiben. Militärische Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Wir sind per E-Mail zu erreichen (womensrevolution@protonmail.com) und auf Twitter unter @YPJ_volunteers zu finden. Wir möchten betonen, dass wir besonders daran interessiert sind, unsere Bündnisse mit Frauen in Lateinamerika, Asien und Afrika zu stärken, und wir laden sie ein, mit uns Kontakt aufzunehmen. Aus dem Herzen der Frauenrevolution grüßen wir alle unsere Schwestern, die sich dem kapitalistisch-patriarchalischen System widersetzen, und wir geben euch unser Wort, dass wir alles tun werden, um die Frauenrevolution zu verteidigen und zu verbreiten.

Vielen Dank für das Interview. Wir wünschen Ihnen und den YPJ International weiterhin viel Erfolg.

Sehr gerne und vielen Dank. ♦

Şengal: Aufbau demokratischer Autonomie in einer umkämpften Region

Nicht hinter die Erfahrung von Selbstbestimmung zurückfallen

Marlene Förster

Die êzîdische Bevölkerung Şengals wurde in der Vergangenheit immer wieder Opfer von Massakern und Völkermorden. Zuletzt verübte der sogenannte IS 2014 einen Genozid in der Region, die eines der letzten traditionellen Hauptsiedlungsgebiete der ethnischen und religiösen Minderheit darstellt. Er stieß dabei jedoch auf unerwarteten Widerstand, infolgedessen weite Gebiete der Şengal-Berge nie eingenommen wurden. Aus diesen Erfahrungen von Selbstverteidigung erwuchs die Kraft der Überlebenden für den Aufbau selbstverwalteter politischer wie auch militärischer Strukturen.

Seit nunmehr acht Jahren hat die Bevölkerung Şengals (arabisch: Sindschar), einer kleinen Region im Nordirak, mit dem Aufbau ihrer demokratischen Autonomieverwaltung begonnen. Ihr Kern sind basisdemokratische Kommunen und Räte, die alle Bereiche des Lebens umfassen: von Fragen der Sicherheit bis hin zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Frauenorganisierung. Wichtigstes überregionales Gremium, um den Willen der Bevölkerung auszudrücken, ist der Demokratische Autonomierat Şengals MXDŞ (Meclîsa Xweseriya Demokratîk a Şengalê) inklusive seiner Exekutivkommission, die für die praktische Umsetzung Verantwortung trägt. Inspiriert ist dieses System vom Demokratischen Konföderalismus Abdullah Öcalans, des Vordenkers der Freiheitsbewegung Kurdistans. Ausgehend von der êzîdischen Gemeinschaft strebt die Autonomieverwaltung die gemeinsame Organisierung aller Bewohner:innen des traditionell multiethnischen und -religiösen Şengals an. Die Rückkehr und das friedliche Zusammenleben aller, die den Verbrechen des sogenannten IS keine Unterstützung geleistet haben, sind erklärtes Hauptziel.

Der vorliegende Artikel umreißt die wichtigsten politischen Entwicklungen in der Region seit dem Fall des Saddam-Hussein-Regimes im Irak 2003. Insbesondere beleuchtet werden die Prozesse rund um die Autonomieverwaltung Şengals, im Wechselspiel mit massivem Druck und Einflussnahme durch regionale wie internationale Kräfte: Denn aufgrund der strategischen Lage Şengals nahe der Grenze zu Syrien, der Türkei und dem Irak versuchen zahlreiche Akteur:innen, die Region nach ihren Interessen zu formen.

Şengal unter PDK-Verwaltung 2003–2014

Im sogenannten Dritten Golfkrieg unterlag die irakische Regierung unter Saddam Hussein im Jahr 2003 gegen die »Koalition der Willigen« unter Führung der USA. Şengal geriet dabei unter den politischen Einfluss der Kurdischen Regionalregierung (KRG[1]) im Nordirak, insbesondere der Demokratischen Partei Kurdistans (Partiya Demokrata Kurdistanê – PDK). Die militärische Kontrolle ging jedoch nicht vollständig auf die der KRG unterstellten Pêşmerge-Einheiten über. Die reguläre irakische Armee unterhielt weiterhin Präsenz in der Region. Zunächst begrüßten viele Êzîd:innen die neue PDK-Verwaltung, da historische Verbindungen durch gemeinsame revolutionäre Kämpfe insbesondere in den Jahren bis 1975 bestanden hatten. Entgegen diesen positiven Erwartungen verschlechterte sich in den folgenden Jahren die Lage von Şengals Êzîd:innen. Der Gesundheitssektor sowie die Infrastruktur wie Strom- und Wasserversorgung wurden von staatlicher Seite stark vernachlässigt. Noch dazu führten PDK-nahe Kreise Kampagnen durch, die die Êzîd:innen als Ungläubige verunglimpften. Von Êzîd:innen angebotene Nahrungsmittel wurden als »haram« deklariert, galten fortan also für Muslim:innen als verboten. Die traditionell in Land- und Viehwirtschaft tätigen Êzîd:innen wurden so von ihrer Haupteinnahmequelle abgeschnitten. Es kam zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, der durch mangelnden Zugang zu höherer Bildung verstärkt wurde. Das Verhältnis der êzîdischen Bevölkerung zur PDK verschlechterte sich, zunehmend stellte sich eine ablehnende Haltung ein.

Einen weiteren großen Schnitt stellte das Tanklast-Attentat vom 14. August 2007 in den êzîdischen Siedlungen Til Ezer und Sîba Şêx Xidir dar. Bei den durch einen Tanklaster und

1 Geläufige Abkürzung aus dem Englischen (Kurdistan Regional Government)

drei weitere mit Sprengstoff beladene Fahrzeuge hervorgerufenen Explosionen verloren fast 800 Menschen ihr Leben, zahlreiche weitere wurden verwundet oder gelten als vermisst. Keine Gruppe bekannte sich aktiv zu der Tat, dschihadistische Motive liegen jedoch nahe. Nach diesem Ereignis, das als viert-tödlichster terroristischer Akt der Weltgeschichte gilt, wurden Vorwürfe lauter, dass staatliche Kräfte sich nicht ausreichend um den Schutz der Êzîd:innen kümmern würden. Erste Diskussionen über den Aufbau eigener êzîdischer Schutzeinheiten keimten auf, führten jedoch zu keiner größeren Entwicklung.

Der Genozid von 2014

Bis in den Juni 2014 hinein währte die militärische Kontrolle der Region Şengal durch Kräfte sowohl der KRG als auch der föderalen Regierung des Iraks. Nachdem die Stadt Mossul am 10.06. in die Hände des sogenannten IS gefallen war, zog sich die irakische Armee in Richtung Süden aus Şengal zurück und hinterließ dabei Waffen und militärisches Material. Als Reaktion darauf bezogen PDK-Pêşmerge freigewordene Stellungen. Sie beschlagnahmten die zurückgelassenen Kampfmittel, die sich kurzzeitig die lokale Bevölkerung angeeignet hatte, mit dem Versprechen, die Region gegen den sogenannten IS zu verteidigen.

Als dieser in der Nacht auf den 3. August die Region angriff, zogen sich allerdings auch die Pêşmerge – mitsamt der beschlagnahmten Waffen – kampflos nach Hewlêr (Erbil) zurück und überließen die Bevölkerung dem Aggresor. Êzîd:innen, die in die Hände des sogenannten IS fielen, erwarteten Massenhinrichtungen, Vergewaltigungen und Versklavung. Die Zahl der Todesopfer wird von verschiedenen Quellen auf 5000 bis 10 000 beziffert, bislang konnten in der Region 81 Massengräber lokalisiert werden. Etwa 7000 Frauen wurden in die Sklaverei verschleppt; einige von ihnen befinden sich bis heute in der Gewalt von IS-Anhänger:innen in anderen Ländern. 2700 bis 2800 Menschen gelten immer noch als vermisst.

Trotz dürftiger Bewaffnung wurde in mehreren êzîdischen Dörfern, allen voran Gir Zerik und Sîba Şêx Xidir, von den dort Ansässigen stundenlang erbitterter Widerstand geleistet. Tausenden Menschen wurde so die Flucht ermöglicht. Rund 50 000 Personen retteten sich trotz Hitze und Entbehrungen erfolgreich in das schützende Şengal-Gebirge. Sie wurden von bewaffneter êzîdischer Bevölkerung und einer Handvoll Kämpfer:innen der Volkverteidigungskräfte (HPG), der Guerilla der PKK, weiter verteidigt. Am 6. August traf Verstärkung durch Kämpfer:innen der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) aus Rojava ein. Unterstützt von Luftangriffen der internationalen Anti-IS-Koalition gelang es diesen Kräften, vom 9. bis zum 11. August einen Fluchtweg nach Nordostsyrien freizukämpfen, über den etwa 35 000 Menschen die Flucht gelang. Rund 15 000 Êzîd:innen blieben in ihren Bergen, um den Widerstand fortzuführen.

Organisation der Selbstverteidigung

Mithilfe der Erfahrung der PKK/HPG und der YPG/YPJ konnten die entstehenden êzîdischen Selbstverteidigungseinheiten im Şengal-Gebirge besser organisiert werden. So entstanden nach wenigen Tagen die Widerstandseinheiten Şengals YBŞ (Yekîneyên Berxwedana Şengalê). Die damit verbundenen, ausschließlich aus Frauen bestehenden Militärstrukturen wurden zunächst nach nordsyrischem Vorbild YPJ-Şengal, Frauenverteidigungseinheiten Şengal, genannt. Sie änderten ihren Namen später jedoch in Fraueneinheiten Şengals YJŞ (Yekîneyên Jinên Şengalê).

Andere kämpfende Zusammenschlüsse blieben autonom und schlossen sich später den Haschd al-Schaabi an, einer Schirmorganisation verschiedener gegen den sogenannten IS gerichteten Akteur:innen ohne weitere einheitliche politische Agenda. Während die Haschd al-Schaabi auf Anregung des schiitischen Ayatollah al-Sistani gegründet wurden und als Ganzes weithin mit dem ebenfalls schiitisch geprägten Iran assoziiert werden, spiegelt sich dies in ihrem Vorkommen in Şengal nur sehr begrenzt wider. Der größere Teil der in ihnen integrierten Gruppen Şengals setzt sich aus êzîdischer Bevölkerung zusammen. Formell sind auch die YBŞ/YJŞ seit 2017 an die Haschd al-Schaabi angegliedert und stellen so deren 80. Regiment (genannt »foc«). Die Beziehungen zu den anderen Haschd-al-Schaabi-Regimentern sind gut, allerdings bleibt die Befehlsbefugnis über YBŞ/YJŞ de facto bei ihrer eigener Kommandantur.

Seit ihrem Beginn schon drückt sich die Besonderheit der YBŞ/YJŞ gegenüber staatlichen Armeen vor allem durch ihren hohen ideologischen Anspruch aus. Die YBŞ/YJŞ beziehen sich auf die Ideen des Demokratischen Konföderalismus und des damit verbundenen Konzepts der legitimen Selbstverteidigung einer Gesellschaft. Sie begreifen sich als Mittel, den Schutz ihrer Bevölkerung gemäß deren Willen umzusetzen, und sind hierfür an das politische Organ des Demokratischen Autonomierats Şengal MXDŞ angebunden. Um Machtmissbrauch in den eigenen Reihen zuvorzukommen, findet eine beständige Reflexion, Kritik und Selbstkritik innerhalb dieser militärischen Einheiten statt; Kritik und Selbstkritik wird als hoher Wert betrachtet. Ein leitender Rat aus 50 Personen sowie die 15-köpfige Kommandantur werden in einer eigenen Konferenz gewählt, zu der wiederum alle Einheiten gewählte Delegierte entsenden. Selbstverständlich erfahren, wie alle Mitglieder, auch Führungspersonen Kritik bezüglich ihrer Arbeiten und Umgangsweisen. Bei wiederholt auftretenden Problemen oder gravierenden Fehlern wird eine Kommission



Schützt Şengal – Protestkundgebung in Saarbrücken nach einem Drohnenangriff der Türkei auf den Volksrat in Sinuê in Şengal
Foto: ANF

gebildet, die über Konsequenzen entscheiden kann. So ist es beispielsweise möglich, betreffende Personen zur Teilnahme an besonderen Fortbildungen zu verpflichten oder bei besonders schwerem Fehlverhalten Führungspersonen abzuwählen.

Ein weiteres zentrales ideologisches Prinzip sind die Befreiung und der eigene Wille von Frauen. In den YJŞ organisieren Frauen sich hierfür in eigenständigen Einheiten und mit ihrer eigenen Kommandantur.

Der Beginn der demokratischen Autonomieverwaltung

Doch die militärische Verteidigung gegen den sogenannten IS war nicht die einzige Herausforderung im Şengal-Gebirge. Weitere Probleme betrafen die Versorgung mit lebensnotwendigen Nahrungsmitteln, den Zugang zu medizinischer Hilfe, den Bau von Unterkünften und die Lösung von gesellschaftlichen Konflikten. Aus provisorischen Antworten auf diese Frage entwickelten sich mit der Zeit festere Strukturen. Im Januar 2015 wurden diese zur Koordination in einem »Aufbaurat Şengal« (Meclîsa Avaker a Şengalê) zusammengefasst, mit dem Ziel, eine Autonomieverwaltung Şengals zu verwirklichen. Auf der zweiten Konferenz im Mai 2017 evaluierte dieser Rat seinen Fortschritt und änderte seinen Namen in MXDŞ, also »Demokratischer Autonomierat Şengals«. Heute sind in diesem Rat 11 lokale Volksräte aus einzelnen Dörfern oder Städten vertreten. Ein Quotensystem gewährleistet die Repräsentation von Frauen sowie religiösen Gemeinschaften wie Schiit:innen und Christ:innen. Zudem beteiligen sich eigene Organisationen von Frauen (die Êzîdxan-Frauenfreiheitsbewegung TAJÊ) und Jugend (die Êzîdische Jugendunion YCÊ) am MXDŞ. Sie tragen dafür Sorge, dass ihre jeweilige Perspektive beachtet wird. Bezüglich Frauen- bzw. Jugend-Angelegenheiten treffen sie jedoch autonom Entscheidungen und sind Ratsbeschlüssen nicht unterstellt.

Aus den sich wandelnden Bedürfnissen der Bevölkerung heraus entstanden rund um den Aufbaurat bzw. später den MXDŞ mehrere Institutionen, die für bestimmte Bereiche verantwortlich sind und in ihrer Entscheidungsfindung vom Rat abhängig sind. Sie bearbeiten Themen der physischen und psychischen Gesundheit, kultursensiblen Bildung und Beschulung, Betreuung von Gefallenenfamilien, der Vertretung êzîdischer Klanstrukturen und êzîdischer Geistlicher sowie Gemeindearbeiten wie Straßenbau, Müllentsorgung und Zugang zu Elektrizität und Wasser. Für innere Sicherheit und gesellschaftliche Konfliktbeseitigung wurden die »Asayîşa Êzîdxanê« gegründet.

Die Beteiligung am MXDŞ steht allen in Şengal wirkenden Organisationen offen. So gibt es weitere Strukturen, die Teile ihrer Arbeiten im MXDŞ koordinieren, jedoch in einigen Punkten ihre eigene Entscheidungsfreiheit bewahrt haben. Derzeit umfassen sie neben YBŞ/YJŞ – die einzig einige sicherheitsrelevante Militärgeheimnisse nicht im Rat absprechen – noch die Bewegung für Kunst und Kultur und die parlamentarische Partei PADÊ. Presseinstitutionen nehmen gleichsam an

den Versammlungen teil, um über die Situation von Pressefreiheit in Şengal berichten zu können und über Entwicklungen in der Autonomieverwaltung informiert zu bleiben.

Wirkungsbereiche der PDK und der irakischen Regierung in Şengal

Formell untersteht die Region auch heute einer von der PDK dominierten Administration. Nachdem die Verwaltung in 2014 vor dem sogenannten IS geflohen war, kehrte sie im November 2015 mit einem neuen Gouverneur, Mahma Xelîl, in die Region zurück. Trotz Angliederung an das Regierungssystem der irakischen Regierung in Bagdad wurde der allergrößte Teil der Funktionen von PDK-Politiker:innen eingenommen. Lokale Quellen berichten, dass die Administration insbesondere nach dem Genozid keine praktischen Arbeiten umgesetzt habe, ihre Existenz entsprechend maximal eine Formalität sei. Im März 2017 kam es zu einem Versuch von Seiten der Roj-Pêşmerge, eines syrisch-kurdischen Zweigs der Pêşmerge, in der damals von den YBŞ/YJŞ und den HPG kontrollierten Stadt Xanêsor eine eigene militärische Präsenz durchzusetzen. Es kam zu zivilgesellschaftlichem Protest und kriegerischen Auseinandersetzungen. Die Pêşmerge setzten hierbei deutsche Waffen wie ATF-Dingo-Panzer und G36-Sturmgewehre, die sie für den Kampf gegen den sogenannten IS anvertraut bekommen hatten, gegen die êzîdische Bevölkerung ein. Mehrere Menschen, darunter die an einer Demonstration beteiligte Jugendliche Nazê Nayif sowie die Journalistin Nûjiyan Erhan, wurden getötet, zahlreiche weitere verwundet.

Infolge politischer Konflikte zwischen der KRG und der föderalen Regierung des Iraks etablierte ab dem 17.10.2017 die irakische Armee wieder eine gewisse Kontrolle über die Region und vertrieb dabei die Pêşmerge. Seitdem hat die offizielle Regierung Şengals unter der Leitung der PDK ihren Sitz in der Nachbarregion Duhok ohne Zugang zu ihrem formell zugedachten Wirkungsbereich. Versuche der Rückkehr scheiterten nicht nur an militärischen Kräften, sondern vor allem an zivilgesellschaftlichen Blockaden wie Sitzstreiks. Insbesondere eine mögliche Anwesenheit der PDK-Pêşmerge wird von breiten Teilen der Bevölkerung Şengals ausgeschlossen, da ihre Kapitulation vor dem sogenannten IS bis heute als tief sitzender Vertrauensbruch und Verrat aufgefasst wird. Der PDK-Einfluss in Şengal beschränkt sich heute auf den Betrieb etwa eines Drittels der vorhandenen Schulen, deren Lehrkräfte jedoch häufig ihr Gehalt nicht ausgezahlt bekommen. Zudem arbeiten viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit der PDK zusammen.

Die föderale Regierung des Iraks versucht insbesondere seit dem Sieg über den sogenannten IS, ihren Einfluss in Şengal zu stärken. Im derzeitigen militärischen Status quo hat sie rund 5000–7000 Soldaten der irakischen Armee und 3000 Polizisten in der Region stationiert. Auf ziviler Ebene betreibt sie die Mehrheit der Schulen und zwei Krankenhäuser. Zudem stellt sie einen Teil der Wasser- und Stromversorgung und ist im Bereich des Straßenbaus tätig.

Das Şengal-Abkommen

Mit dem Aufbau der YBŞ/YJŞ, der demokratischen Autonomieverwaltung und der Präsenz weiterer Regimenter der Haschd al-Schaabi erheben nun verschiedene Mächte Anspruch auf die Region. Sowohl die föderale Regierung des Iraks in Bagdad als auch die KRG in Hewlêr werden durch diese Entwicklungen geschwächt. Aus diesem Grund und unter Beteiligung der Vereinten Nationen einigten sich die beiden Kräfte in Verhandlungen im Oktober 2020 auf das sogenannte »Şengal-Abkommen«. Von einem Einfluss diplomatischer Betätigung des türkischen Staates kann gemeinhin ausgegangen werden. Das Abkommen zielt erklärtermaßen auf eine stabile Sicherheitslage und die Rückkehr von vor dem Genozid Geflüchteten ab, die sich noch in Camps aufhalten. Dafür sieht es u. a. Auflösung oder Abzug aller bewaffneten Kräfte außer der irakischen Armee und Polizei und die Ernennung von 2500 neuen Mitgliedern der Sicherheitskräfte vor. Ein weiterer Punkt benennt die Beendigung der PKK-Präsenz. Da die letzten HPG-Mitglieder die Region jedoch 2018 verlassen haben, ist unklar, inwieweit ideologisch nahe Strukturen wie der MXDŞ von der Maßnahme mit betroffen sein könnten. Für die politische Verwaltung sieht das Abkommen erneut einen KRG-Gouverneur vor, was in der Praxis unweigerlich zu einer PDK-Administration führt.

Nicht nur in Kreisen der Autonomieverwaltung Şengals, sondern auch von Seiten êzîdischer Nichtregierungsorganisationen und breiter Teile der Bevölkerung stößt das Şengal-Abkommen in seiner jetzigen Form auf Ablehnung. Zentraler geteilter Kritikpunkt ist hierbei, dass die Ansichten der Bewohner:innen Şengals selbst nicht eingeholt und einbezogen wurden. Das Resultat sind massive Proteste und Widerstände unterschiedlicher Form, die eine Durchsetzung der Vereinbarung bisher verunmöglicht haben.

Türkische Luftangriffe

Auch der türkische Staat verfolgt für Şengal eigene Interessen. Er ist mit seiner diplomatischen und wirtschaftlichen Verwobenheit mit der KRG/PDK ebenso verbunden wie mit geostrategisch begründeten Bestrebungen, an Einfluss in der Region zu gewinnen. Seine Aktivität beschränkt sich hierbei nicht auf indirekte Handlungen über Beziehungen zur PDK und diplomatischen Druck auf die irakische Regierung. Viel-

mehr stellt die Türkei eine der größten Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität der Region dar. Unter dem Vorwand der Bekämpfung der PKK kommt es seit 2017 vermehrt zu Luftschlägen durch Kampfflugzeuge und Drohnen auf Şengal. Konkrete Ziele sind hierbei zumeist Repräsentant:innen und Einrichtungen des MXDŞ und der YBŞ/YJŞ, zu den Todesopfern zählen Zivilist:innen. Besonders hervorzuheben ist hier der Angriff auf ein Krankenhaus in Sikêniyê im August 2021, bei dem eine Ärztin und Pflegepersonal ums Leben kamen. Mit Merwan Bedel, dem Ko-Vorsitzenden der Exekutivkommission des MXDŞ, wurde am 7. Dezember gleichen Jahres eine langjährige Kernpersönlichkeit der Autonomieverwaltung ermordet. In mehrstündigen Bombenangriffen auf 22 Ziele im Februar 2022 starben drei zivile arabische Arbeiter. Kreisende Drohnen gehören in Şengal längst zum Alltag. Zusätzlich zu den Angriffen hat die ständige Bedrohung einen negativen Effekt auf die psychische Verfassung der Bevölkerung.



Bei dem Drohnenangriff der Türkei auf Sinuê in der Şengal-Region ist Kind Selah Nasir ums Leben gekommen, sieben weitere Personen erlitten teilweise schwere Verletzungen; Foto: ANF

Entwicklungen ab April/Mai 2022

Im Zusammenhang mit dem Şengal-Abkommen kam es in den letzten eineinhalb Jahren immer wieder zu Forderungen, Drohungen und Provokationen von Seiten der irakischen Armee. Die letzte Serie von Auseinandersetzungen begann am 18. April, als irakische Soldaten die Übergabe von Asayîş-kontrollierten Punkten im Dorf Dugure und der Stadt Sinune gewaltsam durchzusetzen versuchten. Dabei kam es zu Schusswechseln, bei denen Zivilist:innen verwundet wurden. In den folgenden zwei Wochen bis zum 2. Mai brachen immer wieder kurze kriegerische Auseinandersetzungen aus, die von Waffenstillständen und diplomatischen Verhandlungen unterbrochen wurden. Zwischenzeitlich verlegte die irakische Armee drei weitere Divisionen (etwa 9000–15 000 Soldaten) zusammen mit 100 gepanzerten Fahrzeugen, Artillerie und Panzern in die Region, zog sie allerdings im Folgenden an die Grenze nach Syrien oder wieder aus Şengal zurück. Anfang Mai flohen mehrere Tausend Einwohner:innen konfliktbetroffener Siedlungen ins Şengal-Gebirge oder in Richtung KRG-Gebiet, kehrten jedoch nach wenigen Tagen zurück. Im Laufe des Monats wurden militärische Verhandlungen zwischen Kräften der Autonomieverwaltung und irakischer Armee fortgesetzt. Bislang kam es zu keinen weiteren Gefechten.

Ausblick

Die letzten Zuspitzungen der Konflikte um Şengal haben deutlich gezeigt, dass eine Einigung durch Gespräche unausweichlich ist. Das Şengal-Abkommen dient der Aushandlung von Interessen verschiedener staatlicher Akteure – der irakischen Regierung, der KRG, aber auch externer Staaten wie Türkei und Vereinte Nationen –, die im Allgemeinen durch eines geeint sind: die Ablehnung der Autonomieverwaltung Şengals durch seine Bevölkerung selbst. Gerade dies verunmöglicht jedoch die Umsetzung des Abkommens. Denn die Völker, die vor weniger als einem Jahrzehnt aufgrund des Versagens staatlichen Schutzes Unterdrückung und Genozid erlitten und seitdem ihre eigene Verteidigungskraft erkannt haben, haben gelernt, fremden Entscheidungen zu misstrauen. Mehrere Tausend Kämpfer:innen von YBŞ/YJŞ und bewaffnete Mitglieder der Asayîş, unterstützt durch Demonstrationen und Proteste der Zivilgesellschaft, können mit roher Militärgewalt nicht ausgelöscht werden. Nachhaltiger Frieden liegt somit in der Beteiligung der Menschen Şengals. Bis die Staaten zu den nötigen Absprachen bereit sind, werden die Êzîd:innen und ihre Nachbar:innen weiter auf ihre eigene Kraft setzen und ihre Organisierung vertiefen, bis ihr Wille und ihre Autonomie auch offiziell anerkannt werden. ♦

Die Vielfalt von Frauenleben in der demokratischen Gesellschaft – 10 Jahre Frauenrevolution in Nord- und Ostsyrien

8 Jahre Aufbau der »Stiftung der freien Frau in Syrien« WJAS

WJAS Europa

Wir, die »Stiftung der freien Frau in Syrien« (Weqfa Jina Azad a Sûrî, WJAS), feiern in diesem Jahr das zehnte Jahr einer Revolution für Demokratie, Ökologie und die Befreiung der Frau! Eine Revolution, die von Anfang an hart gegen das Regime erkämpft war, sich gegen die menschenverachtende Brutalität des »Islamischen Staates« (IS) durchsetzte und sich weiterhin gegen militärische Angriffe und Besatzung durch die Türkei und deren dschihadistische Söldner, wirtschaftlichen Boykott, politische Isolierung und denunzierende Propaganda nach außen verteidigen muss.

Nach innen steht diese Revolution vor großen Herausforderungen: Die Umsetzung des Konzepts der demokratischen Moderne. Die Hinterfragung aller gesellschaftlichen Bereiche und Verhältnisse, die den Alltag von Arbeit, Leben und Lernen der Menschen bestimmen, allem voran des Patriarchats. Die Frauenbewegung trägt maßgeblich dazu bei, diesen Kampf voranzutreiben und gleichzeitig das Funktionieren der Gesellschaft und die Versorgung der Bevölkerung unter schwierigsten Bedingungen aufrechtzuerhalten.

Die Frauenstiftung WJAS ist seit acht Jahren Teil der Frauenbewegung und hat sich die Umsetzung der Idee des freien Lebens der Frau zur Aufgabe gemacht. Sie hat Orte geschaffen, an denen Frauen sich begegnen, sich gegenseitig unterstützen und bilden können, Orte, an denen Neues ausprobiert wird, wie das Frauendorf JINWAR oder Zentren und Parks für Frauen und Kinder mit vielen verschiedenen Angeboten. So wird beispielsweise altes Wissen von Frauen über Naturheilkunde aktiviert und anwendbar gemacht. Frauen werden befähigt für sich, ihre Kinder, ihre Familien neue Wege zu gehen. Sie in jeder Hinsicht zu ermutigen, sich ihre Geschichte und ihre Stärke wieder anzueigenen und aktiv am Aufbau einer neuen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung teilzuhaben, ist das Ziel. All das findet sich in den vielfältigen Arbeitsbereichen der Frauenstiftung wieder, die hier verkürzt anhand der Arbeiten des letzten Jahres vorgestellt werden.

Herausforderungen und Reflektion der Arbeiten der Frauenstiftung WJAS

Anfang 2021 schrieben wir »Aufgeben ist keine Option«, und dieses Motto hat uns durch das vergangene Jahr getragen. Es stellte für die Frauenstiftung WJAS erneut eine große Herausforderung dar: Mehrere Lockdowns aufgrund der Corona-Pandemie, das fortgesetzte Embargo, die geschlossenen Grenzen, die Behinderung von Hilfslieferungen, die Inflation, die andauernde völkerrechtswidrige Besatzung sowie Angriffe der türkischen Armee und ihrer Söldner erschweren das Leben und die Arbeit in Nord- und Ostsyrien. Gleichzeitig steigt der Bedarf an Unterstützung durch wiederholt erzwungene Fluchtbewegungen und die sich zuspitzende Lage in den Camps, in denen eine zunehmende Zahl von Binnenflüchtlingen (Internally displaced people, IDPs) unterkommen. Um diesen besonderen, teils sehr schwierigen Situationen gerecht zu werden und die gerade für Frauen und Kinder so notwendigen Hilfen anbieten zu können, ist die Stiftung zu einer Organisation, die derzeit 150 Mitarbeiterinnen umfasst, angewachsen.

Organisation

Die Arbeiten werden in den Stiftungszentren in Qamişlo, Dêrik, Girkê Legê, Kobanê und Tabqa regional koordiniert. In den Camps Roj, Waşokanî, Hol und Raqqa bestehen Zentren mit kontinuierlichem Beratungs- und Kursangebot. Darüber hinaus gibt es Bildungszentren in Qamişlo, Dêrik, Tabqa, im Camp Roj, Camp Waşokanî und Camp Hol (hier gibt es zusätzlich ein Kinderzelt), in denen pädagogische Angebote sowie Aus- und Weiterbildungskurse durchgeführt werden. Dem Waisenhaus »Keskesor a Alan« in Kobanê angeschlossen sind ebenfalls ein Bildungszentrum und ein Kindergarten der Stiftung. Im Gesundheitsbereich unterhält die Stiftung »Ari«-Kliniken/Gesundheitsstationen in Qamişlo, Hesekê und in Dêrik, hier zusätzlich eine mobile Klinik sowie die Naturheilzentren in Dirbêsiyê und Hesekê (früher im jetzt besetzten Serêkanyê angesiedelt).

Konferenz der Frauenstiftung

Am 18. Juni 2021 hat die Frauenstiftung ihre erste Konferenz durchgeführt. Es wurden alle die Stiftung betreffenden Themen diskutiert und neue Arbeitspläne erstellt. Im Vorfeld wurden mit allen Büros und Komitees Versammlungen durchgeführt. Zur Weiterentwicklung der Arbeiten finden Vorstandssitzungen, Sitzungen der Büros, der Komitees und aller Projekte einmal im Monat statt. Dabei werden Schwierigkeiten und Probleme, die während den Arbeiten deutlich werden, besprochen, Lösungen erarbeitet und gemeinsame Planungen erstellt sowie jeden Samstag ein Tekmîl (kritische Selbstreflektion) durchgeführt. Mit der Eröffnung des Büros in Minbic am 1. September 2021 konnten die Arbeiten der Stiftung wie geplant auf eine weitere Region ausgeweitet werden.

Komitee für Bildung und Lernen der Frauenstiftung

Ziel des Komitees ist es mit geistig-intellektuellen Bildungsangeboten und in Seminaren Frauen zu den Themen »Auswirkungen der feudalen Gesellschaft« und »patriarchale Strukturen« zu sensibilisieren und dazu beizutragen, dass sie ihre Persönlichkeit entfalten sowie selbständiges Leben und Handeln entwickeln.

Im Vorfeld der Konferenz gab es die Kritik, dass zu wenig geistig-intellektuelle Bildungen angeboten werden. Die Arbeiten des Komitees waren bislang eher von der Praxis dominiert. Daher wurden verstärkt geisteswissenschaftliche Themen, die Frauen und die Gesellschaft betreffend, ausgearbeitet, und es wurde ein neues Programm entwickelt mit unterschiedlichen Kategorien, je nach den geäußerten Bedürfnissen bzw. den jeweiligen Inhalten der Seminare folgend, wie z. B. den spezifischen Themen der Mädchen, die berufliche Bildungen wie z.B. Nähen, Sport oder Krankenpflege absolvieren oder Angebote geistig-intellektueller Bildung in den Camps.

Gesundheitsarbeiten

Da die Corona-Pandemie weiterhin die ganze Welt, so auch Nord- und Ostsyrien in Atem hält, wurden diesbezüglich spezielle Aufklärungs- und Informationskampagnen durchgeführt sowie Material zu Prävention und Schutz vor Infektionen kurzfristig bereitgestellt. Die Ausbreitung der Krankheit machte es notwendig, viele Gesundheitsseminare, die durch das Gesundheitskomitee der Stiftung umgesetzt werden, mit dem Fokus Covid-19-Prävention durchzuführen. Aber auch Themen wie Krebsvorsorge, Brustkrebs, Diabetes und Kinderkrankheiten waren Inhalte von Seminaren und Aufklärungskampagnen. Die Stiftung hat einen großen Anteil an der Sensibilisierung der Bevölkerung für einen verantwortungsvollen Umgang mit der eigenen Gesundheit und Krankheiten. Dafür hat sie mit vielen Einrichtungen, Dörfern und Kommunen kooperiert. Die Seminare wurden ausgewertet und sie waren Start einer dreimonatigen Gesundheitskampagne mit dem Namen »Die Virusvarianten von Covid und der Selbstschutz dagegen«. In Zusammenarbeit mit dem Gesellschaftskomitee wurden 2021 dazu 125 Seminare durchgeführt.

Ausbildung von Krankenpflegerinnen

Ein Ziel des Gesundheitskomitees ist – neben der Ausbildung von Krankenpflegerinnen – die Fortbildung von Frauen in Erste-Hilfe-Kursen. Hier geht es beispielsweise um erste Maßnahmen für Verletzte nach einem Zeltbrand oder in an-

Dreimal pro Woche fährt die Mobile Klinik Dêrik über die Dörfer in der Region Foto: WJASR



Aufklärungsvortrag zu Corona im Camp Washokanî; Foto: WJAS



deren Unfall- und Notfallsituationen. 56 Fortbildungen haben zu diesem Thema stattgefunden.

Kliniken/Gesundheitsstationen

Eine große Verbesserung sind die »Arî«-Kliniken/Gesundheitsstationen in den Regionen Dêrik, Qamişlo und Hesekê. Die Bevölkerung, insbesondere Frauen und Kinder, leiden unter mangelndem Zugang zu Gesundheitszentren, es gibt zu wenige und die Wege sind zu weit und oft gerade für Frauen schwer zu bewältigen. Daher hat die Stiftung die Gesundheitsstationen und eine mobile Klinik zur Versorgung von Kranken eröffnet. Fortlaufend stellen sich dort kranke Menschen vor und werden behandelt. Ein großes Problem ist der Mangel an Medikamenten durch Embargo, Besatzung und Behinderung von Hilfslieferungen. Dies betrifft leider ganz Nord- und Ostsyrien.

Um in den Dörfern eine Gesundheitsversorgung vor Ort zu ermöglichen, wurde eine Mobile Klinik in Dêrik konzipiert. Sie wurde mit Unterstützung der Städtepartnerschaft Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg-Dêrik aufgebaut und betrieben und wird sehr gut angenommen. Dreimal pro Woche fährt die Mobile Klinik über die Dörfer in der Region und versorgt vor allem Schwangere, Frauen und Kinder. Weitere mobile Kliniken für andere Standorte sind in Planung, allerdings fehlen momentan die finanziellen Mittel für die Umsetzung.

Für die Inbetriebnahme der Poliklinik in Qamişlo, die mithilfe der Gruppe Avahî errichtet wurde, fehlten der Frauenstiftung die Mittel für die Einrichtung und den laufenden Betrieb. Im Juni 2022 wurde das Gebäude offiziell dem Gesundheitskomitee der Selbstverwaltung übergeben, um eine baldige Eröffnung und dauerhafte Finanzierung des Betriebes zu gewährleisten.

Zentren für Naturheilkunde/Heilkräuterkunde gibt es in den Städten Dirbêsiyê und Hesekê. Dort arbeiten professionelle Frauen aus dem Bereich der Naturheilkunde. Sie bieten sowohl Behandlungen als auch Ausbildungen an. Die Abteilung für physikalische Therapie die 2021 in Hesekê eröffnete, bietet unter anderem Schröpfen, Behandlung von Haut und Haarproblemen mit natürlichen Kräutern und modernsten Geräten an. Die Arbeiten sind in der Bevölkerung anerkannt, und auch in der Behandlung von Schwerkranken wurden bereits gute Erfolge erzielt. Im Zentrum »Arî Sidem« in Raqqa wird diese Arbeit ebenfalls angeboten.

Pädagogische Arbeiten

Die Stiftung hat eine Vorreiterinnenrolle in der Etablierung von Kindergärten und der Entwicklung der frühkindlichen Pädagogik in der Region. Die meisten von der Stiftung aufgebauten Vorschulen/Kindergärten wurden mittlerweile in die Verantwortung der Verwaltung für Lehre und Bildung abgegeben. Finanziell und organisatorisch werden die Einrichtungen von der Selbstverwaltung getragen. Die Frauenstiftung ist weiterhin in die inhaltliche Arbeit eingebunden. Damit sind Ressourcen für bestehende und neue Projekte freigeworden. Die Krippe der Stiftung in Qamişlo (für Kinder im Alter von drei Monaten bis drei Jahren) und der Kindergarten im Gebäude des Waisenhauses »Keskesor a Alan« bleiben auch weiterhin in der Verantwortung der Stiftung. Sie werden von Zeit zu Zeit evaluiert. Die Vereinbarungen zum Betrieb der Krippe wurden erneuert. Die Arbeiten im Waisenhaus in Kobanê umfassen die Bildung und Erziehung der Kinder. Noch nicht

Zertifikatvergabe des 45-tägigen Erste-Hilfe-Kurs mitGrundlagen der Kranken pflege im Camp Hol im Februar 2022; Foto: WJAS



Ein Ausflug für die Kinder von Keskesor a Alan (das Waisenhaus) an den Euphrat Juni 2021; Foto: WJAS





Ausbildungskurs Schneiderei im Camp Waşokanî; Foto: WJAS

gut gelöst ist der Umgang mit Kindern, die das Alter von 16 Jahren erreichen und für die ein Wechsel ansteht. Dazu haben wiederholt Arbeitstreffen mit anderen möglichen zuständigen Einrichtung stattgefunden, um eine passende Anschlussunterbringung zu entwickeln. Bisher gibt es noch keine zufriedenstellende Lösung. Beispiele aus dem Alltag:

- Ein Kind konnte mit Erreichen des 16. Lebensjahres auf Wunsch seiner Familie und mit Unterstützung der Frauenverwaltung in seiner Familie wieder aufgenommen werden.
- Fünf Kinder aus (dem mehrfach militärisch angegriffenen) Ain Issa wurden, vermittelt über den Gesellschaftlichen Bereich und die Organisation »Sara«, im Waisenhaus aufgenommen.

Weiterhin werden Kurse wie Musikalische Erziehung (das Erlernen von Musikinstrumenten und folkloristischer Lieder) und Kunstprojekte durchgeführt. Mit Kindern in den Camps Roj und Hol werden verschiedenste Aktivitäten und Feste organisiert.

Ausbildungen und Kurse

Die Stiftung hat in 2021 weiterhin Ausbildungen und Kurse in den Bereichen Schneiderei, Friseurhandwerk, Kunsthandwerk, Computerkurse, Sprachkurse in Arabisch und Kurdisch und neu Fahrkurse für Frauen angeboten.

Die Camps

In den Camps Roj, Hol und Waşokanî gewinnt die Arbeit der Frauenstiftung weiterhin an Bedeutung, auch weil mehr Menschen (darunter sehr viele Frauen und Kinder) aufgrund von Krieg, Besatzung und ungesicherten Lebensverhältnissen flüchten müssen. Im Laufe des letzten Jahres konnten zahlreiche bereits bestehende Angebote fortgeführt und neue etabliert werden. Hierzu zählen besonders die dauerhaften Stiftungszentren bzw. -zelte mit ihren Kursen und Ausbildungsangeboten. Ein starker Fokus liegt auf der Betreuung von traumatisierten Frauen und Kindern und der Reintegrationsarbeit in die Gesellschaft mit durch den IS (Islamischer Staat) radikalisierten Familien. Als weiteres Angebot gibt es hier Näh- und

Schreibseminare, wodurch die Frauen einerseits eine Beschäftigung finden und gleichzeitig ein eigenes Einkommen erzielen können.

Komitee der Beziehungen und Netzwerkarbeit

Das Komitee arbeitet daran, die Beziehungen mit und zu anderen Einrichtungen auf regionaler Ebene und zu ausländischen Organisationen zu entwickeln und zu stärken. Ziel ist die gemeinsame Entwicklung von Projekten, die Frauen und der Gesellschaft dienen. Dafür wurden unter anderem zivilgesellschaftliche Organisationen befragt, Kooperationstreffen mit den Verantwortlichen in den Camps, den dort arbeitenden Organisationen und Heyva Sor vorbereitet und durchgeführt.

Eine ausländische Delegation besuchte das Berufszentrum, die Arbeiten wurden bewertet. Der Besuch der Organisation UNICEF im Stiftungszentrum wurde vorbereitet.

Die Stiftung beteiligt sich an Aktionen von TEV-DEM, Kongra Star und den Bezirksräten.
In einer Schulung zum Thema »Wie mit jungen Frauen umgehen« wurden fünf Personen der Organisation »Jiyan« zu psychologischen Helfer:innen ausgebildet.
Mitarbeiterinnen haben an Programmen zum Thema »Gewalt gegen Frauen« teilgenommen.

Weiterhin angespannte wirtschaftliche Lage

Die vielseitigen Arbeiten in den verschiedenen Bereichen, sowohl geografisch als auch inhaltlich, bedeuten auch eine ständige finanzielle und personelle Herausforderung. Die Personalkosten für die Mitarbeiterinnen und Honorarkräfte sind durch Inflation und steigende Lebenshaltungskosten deutlich gestiegen. Die Angestellten sind immer stärker auf ihr Einkommen angewiesen, um sich und ihre Familien zu ernähren und ihre Unabhängigkeit als Frauen zu bewahren. So hat Anfang des Jahres 2021 eine Tüte Brot etwa 500 syrische Lira gekostet, mittlerweile sind es ca. 1500 syrische Lira. Es besteht ein gravierender Mangel an Fachpersonal u.a. für medizinische Einrichtungen. Internationale NGOs zahlen in der Regel deutlich höhere Gehälter und werben damit Mitarbeiterinnen der lokalen Organisationen ab. Viele medizinische Fachkräfte sind vor dem Krieg aus dem Land geflohen. Die lokalen Ausbildungsmöglichkeiten sind durch die fortwährenden militärischen Angriffe eingeschränkt bzw. müssen erst aufgebaut werden. Genau hier setzt ein wichtiger Arbeitsbereich der Frauenstiftung an: Die Ausbildung, insbesondere von Frauen, zu Fachkräften in unterschiedlichen Bereichen und die gezielte berufliche Förderung von Frauen unter Berücksichtigung der Konkurrenz zu den männlichen Kollegen.

Mangel

Die Beschaffung von Medikamenten, Geräten und Lehrmaterialien ist einerseits durch Embargo und Grenzschließungen andererseits durch die Teuerungsrate behindert. Aufgrund der dargestellten finanziellen und organisatorischen Schwierigkeiten gelangen die dringend benötigten Materialien häufig nicht oder nur unter großen Mühen und zeitverzögert nach Nord- und Ostsyrien. Mehrere geplante Projekte wie der Aufbau einer weiteren Mobilen Klinik und einer Gesundheitsstation in Kobanê und in Hesekê konnten nicht wie geplant umgesetzt werden.

Spenden

Um die vielseitigen Arbeiten der Frauenstiftung fortführen und ausbauen zu können, werden dringend Gelder benötigt. Wir freuen uns über jede Einzelspende, über Förderbeiträge oder Patenschaften für Medikamente, für Ausbildungsangebote oder Einrichtungen, damit weiterhin Neues konzipiert und umgesetzt werden kann, spannende Erfahrungen gemacht und mit Frauen auf der ganzen Welt geteilt werden können.

Mitarbeit

Ebenso wichtig sind Aktivitäten zur Bekanntmachung der Frauenstiftung in Europa, um materielle und ideelle Unterstützung für ihre Arbeiten zu organisieren. Dies kann durch gemeinsame Veranstaltungen, Interviews, Ausstellungen, Spendensammelaktionen etc. erfolgen. Wenn es dazu Fragen gibt, Interesse an einer Mitarbeit besteht oder Informationsmaterial für Veranstaltungen vor Ort benötigt wird – bitte schreiben an:
www.wjas.org
Mail (Europa): info@wjas.org

Spendenkonto
Kurdistan Hilfe e.V., Hamburg, Deutschland
Stichwort WJAS
Hamburger Sparkasse
IBAN: De40 2005 0550 1049 2227 04
BIC: HASPADEHHXX

Kunst in Amed vor und nach der Zwangsverwaltung

Das Gedächtnis der Stadt wurde geschaffen

Bariş Seyitvan

Bevor ich mit den künstlerischen Aktivitäten in Amed (türk. Amed) und vielen anderen Teilen Kurdistans vor und nach der Zwangsverwaltung beginne, möchte ich über eine für uns Kurden sehr wichtige Periode sprechen, die auf den Östlichen Reformplan zurückgeht. Dieser trat 1925 in Kraft und wurde aus dem Gedanken der Assimilierung des kurdischen Volkes und der Auslöschung der kurdischen Kultur heraus entwickelt. In diesem Prozess, in dem diejenigen, die nicht assimiliert werden konnten, mit Konsequenzen wie dem Exil konfrontiert wurden, ist es schwierig, von einer kulturellen Aktivität zu sprechen. Die Unterdrückung verschärfte sich mit dem Ausnahmezustand, der 1980 begann und in den neunziger Jahren das Niveau eines Krieges erreichte. Die Atmosphäre von Unterdrückung und Gewalt war in den vier Teilen Kurdistans unterschiedlich ausgeprägt. Binnenmigration und Auswanderung in verschiedene Länder Europas fanden in allen vier Teilen intensiv statt.

Die künstlerischen Tätigkeiten in Nordkurdistan (insbesondere in Amed) wurden einer ständigen Kontrolle unterzogen. Diese Kontrolle war ein Hindernis für die Expansion und Diversifizierung: Der Staat versuchte, etwas in eigener Regie zu schaffen, und alles andere wurde direkt verhindert. Die von der Zivilbevölkerung eröffneten Zentren wurden geschlossen. Im Jahr 1990 wurde das Stadttheater innerhalb der Stadtverwaltung von Diyarbakır gegründet. Im Jahr 1995 löste der Bürgermeister der Wohlfahrtspartei dieses Theater auf. Die Künstler, die im Theater arbeiteten, wurden in andere Gemeinden geschickt, einige wurden entlassen, einige wurden als Reinigungspersonal eingesetzt, andere als Polizeibeamte. Diejenigen, die in andere Gemeinden gingen, versuchten private Theater zu gründen und schufen unter schwierigen Bedingungen Theater, oft in Kellern.

Das Kulturzentrum Mesopotamien (MKM), eine für diese Zeit sehr wichtige Einrichtung, wurde 1991 in Istanbul gegründet und 1993 in Diyarbakır eröffnet. Später wurde es auch in Izmir, Antep und Urfa aufgebaut. Die Zweigstelle in Diyarbakır konzentrierte sich auf Musik und Folklore. Koma Azad, eine der Bands aus dieser Zeit, war sehr populär geworden. Im Jahr 1995 wurde dieses Zentrum durch eine Polizeirazzia geschlossen. Doch in den Jahren 1997 und 2000 wurde es immer wieder neu eröffnet, aber stets nach kurzer Zeit wieder geschlossen. Danach wurde es unter den Namen Medkom, Dicle Fırat Culture oder Dicle Fırat Frauenzentrum erneut eröffnet – auch diese Zentren wurden geschlossen. Besonders in dieser Zeit standen alle künstlerischen Betätigungen unter Kontrolle.

In den 90er Jahren mussten die Theatertexte vor der Aufführung an die Polizei geschickt werden. Diese korrigierte die Textteile, die sie für unangemessen hielt und schickte die korrigierte Fassung zurück. Erst dann konnte das Stück aufgeführt werden. Während der Aufführung kam die Polizei mit mindestens zwei Kameras und machte Aufnahmen. Das galt auch für Ausstellungen und Konzerte. Es gab eine Politik des ständigen Drucks und der Einschüchterung.

Von den achtziger bis zu den neunziger Jahren wurde in allen künstlerischen Disziplinen, insbesondere in Musik- und Folkloregruppen, koproduziert oder sogar gemeinschaftlich produziert. Wenn eine Musikgruppe auf der Bühne auftreten oder ein Theaterstück aufgeführt werden sollte, stürmte die Polizei die Bühne und erließ Auflagen wie: »Dieses Gruppenmitglied darf nicht auftreten, jenes Gruppenmitglied darf nicht auftreten«.

Der einzige Bereich, in dem der Staat keinen Druck ausüben oder Verbote aussprechen konnte, waren die Dengbêj. Der Staat konnte die Menschen nicht daran hindern, in ihren eigenen Häusern Kilam und Stran zu singen. Natürlich hätte er das auch getan, wenn er es gekonnt hätte. Trotz aller Hindernisse wurde in den 90er Jahren sehr ernsthaft gearbeitet, es war eine sehr wertvolle Zeit. Durch den Druck in dieser Zeit gab es eine Energie, die sehr explosiv war.

Während der gesamten 90er Jahre gab es allein in einem einzigen Bezirk Tausende von ungeklärten Morden. Die Gewalt sowohl des Staates als auch der Hisbollah entwickelte sich zu einem Kriegsprozess, und diese Situation löste psychische Probleme bei den Menschen aus. Die Menschen wurden daran gehindert, sich kulturell zu betätigen und von einem Ort zum anderen zu reisen. Die dies trotzdem taten, wurden mit dem Tod bedroht.

In den 2000er Jahren kam eine andere Dynamik ins Spiel. Es entsteht ein neuer Institutionalisierungsprozess. Durch die Beziehungen zu anderen Metropolen des Landes entwickelte sich eine andere Art von Kunstpraxis. In den 2000er Jahren wurde diese Energie sowohl von Einzelpersonen als auch von Institutionen freigesetzt. Gleichzeitig wird die Last eines großen Traumas getragen. Es ging auch darum, die psychischen Wunden zu überwinden, die unzählige Todesfälle und Folterungen verursacht hatten.

Nach den Kommunalwahlen im Jahr 2000 kamen die Kommunalverwaltungen unter kurdische Kontrolle. In dieser Zeit begannen sich positive kulturelle Einflüsse abzuzeichnen. Das »Amed Kultur- und Kunstfestival« wurde erstmals 2010 organisiert. Dieses und weitere Festivals wurden eine Woche lang, verteilt über die ganze Stadt, ausgetragen. In dieser Zeit wurden nationale und internationale Musiker, Filmemacher, Maler, Schauspieler, Schriftsteller und tausende andere Künstler aus anderen Bereichen eingeladen. Diese Festivals haben große Synergien geschaffen. Bei diesem Prozess ging es nicht nur darum, Konzerte, Ausstellungen, Literaturveranstaltungen oder Theaterstücke und Kinovorstellungen durchzuführen. Es fanden gleichzeitig auch Workshops zu unterschiedlichen Themen statt. Dutzende von Menschen, die von diesen Workshops profitierten, setzten später ihre Arbeiten fort.

Wir können sagen, dass all diese Veranstaltungen dazu beigetragen haben, einen aktiven Boden für Diskussionen zu schaffen.

Gleichzeitig wurden auch junge Menschen und eine neue Generation durch diese Aktivitäten motiviert. Und das Licht einer Zukunft im Bereich der kulturellen Aktivitäten wurde entzündet. Zu Beginn der 2000er Jahre kam es zu einer Mobilisierung. Die Menschen wollten Spaß haben, wollten sich austauschen, wollten Kunst gestalten. Wir können sagen, dass all diese Veranstaltungen dazu beigetragen haben, einen aktiven Boden für Diskussionen zu schaffen. Viele unserer heutigen Freunde in Diyarbakır wurden in jenen Jahren geistig kreativ. Die Festivals boten eine institutionelle Infrastruktur, aber sie hatten Probleme mit den Veranstaltungsorten. Denn die Verwaltungen hatten gerade erst ihre Arbeit aufgenommen. Frühere Bürgermeister der Stadt unterstützten Kultur und Kunst nicht, die bestehenden Veranstaltungsorte waren geschlossen und in Moscheen, Konferenzsäle usw. umgewandelt worden.

Nach 2011 wurden die Festivals in Schauspiel-, Theater- und andere Kunstsparten unterteilt. Während dieser Festivals wurden in der Stadt Kinofestivals, Theaterfestivals, Konzerte, Ausstellungen und Literaturtage abgehalten.

Anfang der 2000er Jahre wurden zusätzlich zu den Festivals die Dicle-Fırat-Kulturinstitution und andere Einrichtungen gegründet, und es wurden unabhängige Theater eröffnet. Zur gleichen Zeit gab es eine ernsthafte Bewegung im Bereich der Kultur und Kunst in Mardin, Batman und Van. Das Yılmaz Güney-Kino in Batman nahm wichtige Projekte in Angriff. Doch dieses Kino brannte nieder – es hieß, es sei angezündet worden. In dieser Zeit führten die Beteiligung verschiedener Organisationen, verschiedener Städte und die verstärkten internen Debatten zu einer Diversifizierung und Differenzierung der kulturellen Aktivitäten.

Vor allem nach 2010, mit der Stärkung der lokalen Verwaltungen, nahm die Zahl der Kultur- und Kunststätten zu. Die Stadtverwaltung von Amed eröffnete das städtische Aram-Tigran-Konservatorium und die Stadtverwaltung von Kayapinar die Cegerxwîn-Akademie. Diese Konservatorien begannen, Kurse in Folklore, Film , Malerei, Literatur, Theater und Musik anzubieten. Die Dauer dieser Kurse betrug 3 Jahre. Gleichzeitig wurden auch die Kinder in diesen Kunstdisziplinen ausgebildet. Zugleich konnten alle Künstler in der Region technische und theoretische Unterstützung von diesen Konservatorien erhalten. Lehrkräfte und Studenten der Konservatorien begannen, Bildungen in den Kulturzentren zu veranstalten, die von der Stadtverwaltung von Amed in den Dörfern der drei Provinzen eröffnet wurden.

Auf dem Gebiet des Theaters wurde sehr wichtige Arbeit geleistet, und es wurden Tourneen durch die ganze Region unternommen. Es war ein Bereich, an dem die Öffentlichkeit großes Interesse zeigte. Im Jahr 2011, nachdem das Theater in der Stadt Amed den Status eines Stadttheaters erhalten hatte, wurden mehr Produktionen inszeniert. Diese zogen die Aufmerksamkeit der Menschen in der ganzen Stadt auf sich, und fast alle Stücke wurden in vollen Sälen aufgeführt. Mit den Theaterwettbewerben zwischen den Gymnasien und den Theaterfestivals wurde hier eine sehr wichtige Arbeit geleistet. Darüber hinaus wurden Wettbewerbe für das Verfassen von Theaterstücken organisiert und die ersten ausgewählten Stücke wurden aufgeführt.

Auch im Bereich der bildenden Künste wurden Arbeiten erstellt. Die wichtigste Kunstgalerie der Region, die Amed-Kunstgalerie, wurde 2010 im Amed-Sümer-Parkkomplex eröffnet. Diese Galerie war für alle professionellen Künstler offen. Jährlich gingen Anträge ein, es wurden Bewertungen vorgenommen und die Ausstellungen entsprechend geplant. Hier fanden viele wichtige Ausstellungen mit Arbeiten aus der Region, anderen Teilen Kurdistans, aus Istanbul und Europa

statt. Darüber hinaus waren die Internationalen Amed-Fototage, die gemeinsam von der Stadtverwaltung Amed, der Industrie- und Handelskammer, dem Difak und dem Kunstzentrum Amed organisiert wurden, ein sehr wichtiges Ereignis. Während dieser Veranstaltung konnten Hunderte von Menschen an Workshops, Seminaren, Diskussionsrunden und Ausstellungen teilnehmen.

Die durchschnittliche Besucherzahl in der oben erwähnten Kunstgalerie von Amed lag bei 3000-4000 Personen. Schulen in Amed wurden kontaktiert, und die Schüler wurden zu den Ausstellungen gebracht. Später verbot das Ministerium für Bildung den Schülern den Besuch der Kunstgalerie.

Darüber hinaus führte die oben erwähnte Abteilung für soziale Dienste der Stadtverwaltung Amed Sümerpark in vielen Bereichen Aktivitäten durch (Frauenzentrum, Behindertenzentrum, Kinderzentrum und Sportzentrum). Auch Keramik-, Bildhauerei- und Malkurse wurden hier angeboten. Gleichzeitig konnten alle NGOs in der Stadt von den Hallen hier profitieren.

Im Amphitheater Sümerpark fanden in regelmäßigen Abständen Konzerte und Musikveranstaltungen statt. Die »Mehmed-Uzun-Stadtbibliothek«, die in diesem Komplex eröffnet wurde, war ein wichtiges Zentrum. Außerdem wurde hier das Koordinierungszentrum für das Gefängnis Nr. 5 in Amed eröffnet, womit die Arbeiten aufgenommen wurden, um das Gefängnis von Amed in ein Museum umzuwandeln. Die damit zusammenhängenden Archivierungsarbeiten wurden ebenfalls begonnen.

Die Stadtverwaltung von Amed restaurierte 2014 in der Stadt auch das Herrenhaus von Cemîl Paşa und wandelte es in ein Stadtmuseum um. In sämtlichen Archiven wurde nach Dokumenten gesucht, um die Stadt wieder zu rekonstruieren.

Bis 2016 erschienen im Bereich Kultur und Kunst Bücher über die Geschichte, Kultur, Dengbêj, die Esskultur und die Geschichte aller Provinzen der Stadt. Dengbêj- und Künstleranthologien wurden herausgebracht. Das Gedächtnis der Stadt wurde geschaffen und aufgezeichnet. Bücher, die einen wichtigen Platz in der Welt einnehmen, wurden ins Kurdische übersetzt.

Vor allem im Bereich von Kino und Film arbeitete die »Middle East Film Academy« in Amed ebenfalls an sehr wichtigen Projekten.

Zwischen 2000 und 2016 koordinierten die Stadtverwaltungen von Amed und anderen Gemeinden in Nordkurdistan ihre Arbeit.

Kunst nach der Zwangsverwaltung

Ende 2016 wurde ein Zwangsverwalter für die Stadtverwaltung von Diyarbakır ernannt. Er entließ zunächst 32 Künstler, die für die Gemeinde arbeiteten. Die in den verschiedenen Gemeinden ernannten Zwangsverwalter begannen, die dort vorhandenen Kultur- und Kunststätten zu schließen. Dazu gehörte auch das städtische Konservatorium Aram Tigran. Die Cegerxwîn-Akademie wurde aufgelöst und dort eine Koranschule eingerichtet. Die Amed-Kunstgalerie wurde in ein Sportzentrum und eine andere Galerie in eine Moschee umgewandelt, und ein Brand zerstörte das gesamte Archiv. Die Schauspieler des Stadttheaters sind entlassen worden und das Koordinationszentrum des Gefängnisses Nr. 5 in Amed wurde geschlossen. Unabhängige Kunstzentren, die in der Stadt existierten, mussten ebenfalls schließen, wie im Fall des Dicle Fırat Kulturzentrums.

Neben der Stadtverwaltung wurden auch die Direktoren und Künstler der Kultur- und Kunstdirektionen in den mit dem Zentrum verbundenen Provinzgemeinden entlassen. Das Kultur- und Kongresszentrum, das seit vielen Jahren geplant war, für dessen Bau aber keine staatlichen Mittel bereitstanden, war in schwierigen Bauphasen unterstützt worden. Der Bau, der 2012 begonnen worden war, wurde im Jahr 2016 abgeschlossen. Die Einweihung dieses Gebäudes, das einen Saal für 1000 Personen, Theater- und Kinosäle, Unterrichtsräume und Ausstellungsräume umfasst, vereinnahmte der durch die Zwangsverwaltung ernannte Treuhänder. So sollte der Bevölkerung suggeriert werden, dass das Gebäude durch die Zwangsverwaltung errichtet worden wäre.

Kurz gesagt: die Gemeinden in Amed und alle Kultur- und Kunstzentren, Nachbarschaftshäuser und Kinderzentren, die diesen Gemeinden angeschlossen waren, wurden geschlossen.

Mit der Intervention des Zwangsverwalters wurde der begrenzte Platz für Kulturaktivitäten erneut zu einem Problem. Doch in der Folgezeit schlossen sich die Akteure des MA Music und des Stadt Theaters (Sanoya Bajêr a Amedê) zusammen, um neue Spielstätten zu schaffen. Darüber hinaus eröffneten in der Stadt zahlreiche unabhängige Kunstinitiativen und Kunstzentren. Außerdem hat der »Kultur- und Kunstverein Dicle« seine Aktivitäten und Schulungen erneut aufgenommen. Diese Kunstzentren führen in Amed wieder ernsthafte kulturelle und künstlerische Aktivitäten durch.

Weiterhin leistet das EU-Projekt »Space for Culture« im Rahmen des Treuhandprozesses seit etwa fünf Jahren wirtschaftliche Unterstützung für Künstler, Kunstinitiativen und Kunstzentren in Amed, Mardin und Batman. Auch andere Organisationen bieten hier ebenfalls Unterstützung an. ♦

Die PKK muss von der Liste terroristischer Organisationen gestrichen werden!

Der Widerstand des kurdischen Volkes geht uns alle an!

Interview mit Annick Samouelian, Frankreich

Annick Samouelian ist Sprecherin des Collectif Solidarité Kurdistan 13 (CSK.13) und Vorsitzende des Vereins Solidarité & Liberté Provence, der Teil des Bündnisses CSK.13 ist

Stellst du euer Bündnis bitte kurz vor? Wann und aus welchen Gründen habt ihr euch gegründet?

Seit über 20 Jahren hat es in Marseille immer ein Bündnis zur Unterstützung des kurdischen Volkes gegeben. Nur der Name wurde im Lauf der Jahre und mit den Entwicklungen im kurdischen Kontext und in den Regionen Kurdistans geändert. In dieser Kontinuität vereint das Collectif Solidarité Kurdistan 13 (13 = Département Bouches-du-Rhône) heute zehn Organisationen, Gruppen, Vereine aus dem politischen und gewerkschaftlichen Bereich, die sich aktiv für Menschenrechte einsetzen und für die kurdische Sache eintreten.

Aus welchen Gründen habt ihr letztes Jahr eure Kampagne für die Entkriminalisierung der PKK initiiert?

Nie war die Lage so eindeutig wie heute: Sich damit abmühen, das Anliegen der Kurd:innen zu verteidigen, ohne das Problem der Kriminalisierung der PKK anzugehen, ist wie immerzu Wasser aus einem beschädigten Boot schöpfen, ohne je das Leck zu reparieren.

Das bedeutet, dass jeder noch so umfassende Kampf, jede noch so berechtigte Initiative im Zusammenhang mit dem kurdischen Anliegen immer auf Grenzen stoßen wird, wenn es uns nicht gelingt, diesen Riegel »PKK = Terror« zur sprengen, der die Hauptursache für die Tragödien ist, die das kurdische Volk erlebt.

Die Streichung der PKK von der Liste terroristischer Organisationen ist der einzige Weg für eine politische und friedliche Lösung der kurdischen Frage. Es kann keine Lösung ohne die PKK geben und noch weniger gegen sie, denn die PKK ist das Volk, und das Volk ist die PKK. Diese beiden Elemente gehören zusammen wie die zwei Seiten einer Münze.

Indem der kurdische Widerstand mit Terrorismus gleichgesetzt wird, gewähren Frankreich und die Europäische Union der Regierung in Ankara freie Hand, jegliche Verhandlung abzulehnen und sich hinter dem Argument zu verschanzen »Die Türkei verhandelt nicht mit Terroristen« und so ihre auf faschistische und fundamentalistische Propaganda aufbauenden expansionistischen Kriege fortzusetzen.

Die Türkei kann ohne jeden Zweifel einzig und allein über den Weg der Legitimierung der PKK und der Anerkennung der Rechte des kurdischen Volkes dazu gezwungen werden, die kurdische Realität anzuerkennen und den Beginn von Friedensgesprächen zu akzeptieren.

Die Tatsache, dass die PKK mit der Verbannung aus der internationalen Gemeinschaft im Stich gelassen wurde, macht es möglich, den Mantel des Schweigens über die Verantwortung der türkischen Behörden für alle Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu legen. Dessen ist sich der türkische Staat sehr genau bewusst. Davon zeugt auch das Urteil des Permanenten Völkertribunals über die Verbrechen des türkischen Staates an der kurdischen Bevölkerung, das im März 2018 in Paris tagte: »Der Präsident des türkischen Staates, Recep Tayyip Erdoğan, trägt direkte Verantwortung für die Kriegsverbrechen und die Verbrechen durch den Staat, die insbesondere in den Städten im Südosten Anatoliens verübt wurden.« Die ungesühnten Massaker werden nicht ewig ignoriert werden können.

Auf juristischer Ebene hat kein einziges europäisches oder internationales Gericht jemals geurteilt, dass die PKK der Definition einer terroristischen Organisation entspreche. Im Gegenteil hat der belgische Kassationshof, das oberste Gericht Belgiens, ausdrücklich festgestellt: Der Konflikt zwischen dem türkischen Staat und der PKK ist ein nicht internationaler bewaffneter Konflikt, der internationalen Regeln unterliegt.

Ebenso sollte die Entwicklung der PKK hervorgehoben werden, die sich heute sehr vom marxistisch-leninistischen Schema der 80er Jahre unterscheidet.

Von großer Wichtigkeit sind auch die veränderten politischen und geopolitischen Kräfteverhältnisse im Mittleren Osten. Weit davon entfernt, terroristisch zu sein, hat sich die kurdische Befreiungsbewegung als führend in der internationalen

Koalition gegen den barbarischen Einfall des Islamischen Staates erwiesen. Es ist an der Zeit, dass die PKK und die mit ihr verbündeten Organisationen als Kraft für Frieden und Stabilität in einem brodelnden Nahen Osten anerkannt werden.

Die politische Haltung und der Starrsinn, mit denen Europa und die Vereinigten Staaten an der Bewertung der PKK als »terroristische Organisation« festhalten, sind weder menschenwürdig noch rechtens, und sie leugnen, was die PKK in Wirklichkeit ist.

Was sind eure Aktivitäten für die Kampagne und was ist das Ziel der Kampagne?

Die Aktivitäten der Kampagne des CSK.13 gehen von kulturellen Veranstaltungen über Demonstrationen, der Organisation runder Tische, Film- und Diskussionsabenden wie z. B. zum Film »Press« von Sedat Yılmaz bis zu Treffen mit Abgeordneten. Dabei geht es uns jedes Mal darum, zu informieren, zu erklären, zu analysieren und das Schweigen zu brechen.

Geplant ist eine Kampagne zur Unterstützung der politischen Gefangenen in der Türkei, die eng verknüpft sein wird mit unserer Kampagne zur Entkriminalisierung der PKK. Für diesen Zweck hat uns ein Verlag 400 Postkarten geschenkt.

Weitere Projekte sind für den Spätsommer in Vorbereitung. Sie zielen auch darauf ab, Abgeordnete mehr zu fordern und sie zur Einnahme einer engagierten Haltung in der kurdischen Frage zu bewegen.

Wie äußert sich die Kriminalisierung der PKK in Frankreich? Im Gegensatz zu Deutschland ist die PKK dort ja nicht verboten.

Im Gegensatz zu Deutschland wird in Frankreich das Schwenken einer PKK-Fahne oder das Rufen von Parolen zugunsten der Partei nicht geahndet. Mit unserem Bündnis haben wir auch Anstecker für die Kampagne gemacht mit der Parole »PKK heißt Widerstand, nicht Terrorismus«.

Dennoch gibt es sie, die Kriminalisierung von kurdischen Vertretungen und Aktivist:innen, sogar häufig. Dass es kein Verbot gibt, macht sie hinterhältiger.

So werden regelmäßig die Bankkonten von Vereinsvertreter:innen eingefroren. Die Argumente zur Rechtfertigung dieser Kontosperrungen sind manchmal hanebüchen oder einfach unwahr. Vorgebrachte Begründungen sind z. B.: Treffen mit Parlamentsabgeordneten, das Organisieren von Demonstrationen, Öffentlichkeitsarbeit, Redebeitrag beim Permanenten Völkertribunal. Handlungen, die die französische Demokratie ausdrücklich erlaubt.

Dazu gibt es den sichtbaren Teil der Repression, den wir regelmäßig dann erleben, wenn es auf ein Treffen oder entscheidende Verhandlungen mit Ankara zugeht. Oftmals führt diese Korrelation zu Verhaftungen oder Durchsuchungen, die von der Staatsanwaltschaft unter dem Deckmantel des »Antiterror-Gesetzes« veranlasst werden. So gab es z. B. im März in Marseille unmittelbar vor dem EU-Gipfel entsprechende polizeiliche Maßnahmen.

Das Etikett »PKK terroristisch« dient als Werkzeug, die kurdischen Vereine im Land zu unterdrücken, einzuschüchtern, zu verfolgen, Festnahmen durchzuführen oder ihre Mitglieder als »Gefährder:innen« abzustempeln wie gefährliche Kriminelle.

In Anbetracht einer Türkei, die alle Vernichtungsmechanismen ausschöpft, um der kurdischen Bevölkerung jede Überlebensmöglichkeit zu verweigern, ist es unfassbar, dass die Repression gegen die kurdische Gemeinschaft in Frankreich und Europa ihre Fortsetzung findet.

Daher ist unsere Kampagne eine Form aufzuzeigen, dass die PKK keine terroristische Organisation ist, sondern dass ein ganzes Volk durch die Mächte des Westens instrumentalisiert wird.

Wie hat sich der Umgang des französischen Staates mit der PKK entwickelt? Hat z. B. der Mord an den drei kurdischen Aktivistinnen im Januar 2013 in Paris eine Zäsur bedeutet?

Es sei daran erinnert, dass die PKK in Frankreich oder Europa nie terroristische Gewalttaten begangen, sondern den Terrorismus des IS im Irak und in Syrien bekämpft hat. Dank ihrer militärischen Einheiten hat sie Tausende von Menschen in Şengal, Kobanê, Mexmûr, Raqqa befreit und gerettet. Es ist nicht die PKK, die Attentate in Frankreich begangen hat, sondern der IS; und es sind die Türkei und ihr Geheimdienst MIT, die den Mord an drei kurdischen Frauen – Friedensaktivistinnen – in Paris in der Nacht vom 9. auf den 10. Januar 2013 veranlasst haben.

Die Einhaltung der Versprechen der französischen Regierung, diese furchtbaren Taten vollständig aufzuklären, lässt immer noch auf sich warten. Neun Jahre nach dem Massaker gleicht die Weigerung, die Geheimhaltung in dem Ermittlungsverfahren aufzuheben, der Gewährung einer Straffreiheit für den türkischen Staatsterrorismus. So wird den politischen, ökonomischen und strategischen Interessen der Vorzug gegeben.

Erdoğans Macht, Schaden anzurichten, nährt sich aus der freiwilligen Machtlosigkeit Europas, obwohl die fortgesetzten Schandtaten der türkischen Regierung die europäischen Regierungen zum Nachdenken bringen und Reaktionen ihrerseits hervorrufen sollten. Als Mitglied der NATO und des Europarats hört die Regierung in Ankara nicht auf, der Welt zu sagen, dass sie über den Gesetzen, den Verträgen, den Regeln, den internationalen Abkommen steht.

Um den negativen Auswirkungen der Ablehnung eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union abzubügeln, frönen

ihre Mitgliedsländer seit vielen Jahren einer schändlichen Instrumentalisierung des kurdischen Volkes. Die Listung der PKK als terroristische Organisation ist das Hauptinstrument für Manipulierung, schmutzige Manöver und Schachereien. Auf diese Weise dient die»kurdische Währung« als Spielgeld in Vorverhandlungen auf dem Markt der Diplomatie zwischen Frankreich, aber auch Europa und der Türkei; und das ganze menschliche Leid wird einfach weggewischt.

Die Achtung internationalen Rechts darf nicht als beliebiges Kalkül nach Bedarf der internationalen Beziehungen und Bündnisse dienen oder vom Wohlwollen der Staaten abhängen.

Indes, Zynismus und Scheinheiligkeit der europäischen Regierungen, derjenigen Frankreichs inklusive, reihen sich auf allen Ebenen aneinander.

Unter Missachtung der Regeln des Europarats und der Urteilssprüche des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) sperrt die Türkei Tausende Unschuldige weg: Anwält:innen, gewählte Volksvertreter:innen, Menschenrechtsaktivist:innen, Demonstrant:innen, Studierende, Journalist:innen, Gewerkschafter:innen …, mit der Scheinbegründung der »Zugehörigkeit zu einer Terrororganisation«: der PKK. Die wiederum auf der Liste der terroristischen Organisationen der EU steht.

Wenn die PKK eine terroristische Organisation sein soll, wie ist dann zu erklären, dass die internationale Koalition, der auch Frankreich angehört, an der Seite der kurdischen Kräfte der Frauen- und der Volksverteidigungseinheiten (YPJ und YPG) und der PKK im Krieg gegen den IS gekämpft hat?

Erinnern wir uns an die Erklärung in antiterroristischer Rhetorik des damaligen Premierministers Erdoğan im Jahr 2012: Die kurdische Frage werde »in Tränen und Blut« beantwortet. Was vielleicht heißen sollte, dass es in der Türkei 25 Millionen Terrorist:innen gebe, ohne die anderen mitzuzählen, die sich für die Rechte der Kurd:innen einsetzen?

Indem sie die PKK mit Terrorismus gleichsetzen, gestehen Frankreich und die anderen EU-Staaten der Türkei eine Legitimität in der strategischen Umsetzung der Vernichtung und der Beraubung eines jahrtausendealten Volkes zu – im Landesinneren wie auch jenseits der Grenzen – und gewähren ihr absolute Straffreiheit.

Welche gesellschaftlichen Kräfte setzen sich in Frankreich für eine Entkriminalisierung der PKK ein?

Es ist schwierig, eine Einschätzung abzugeben, inwieweit welche Kräfte in Frankreich tatsächlich daran arbeiten, dass die PKK von der Terrorliste gestrichen wird. Auch wenn wir feststellen können, dass es eine deutliche Entwicklung in der Mentalität von politischen Aktivist:innen, Politiker:innen, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens oder Gewerkschafter:innen gibt, so bleiben doch viele an diesem grundlegenden Punkt zögerlich.

Was die Tatsache bestätigt, dass der Kampf um die Köpfe in der Zivilgesellschaft und unter den politisch Verantwortlichen verstärkt werden muss, ebenso wie auf der Ebene der Europäischen Union und der US-amerikanischen Behörden.

Diesbezüglich ist es wichtig, sich auf bestehende Urteile zu stützen, wie Jan Fermon, federführender Anwalt in einer zehn Jahre währenden juristischen Schlacht, in einem kürzlich mit Medyanews geführten Interview darlegte: »Der Urteilsspruch des höchsten belgischen Gerichtes aus dem Jahr 2020, nach dem die Antiterror-Gesetzgebung der EU nicht auf die PKK angewendet werden kann, weist auf die Schwachstelle der Türkei hin und zeigt, dass die Kriminalisierung der PKK erfolgreich angefochten werden kann.«

Es würde reichen, dass ein einziges EU-Mitgliedsland die Kühnheit und den Mut aufbrächte und einseitig die Entscheidung träfe, der Kriminalisierung der kurdischen Bewegung ein Ende zu setzen und auf europäischer Ebene eine Bresche für die Aufklärung darüber zu schlagen, was die PKK wirklich ist.

Seit Dezember gibt es ja die internationale Kampagne »Justice for Kurds« für die Streichung der PKK von den Terrorlisten der EU und der USA. Unterstützt ihr die auch? Sie überschneidet sich ja stark mit eurer letztes Jahr initiierten Kampagne. Verbindet ihr die beiden in eurer Arbeit miteinander?

Die Kampagne des Collectif Solidarité Kurdistan 13 stellt eine Ergänzung zur Kampagne »Justice for Kurds« dar, die wir unterschrieben und eifrig weitergetragen haben. Unsere Kampagne hat manchmal etwas andere Herangehensweisen, von denen wir uns aber eine ebenso gute Wirkung erhoffen.

Die Tatsache, dass die PKK auf dieser schwarzen Liste steht, macht das kurdische Volk und seinen legitimen Kampf für Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit unsichtbar.

Das Wesentliche ist, dass die beiden Kampagnen einen gemeinsamen Nenner haben. Den Willen aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte wiedergeben, die die kurdische Sache in ihrem Herzen tragen und die Problematik an ihrer Wurzel packen: die PKK aus dieser höchst unangemessenen Listung lösen, die über einen juristischen Schachzug einzig diplomatischen Intrigen dient.

Dieses Jahr ist es zwanzig Jahre her, dass die PKK auf diese unselige Liste gesetzt wurde; lasst uns unseren Beitrag dazu leisten, dass 2022 das Siegesjahr des kurdischen Volkes werde. Vergessen wir nicht: Der Widerstand des kurdischen Volkes geht uns alle an!

Der Vergangenheit fehlt es nicht an historischen Ereignissen, in denen in einer Massenmobilisierung der Zivilgesellschaft ein Zusammenschluss gelungen ist, um gemeinsam den Lauf der Geschichte aufzumischen. ♦

Wie weiter mit der Klimabewegung?

People Not Profit!

Anselm Schindler

Der Sommer wird heiß, in vielen Teilen der Welt extrem heiß, was die Klimakrise bei vielen Menschen wieder weiter oben auf die Agenda setzt. Und immer mehr Menschen beginnen zu verstehen, dass eine klimagerechte Welt keine kapitalistische Welt sein kann. Der Klimagerechtigkeitsbewegung kommt an dieser Stelle die Aufgabe zu, konkrete Alternativen zum kapitalistischen Wirtschaftssystem auszuarbeiten und Taktiken und Strategien zu entwickeln, wie wir sie durchsetzen. Denkanstöße kann dabei auch die kurdische Freiheitsbewegung geben.

Die deutsche Klimapolitik ist gescheitert. Auch die Grünen, seit der letzten Bundestagswahl wieder Regierungspartei und für viele Menschen immer noch Hoffnungsträger einer klimagerechteren Welt, haben das 1,5-Grad-Ziel verworfen. Also das Ziel, die Treibhausgasemissionen so einzudämmen, dass die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad begrenzt bleibt. Sie steht zwar noch in ihrem Wahlprogramm, rechnet man allerdings die von den Grünen vorgeschlagenen Maßnahmen zusammen, verfehlen sie die 1,5-Grad-Marke. Aber nicht nur Deutschland scheitert, was die Reduktion von Emissionen betrifft, sondern auch alle anderen Länder. Während es in Teilen von Indien und Pakistan bis zu 50 Grad hat und Waldbrände, Flutkatastrophen und Stürme jedes Jahr mehr werden, schaffen es die Regierungen dieser Welt nicht, die Emissionen herunterzufahren.

Die Wut über die Unfähigkeit der Politik mobilisiert weltweit Millionen von Menschen, Millionen, die sich zunehmend radikalisieren, weil sie merken, dass ihre Appelle teils ungehört verhallen. »No more empty promises!« – also »Keine leeren Versprechungen!« war bereits in den vergangenen Jahren einer der wichtigsten Slogans der Klimagerechtigkeitsbewegung. Seitdem sind einige leere Versprechungen dazugekommen, wirklich geändert hat sich wenig. Das Problem an der Sache ist, dass die Klimagerechtigkeitsbewegung zwar darin geübt ist, das zu skandalisieren, aber die Druckmittel fehlen, eine andere Politik zu erzwingen. Kurz gesagt: Der Klimagerechtigkeitsbewegung fehlen die Zähne.

Ungehorsam sein

Um das zu ändern, fokussiert sich ein Teil der Bewegung bereits seit einigen Jahren auf zivilen Ungehorsam. Mit gewaltfreien Blockaden und Besetzungen will die Bewegung damit aus Momenten des Protestes Momente des Widerstandes machen und durch die Kollektivität und niedrige Eskalationsstufe der Form des Widerstandes möglichst viele Menschen mitnehmen. Dabei wird auf eine jahrzehntelange Erfahrung der Ökologiebewegung zurückgegriffen. Vor allem in den Auseinandersetzungen um Atomkraft wurden durch Blockaden und Besetzungen von Atommülltransporten und Wiederaufbereitungsanlagen wie der in Wackersdorf starke Momente des Widerstandes gegen Naturzerstörung geschaffen.

Was früher der Kampf gegen Atomkraftwerke und Castor-Transporte war, ist heute, wo klar ist, dass die Klimakrise die größte aller ökologischen Krisen ist, der Kampf gegen fossile Energieträger wie Kohle und Gas. Was den zivilen Ungehorsam angeht, gehen die erfolgreichsten Aktionen im deutschsprachigen Raum dabei von der Bewegung »Ende Gelände« aus, die seit einigen Jahren Kohlegruben, riesige Bagger und Dörfer, die dem Kohleabbau weichen sollen, besetzt. Seit dem letzten Jahr richtet sich der Fokus von Ende Gelände auf den Ausbau von Gas-Infrastruktur. Der aktuelle Streit um Gas-Importe aus Russland und den Plan europäischer Regierungen, künftig auch Gas aus Katar und das extrem umstrittene Fracking-Gas vom amerikanischen Kontinent zu importieren, zeigt, dass das eine strategisch richtige Entscheidung ist.

Ende Gelände ist dabei gesellschaftlich immerhin so anschlussfähig, dass sich auch viele »Fridays For Future«-Gruppen, die zum Zeitpunkt ihres Entstehens noch Abstand zu zivilem Ungehorsam nahmen, inzwischen an den Besetzungen und Blockaden gegen Kohle und Gas beteiligen, was aus einer linken Perspektive einen großen Erfolg darstellt.

Kristallisationspunkte

Neben dem Kampf gegen fossile Energien spitzt sich in letzter Zeit auch der Kampf gegen Autobahnen und damit gegen das System Auto immer weiter zu. Exemplarisch zu nennen ist hier

die Besetzung des Dannenröder Forstes, von Aktivist:innen liebevoll auch »Danni« genannt. Die Besetzung konnte den Bau der Straße, dem ein Teil des Dannis weichen musste, nicht verhindern, aber sie hat für Aufsehen gesorgt und der Klimagerechtigkeitsbewegung neuen Schwung verschafft. Und der Hambacher Forst hat gezeigt, dass Waldbesetzer:innen auch gewinnen können: Nach acht Jahren Widerstand, die NGOs wie dem Bund Naturschutz Zeit für gerichtliche Klagen verschafften, wurde die Rodung abgesagt. Unklar ist derweil noch, wie die Auseinandersetzungen um die Stadtautobahn in Wien ausgehen, die Polizei hat zwar mehrfach Besetzungen geräumt, aber konnte den Widerstand damit bislang nicht brechen.

Der zivile Ungehorsam funktioniert durch die Bilder, die er schafft. Er lässt sich aber nicht überall gleich entwickeln, es braucht Kristallisationspunkte des Widerstandes. Die Kohlegruben des Energiekonzerns RWE im Rheinland sind ein solcher Kristallisationspunkt. Allein weil sie so bildgewaltig sind – über Kilometer hinweg hunderte Meter tief aufgerissene Erde, in der riesige Bagger schwarze Kohle fördern, um noch mehr CO_2 in die Atmosphäre zu pusten, und am Rand der Grube Aktivist:innen mit Atemschutzmasken, die sich den Maschinen in den Weg stellen. Das Bild spricht für sich. Ein weiterer Kristallisationspunkt ist die Nordseeküste, und die Infrastruktur, die dort für den Import von Flüssiggas gebaut wird. Einen dritten Punkt schaffen Aktivist:innen seit geraumer Zeit mit Protesten für eine radikale Mobilitätswende – hier scheint München zu einem Hotspot zu werden, seit die Internationale Automobilausstellung (IAA) von Frankfurt am Main in die bayerische Hauptstadt umgezogen ist, und damit auch die Proteste gegen das Propagandaevent der Automobilriesen.

Mehr werden

Die Aktionsform der Besetzungen und allgemeiner des zivilen Ungehorsams ist nicht neu, wer in der Geschichte graben will, findet sie schon in der Antike. In der Moderne bedienten sich vor allem antikoloniale und antirassistische Bewegungen des zivilen Ungehorsams, wie die Bewegung gegen die britische Kolonialmacht in Indien oder die afroamerikanische Bürger:innenrechtsbewegung. Diese Bewegungen haben gezeigt, dass ziviler Ungehorsam, dort, wo er massenhaft praktiziert wird, gesellschaftlichen Fortschritt durchsetzen kann. Das Problem der Klimagerechtigkeitsbewegung ist aber, dass ihrem zivilen Ungehorsam genau die Massenbasis fehlt, die es bräuchte, um nicht nur kleine, sondern auch große Auseinandersetzungen zu gewinnen.

Um mehr zu werden, müssen wir vor allem an die konkreten Lebensrealitäten, Sorgen und Hoffnungen von Menschen anknüpfen. Wir müssen dort Kämpfe entfalten, wo Menschen arbeiten und leben. Das passiert bereits an Orten, wo Menschen direkt vom Ausbau von Autobahnen oder von Kohlebaggern betroffen sind. Es muss aber auch dort passieren, wo Menschen vor den Veränderungen, die mit der Bewältigung der Klimakrise zu tun haben, Angst haben. Weil sie von Jobs abhängig sind, in denen Autoteile gebaut werden zum Beispiel. Oder weil sie (zu Recht) Angst haben, dass sie die Kosten der Klimakrise tragen müssen, weil die Steuern und die Preise an den Tankstellen steigen. Das prominente Beispiel der »Gilet jaunes« in Frankreich zeigt, wie viel Reibung an diesem Punkt entstehen kann. Und es passt, weil der Protest zu Anfang von manchen als antiökologisch gelabelt wurde, bis die Bewegung das zurückwies.

Gerade dort, wo Menschen wütend sind, weil die Preise steigen oder sie ihre Jobs verlieren, weil Autokonzerne dichtgemacht werden, muss die Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv werden und verhindern, dass die ökologische und die soziale Frage gegeneinander ausgespielt werden. In München haben Klimaaktivist:innen bei Protesten gegen die Schließung des Bosch-Standortes gezeigt, auf welcher Seite die Bewegung stehen muss: auf der Seite der Arbeiter:innen. Denn es darf nicht darum gehen, dass sie ihre Jobs verlieren, es muss darum gehen, dass die Wirtschaft sozialökologisch umgebaut wird. Die Reichen und die Profiteure der Krise müssen zahlen, die Arbeiter:innen auf Kosten der Profiteure umgeschult werden – das sind die Forderungen, die wir stellen müssen.

Hoffnung schaffen

»Rebellion entsteht aus Hoffnung und Hoffnung entsteht aus Rebellion!« Die Interventionistische Linke (IL) hat, als sie diesen Slogan auf tausende Plakate druckte, einen wichtigen Punkt getroffen. Denn die politische Rechte wächst aus Momenten der Angst und des Hasses. Wir hingegen wachsen aus Momenten der Hoffnung auf ein besseres Leben. Dass es diese Hoffnung gibt, ist die Grundvoraussetzung dafür, dass sich etwas bewegt. Und wo sich etwas bewegt, da wächst auch die Hoffnung, dass alles anders werden kann. Da wächst auch die Bereitschaft, gegen die Kräfte, die am Alten, am Falschen festhalten, zu kämpfen.

Der Kampf gegen Atom- und Kohlekraft konnte in den letzten Jahrzehnten eine solche Durchsetzungsfähigkeit entwickeln, weil diese Technologien exemplarisch für eine zerstörerische Wirtschaft und Politik stehen, zu denen es bereits realistische Alternativen gibt, also Hoffnung darauf, dass es anders wird: Fossile Energieträger könnten schon in naher Zukunft Vergangenheit sein, würden sich die großen Energiekonzerne nicht dagegen sträuben. Und auch unsere Mobilität könnte längst ganz anders organisiert sein, dass sie es nicht ist, hat auch mit einer mächtigen Autolobby zu tun. Es gibt also Hoffnung, und einen Gegner, gegen den wir sie verteidigen und gegen den wir uns durchsetzen müssen.

Wo es Hoffnung und konkrete Ideen für Veränderung gibt, lassen sich Menschen mitreißen. Und so, wie es Hoffnung und konkrete Konzepte für eine alternative Energieversorgung und Mobilität gibt, so müssen wir auch Hoffnung und konkrete Konzepte für andere Lebensbereiche und letztlich für die ganze Gesellschaft schaffen.

People Not Profit

»People Not Profit« – unter diesem Slogan vereinte der letzte globale Klimastreik zuletzt weltweit Menschen. Der Slogan ist antikapitalistisch, weil er klar macht, dass es einen unaufhebbaren Widerspruch zwischen dem endlosen Profitstreben des Kapitals und den objektiven Grenzen des Ökosystems Erde gibt. Und damit zwischen unserem Überleben und dem Kapitalismus. Global dämmert immer mehr Menschen, dass es nicht vordergründig moralisches Versagen ist, das die Klimapolitik der Herrschenden scheitern lässt, sondern dass das Scheitern systemisch bedingt ist, weil Kapitalismus nicht ohne Wachstum kann, und weil es kein endloses Wachstum auf einem endlichen Planeten gibt.

Der Kapitalismus hat in seinem imperialistischen Stadium globale gesellschaftliche Verhältnisse geschaffen. Sie sind so widersprüchlich wie das System selbst: Einerseits schafft es eine globale Kommunikation und einen globalen Handel, andererseits schafft es aber kein Bewusstsein, das der Globalisierung eine sinnvolle Richtung gibt. Während die Ökonomie zu einem weltumspannenden Netz geworden ist, gibt es kein Gehirn, das sie steuert. Die materielle Grundlage dafür, dass wir sie in den Griff bekommen, ist das Gegenteil der zerstörerischen Kraft des Kapitals: die Ausrichtung der Wirtschaft auf Nachhaltigkeit und Bedarf.

Genau an dieser Stelle wird es aber oft vage, oft fehlt linken widerständigen Kräften ein konkreter Vorschlag für eine nicht kapitalistische Wirtschaft. Einig ist man sich nur an der Stelle, dass sie künftig nachhaltig sein und dem Menschen dienen soll. Das geht aber nur, um konkreter zu werden, wenn erstens die Eigentumsverhältnisse andere sind – nur wenn RWE nicht mehr einzelnen Profiteuren gehört, sondern demokratischer Kontrolle unterliegt, kann der Konzern sinnvoll umgebaut werden. Und wenn zweitens nicht mehr alle auf einem freien Markt in Konkurrenz zueinander stehen, was sie auf Gedeih und Verderb dazu verdammt, immer schneller und besser als die anderen zu produzieren, weil sie sonst untergehen –, und damit immer mehr Ressourcen in Treibhausgase zu verwandeln.

Wir müssen über Planwirtschaft sprechen. Das geht aber nicht, ohne dabei auf planwirtschaftliche Modelle der sozialistischen Staaten einzugehen. Es gilt sie einzuordnen, sie als unsere Geschichte zu reflektieren und mitzunehmen, was gut, aber auch abzulegen, was schlecht funktioniert hat.

Planung statt Chaos

Die Planwirtschaft der sozialistischen Staaten hat hunderte Millionen Menschen aus der Armut geholt. Sowohl die Sowjetunion, das sozialistische China als auch kleinere Länder wie Kuba haben in der letzten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts gezeigt, dass wirtschaftliche Planung dem Chaos der Märkte überlegen ist: In allen drei genannten Ländern, und es ließen sich weitere hinzufügen, gelang es innerhalb von wenigen Jahrzehnten, Industrialisierung, Alphabetisierung, Zurückdrängung der Kindersterblichkeit, Zugang zu kostenloser Gesundheitsversorgung und viele weitere Fortschritte in einer viel höheren Geschwindigkeit durchzusetzen als in der kapitalistischen Welt. Man braucht nur die Entwicklung von Wohlstand in China seit der kommunistischen Machtübernahme 1950 mit der des kapitalistischen Indiens zu vergleichen – oder die aktuelle Lage der Menschen im sozialistischen Kuba mit der der Menschen auf Haiti –, um zu sehen, dass Wirtschaftsplanung der freien Konkurrenz oft überlegen ist.

Gleichzeitig führte die sozialistische Wirtschaft auch zu Katastrophen, zu Missmanagement und einem riesigen bürokratischen Apparat, der die Gesellschaft erdrückte, was zumeist daran lag, dass die ökonomische Planung zu zentralistisch erfolgte und dadurch unflexibel wurde. Es kam zu Hungersnöten mit Millionen von Toten, wie der in der Ukraine der 1930er oder in China Ende der 1950er. Wobei an dieser Stelle angemerkt werden muss, dass auch die kapitalistischen Nationen in diesen Zeiträumen von Hungersnöten geplagt wurden und im Gegensatz zur sozialistischen Welt dort nicht das Wirtschaftssystem, sondern externe Gründe als Ursache ausgemacht wurden.

Und Ökologie? Die Industrialisierung führte in den sozialistischen Staaten zu massiven ökologischen Problemen, die die Naturzerstörung in den kapitalistischen Ländern teils noch übertrafen – ganz einfach, weil die Wirtschaft in einer höheren Geschwindigkeit industrialisiert wurde. Gegner:innen der Planwirtschaft führen das an, um nachzuweisen, dass sich ein alternatives Wirtschaftssystem nicht zur Lösung der ökologischen Frage eignet. Doch sie irren: Die Planwirtschaft war nicht unökologisch, weil sich wirtschaftliche Planung und Ökologie grundsätzlich widersprechen, sondern weil Ökologie in der wirtschaftlichen Planung kaum eine Rolle spielte. Gleichzeitig bildet die Planung der Wirtschaft aber eine notwendige Vorbedingung für die Lösung der Klimakrise, weil nur in einer geplanten Wirtschaft Produktion und Konsumtion auf ein Maß gedrosselt werden können, das die Begrenzung der Erderwärmung auf unter zwei Grad ermöglicht.

Demokratie statt Staat

Auch in Rojava wird mit Formen demokratischer Planung experimentiert: Rund 80 Prozent des Landes sind unter Kontrolle der Räte und seit 2012 verfügen die Kommunen, die kleinsten Zellen des Rätesystems, über Wirtschaftskommissionen, die die Aufgabe des Aufbaus der kommunalen Wirtschaft übernehmen. Die Kommunen bauen Genossenschaften auf, die das Land bewirtschaften, einen Anteil an die Kommune abgeben und für ihren eigenen Lebensunterhalt arbeiten. Die Überschussproduktion wird auf dem Markt verkauft.

Aber wo ein Markt ist, da ist auch Konkurrenz, und wo Konkurrenz ist, da laufen auch Genossenschaften Gefahr, zu kapitalistischen Unternehmen zu werden. In Rojava regeln deshalb Gesetze, dass sich die Kooperativen nicht von den Kommunen loslösen, sie unterstehen ihren Entscheidungen, die Wirtschaft ist so der Politik untergeordnet. Was dieses Modell von der Planwirtschaft der sozialistischen Staaten unterscheidet, ist, dass es dezentral ist. Zwar gibt es auf allen Ebenen des Rätesystems, also auch auf Ebene der Stadt- und Gebietsräte, Wirtschaftskommissionen, aber die Basis bilden nach wie vor die Kommunen. Das Ziel der Wirtschaftspolitik Rojavas ist, dass die Produktion weder durch einen Staat noch durch den Markt gelenkt wird, sondern durch Kommunen und Räte. Das ermöglicht eine dezentrale Planung und teils auch Versorgung der Kommunen, was gute Bedingungen für eine ökologische Gesellschaft schafft.

Abdullah Öcalan analysiert die Geschichte der Klassengesellschaft und damit auch die Geschichte des Kapitalismus als eng verwoben mit der Geschichte des Patriarchats. Es ist kein Zufall, dass die Entstehung von Klassen vor einigen Jahrtausenden auch mit der Schaffung der dominanten und beherrschenden Rolle von alten Männern in eins fällt. Komplettiert wird sie seit der Industrialisierung durch die Rolle der unbezahlten Hausfrau, die die Grundlage für die Schaffung des Lohnarbeiters bildet, auf dessen Ausbeutung der Kapitalismus beruht. Ausgehend von dieser Analyse lässt sich der Kapitalismus nur brechen, wenn auch das Patriarchat gebrochen wird. Hier setzt die Bewegung in Rojava mit dem Aufbau von autonomen Frauenstrukturen an. Das betrifft auch die Wirtschaft, mit dem Aufbau von Frauenkooperativen soll die ökonomische Abhängigkeit von Frauen gebrochen werden.

Es ist unklar, ob sich das Wirtschaftsmodell Rojavas durchsetzen kann, zum einen, weil die zerstörerische Dynamik der Märkte noch nicht gebrochen ist, und zum anderen, weil die Rojava-Revolution gegen den türkischen Faschismus verteidigt werden muss. Klar ist aber, dass Rojava zeigt, dass es sich lohnt zu hoffen und zu kämpfen.

Gegenmacht aufbauen

Beim Hoffen und Kämpfen lohnt sich auch für die Klimagerechtigkeitsbewegung der Bezug zur kurdischen Bewegung und zu den Erfahrungen aus Rojava. Gleichzeitig ist klar, dass der Aufbau einer neuen, einer ökologischen Gesellschaft hier anders durchgesetzt werden muss. Denn Voraussetzung für den gesellschaftlichen Aufbruch in Rojava ist, dass das syrische Regime im Norden des Landes, wo es nie viel Rückhalt hatte, im Zuge des Krieges um Syrien zurückgedrängt werden konnte und sich damit Spielräume ergaben. Die staatlichen Strukturen Mitteleuropas aber sitzen fest im Sattel, und damit auch das kapitalistische Regime der Alternativlosigkeit, das uns immer tiefer in die Klimakatastrophe führt. Der Aufbau einer kollektiven Ökonomie als Voraussetzung für die Bewältigung der Krise muss hier also unter anderen Bedingungen erkämpft werden. Der Spielraum eröffnet sich nicht durch die militärische Zurückdrängung des Systems, sondern durch den Aufbau von kollektiver Gegenmacht an Orten, an denen Menschen arbeiten und leben. Wo nicht einfach Kooperativen aufgebaut werden können, weil die Produktionsmittel einzelnen Kapitalist:innen gehören, muss erst einmal die Eigentumsfrage gestellt werden. Das gelingt nur durch den großen Streik, nur wenn sich Millionen Menschen zur Wehr setzen, wenn Millionen verweigern, weiter für die Kapitalist:innenklasse zu buckeln und dabei auch noch unser Ökosystem zu zerstören.

Das wird nicht heute und auch nicht morgen passieren. Aber es kann passieren, wenn sich die systemischen Krisen zuspitzen und damit immer mehr Menschen klar wird, dass die Krise der Gesellschaft das kapitalistische System selbst ist. Aufgabe der Klimagerechtigkeitsbewegung und aller widerständigen Kräfte ist es an dieser Stelle aber nicht, abzuwarten. Denn wenn die Krise erst einmal einen Punkt erreicht hat, an dem sie Millionen Menschen auf die Straße bringt, dann braucht es Organisationen, die in der Lage dazu sind, Wut und Hoffnung zu bündeln und daraus eine Alternative aufzubauen. Erfolgreiche Revolutionen haben objektive und subjektive Faktoren. Die objektiven Faktoren sind die gesellschaftlichen Krisenprozesse, die einen revolutionären Handlungsspielraum eröffnen. Die subjektiven Faktoren sind die revolutionären Organisationen, die diesen Handlungsspielraum zu nutzen wissen.

Revolutionäre Organisationen entstehen aus gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Bewegungen heraus, sie verdichten sich zum Herz und Gehirn der jeweiligen Bewegung. Dort, wo das Herz und das Gehirn funktionieren, dort sind Bewegungen dazu in der Lage, langfristig Taktiken und Strategien zu entwickeln. Das ist kein Aufruf dazu, die hundertste linke Gruppe aufzubauen, die denkt, alles verstanden zu haben. Im Gegenteil: Es ist ein Aufruf dazu, Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung zu werden und in ihr für einen revolutionären Kurs zu kämpfen. ♦

Nach dem Antrag zur Aufhebung des PKK-Betätigungsverbotes:

Stigmatisierung und Ausgrenzung fortsetzen oder Dialog annehmen?

Dilan Şaran

Mit über einer Million Menschen stellen die Kurdinnen und Kurden in Deutschland eine der größten Gruppen von Einwanderinnen und Einwanderern dar. Während die meisten Einwanderinnen und Einwanderer in Deutschland ihre kulturelle Identität – etwa durch Gründung von Vereinen, Medien und Kultureinrichtungen – ungestört praktizieren können, stehen kurdische politische, kulturelle und soziale Aktivitäten unter dem Generalverdacht des sogenannten »PKK-Bezuges«. Die Folgen sind fortwährende Überwachung, Diffamierung und Kriminalisierung fast sämtlicher kurdischer Aktivitäten in Deutschland. Dabei kommt es immer wieder zu erheblichen Grundrechtseingriffen – etwa in die Versammlungsfreiheit oder die Meinungsfreiheit.

Die Dimension der politischen, kulturellen, aber auch physischen und psychischen Folgen dieser seit Jahrzehnten anhaltenden Repression gegen Kurdinnen und Kurden ist beispiellos und betrifft inzwischen Generationen, die nichts anderes kennen. Diese Zeit ist geprägt von: Tausenden Gerichtsverfahren, Hunderten Festnahmen, zahllosen Razzien in kurdischen Vereinen und Privatwohnungen, Einbürgerungsverweigerungen, Abschiebedrohungen, Widerrufen des Asylstatus, Spitzelanwerbungen durch die Geheimdienste oder Versuchen der Strafverfolgungsbehörden, Kurdinnen und Kurden als Kronzeuginnen oder Kronzeugen in sog. Terrorverfahren zu gewinnen.

Umstände, die zum Verbot geführt haben

Wenn man die Gründe der Einführung des Verbotes näher betrachtet, darf man die Gesamtumstände, die zu dem Betätigungsverbot geführt haben, nicht unbeachtet lassen. So gab es bereits vor der Erklärung Manfred Kanthers am 26. November 1993, welche die PKK verbieten sollte, bereits zahlreiche Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des türkischen Staates auf nationaler, aber auch internationaler Ebene. Die damalige Ministerpräsidentin der Türkei Tansu Çiller besuchte am 20. September 1993 die Bundesrepublik Deutschland und führte dabei intensive Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung, u. a. auch mit Helmut Kohl. Nach dem Deutschlandbesuch hatte sich Tansu Çiller auch auf die Agenda geschrieben, auf internationaler politischer Ebene gegen die kurdische Freiheitsbewegung vorzugehen, und traf sich unter anderem mit dem damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten Bill Clinton. All diese Gespräche verdeutlichen, dass die Gründe, die damals für die Rechtfertigung des Verbotes genutzt wurden, eigentlich als Vorwand fungiert haben, um auf politischer Ebene dem Druck des türkischen Staates zur Kriminalisierung der kurdischen Bewegung nachzugeben.

Gründe der Aufrechterhaltung des Verbotes

Die Gründe hingegen, die als Vorwand zur Durchführung und Aufrechterhaltung des Betätigungsverbotes dienten, waren maßgeblich gestützt auf Aktionen der kurdischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, die die Kriegsverbrechen des türkischen Staates hierzulande dechiffrierte und die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem türkischen Staat verurteilte. Als Reaktion auf die grausamen Morde in Lice am 22. Oktober 1993, als türkische Truppen in der kurdischen Kleinstadt Lice Häuser in Brand steckten und 16 Zivilistinnen und Zivilisten ermordeten und mehrere Dutzend verletzten, gingen auch zeitgleich Tausende Kurdinnen und Kurden in Deutschland auf die Straßen. Die Demonstrantinnen und Demonstranten protestierten lautstark unter anderem auch vor den türkischen Konsulaten und anderen türkischen Einrichtungen gegen die begangenen Kriegsverbrechen. Diese Bilder in Deutschland waren nicht im Interesse des türkischen Staates, weswegen dieser zunehmend den Druck auf die damalige Bundesregierung erhöhte. Von da an begann eine zunehmende Repression gegen die kurdische Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, die mit der Erklärung des Verbotes förmlich deklariert wurde. Zu betonen ist, dass bis heute die amtierenden Bundesregierungen behaupten, dass man nicht gegen die kurdische Gesellschaft insgesamt mit dem Betätigungsverbot vorginge, sondern gegen die »terroristische« PKK. Die Entwicklung, die allerdings zum Verbot führte, verdeutlicht, dass man mit dem Verbot die kurdische Gesellschaft insgesamt »zügeln« wollte, weil man unzufrieden war, dass diese ihren legitimen Protest gegen den türkischen Staat



Demonstration in Frankreich gegen die »Terrorlistung« der PKK – »Die PKK ist das Volk. Terrorismus ist das Werk von Staaten, nicht von Völkern!« Foto: Conseil Démocratique Kurde en France

auf die Straßen Deutschlands brachte. In der Begründung des Betätigungsverbotes wurden dabei vier zentrale Aussagen des Innenministeriums ausgesprochen, die bis heute ohne revidiert und hinterfragt zu werden von den sich neu formierenden Bundesregierungen einfach übernommen werden und die sich allerdings bei einer gegenwärtigen Betrachtung der Umstände widerlegen lassen:

1. Die PKK verstoße gegen hier geltendes Recht

Einer der Hauptgründe des Betätigungsverbotes ist die Einschätzung, dass die PKK gegen hier geltendes Recht verstoße. Ein Großteil der in Deutschland verübten Straftaten, die der PKK angelastet werden, wurden jedoch nie bewiesen und zu den vor dem Verbot verübten Straftaten hat die PKK in mehreren Stellungnahmen eine selbstkritische Haltung gezeigt und sich bei der deutschen Gesellschaft entschuldigt. Die meisten seitdem festgestellten Straftaten der PKK in Deutschland sind lediglich aufgrund des Betätigungsverbotes Straftatbestände. Dazu gehören beispielsweise Verstöße gegen das Vereinsgesetz durch das Zeigen verbotener Symbolik.

2. Die PKK verstoße gegen den Gedanken der Völkerverständigung

Ein weiteres Hauptargument der Aufrechterhaltung des Verbotes ist die Annahme, dass die PKK gegen den Gedanken der Völkerverständigung verstoße. Gerade bei diesem Aspekt wird deutlich, wie überholt diese Annahme in der gegenwärtigen Situation ist, denn eine Auseinandersetzung des Innenministeriums mit dem Paradigmenwechsel der PKK seit Anfang der 2000er Jahre ist seither in keiner Weise erfolgt. So wird starr an Argumenten festgehalten wie denen, die PKK wolle einen eigenständigen Staat errichten und sei separatistisch. Doch genau in diesen Punkten hat sich die PKK gravierend entwickelt, was sich auch durch die praktische Umsetzung in Rojava belegen lässt. Die PKK versucht eine politisch-gesellschaftliche Alternative zum Nationalstaaten-System im Mittleren Osten durch die Umsetzung des sog. Demokratischen Konföderalismus zu schaffen, den der kurdische Vordenker und Gründer der PKK auf der Gefängnisinsel Imralı entwickelt hat. Statt der Exklusivität eines »eigenen« Staates für die Kurdinnen und Kurden organisiert die PKK das friedliche Zusammenleben zwischen verschiedenen Volksgruppen in den jeweiligen Ländern und strebt dabei die Demokratisierung dieser Länder an. In diesem Sinne ist auch dieses Argument der Gefährdung der Völkerverständigung nicht zutreffend, da die PKK die Verständigung zwischen den Völkern gerade fördert.

3. Die PKK gefährde die innere Sicherheit und öffentliche Ordnung

Des Weiteren geht aus der damaligen Verbotsverfügung hervor, dass auch die Gefährdung der sogenannten inneren Sicherheit und Ordnung als maßgebliches Argument zur Rechtfertigung der Maßnahmen gegen die kurdische Gesellschaft angeführt wird. Dabei begründet man diese vermeintliche Gefährdungslage mit einer Bezugnahme zu gewalttätigen Aktionen in den 90er Jahren, v. a. mit Aktionen gegen türkische

Konsulate, Banken und Reisebüros, wozu u. a. auch Brandanschläge und Sachbeschädigungen genannt werden. Eine Diskussion über die damalige Einschätzung der BRD, dass die PKK die innere Sicherheit und Ordnung gefährde, möchte ich an dieser Stelle nicht führen. Vielmehr ist entscheidend, ob angesichts der gegenwärtigen Situation eine solche Gefährdungslage überhaupt noch besteht. Die Auslegung der Gesetze im Lichte der Gegenwart obliegt dabei dem Verantwortungsbereich des Bundesinnenministeriums. Doch eine Aktualisierung der Verbotsverfügung unter Einbeziehung der Entwicklungen, die die PKK durchlebt hat, ist bisher nicht erfolgt. Schließlich bleibt auch in Bezug auf diesen Aspekt der Verbotsverfügung festzuhalten, dass die aktuellen Verstöße gegen Gesetze allein auf den Umstand zurückzuführen sind, dass ein Betätigungsverbot besteht. Dies wiederum führt immer wieder dazu, dass allein das Zeigen von Symbolen oder Skandieren von Parolen auf Demonstrationen, die eine Nähe zur kurdischen Bewegung implizieren könnten, von einzelnen Einsatzkräften als ein Verdacht des Verstoßes gegen das Betätigungsverbot gewertet wird und dazu führt, dass die Einsatzkräfte auf eine unverhältnismäßige Art und Weise in Versammlungen eingreifen, was oftmals dann auf Unverständnis bei den Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmern stößt. Diese mittlerweile gängige Praxis birgt eine enorme Eskalationsgefahr auf Demonstrationen, was wir auch zuletzt auf der Defend-Kurdistan-Demonstration am 14. Mai in Berlin beobachten konnten.[1] Somit gefährdet nicht die PKK die innere Sicherheit und Ordnung, sondern die Aufrechterhaltung des Betätigungsverbotes trägt maßgeblich dazu bei, die Gefährdung der inneren Sicherheit und Ordnung zu fördern.

4. Die PKK gefährde die Belange Deutschlands

Ein weiterer Aspekt der Verbotsverfügung ist die Begründung, dass die PKK die Belange Deutschlands gefährde. Dabei orientieren sich die Belange Deutschlands seither nur an den wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen der BRD. Die menschenrechtliche Situation in der Türkei wird ignoriert, was ziemlich widersprüchlich ist für ein Land, das von sich behauptet, Vorreiter der Demokratie und Menschenrechte zu sein. Die PKK hat es sich zum Ziel gemacht, in den Staaten, in denen die Kurdinnen und Kurden leben, insgesamt demokratischere Verhältnisse zu schaffen, ohne dabei die bestehenden Grenzen verändern zu wollen. Eine stabilere und demokratische Türkei wird dazu führen, dass auch die wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen der BRD gefördert werden. Insofern bleibt auch in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass die Ziele der PKK nicht die Belange der Bundesrepublik gefährden, sondern diese fördern.

Heute wie damals Appeasement-Politik auf Kosten der kurdischen Gesellschaft

Statt aktiv auf den türkischen Staat im Hinblick auf die Schaffung von demokratischeren Verhältnissen einzuwirken, ist die Verhaltensweise, die wir von der BRD seither beobachten können, eine Appeasement-Politik, die sogar dazu führt, dass die Türkei auf die Innenpolitik der BRD einwirkt. Eine ähnliche Vorgehensweise praktiziert die Türkei aktuell auch im Zusammenhang des NATO-Beitrittes von Schweden und Finnland. Sie versucht die Zustimmung zum NATO-Beitritt dieser Länder von ihrem Umgang mit den Kurdinnen und Kurden abhängig zu machen. Dabei fordert der türkische Staat auch von diesen Staaten eine gezielte Kriminalisierung der kurdischen Bewegung sowohl nach innen als auch nach außen hin. Die Appeasement-Politik der BRD hat dazu geführt, dass die kurdische Gesellschaft stigmatisiert, ausgegrenzt und diskriminiert wurde. Um zu verhindern, dass dies auch in Zukunft passiert und gerade Länder wie Schweden und Finnland diese Kriminalisierungspraxis des deutschen Staates übernehmen, ist es erforderlich, dass ein Umdenken im Hinblick auf den Umgang mit der kurdischen Bewegung in der BRD stattfindet.

Antrag zur Aufhebung

Um dieses Umdenken anzustoßen, wurde am 11. Mai 2022 ein Antrag beim Bundesinnenministerium zur Aufhebung des Betätigungsverbotes eingereicht. Anlass zu diesem Antrag war vor allem auch eine Erklärung der Arbeiterpartei Kurdistans zum traditionellen kurdischen Newroz-Fest im März dieses Jahres, in welcher sie von der aktuellen Bundesregierung die Neubewertung der PKK im Sinne einer eigenständigen Kurdenpolitik forderte.[2] Die PKK hat durch diesen Antrag verdeutlicht, dass die jahrzehntelange Verleugnungs- und Ausgrenzungspolitik des deutschen Staates gegenüber der kurdischen Gesellschaft nicht gefruchtet hat. Sie hat gezeigt, dass die kurdische Gesellschaft es trotz der ganzen repressiven Maßnahmen geschafft hat, ihr Selbstbestimmungsbestreben nicht aufzugeben und sich weiterhin zu organisieren. Sie hat sogar am Beispiel dieser rechtlichen Vorgehensweise in der Gestalt des Antrags demonstriert, dass die kurdische Gesellschaft den Widerstand gegen Verleugnung und Assimilation auf eine nächsthöhere Ebene getragen hat und sich auf allen Feldern des gesellschaftlichen Daseins zunehmend professionalisiert.

1 https://defend-kurdistan.com/uncategorized-en/statement-zum-angriff-der-polizei-auf-die-defend-kurdistan-demonstration-am-14-mai-in-berlin/?fbclid=IwAR0Dzp9uUBtck0LiXWL5lz3BJOUxjzlywZf3S_GuOn4tdHztVFudNzphCYk

2 https://anfdeutsch.com/aktuelles/pkk-deutschland-muss-die-uhr-auf-null-setzen-31261

Schließlich wurde damit auch die Haltung aufgezeigt, die die kurdische Gesellschaft in Zukunft einnehmen sollte, nämlich die, als Gesellschaft die passiv-defensive Haltung zu verlassen und eine offensiv-konfrontative Haltung im Wege eines Dialoges selbstbewusst einzunehmen.



Demonstration gegen das PKK-Verbot in Berlin; Foto: ANF

Der Weg des Dialoges oder weiterhin Verleugnung?

Im Grunde gibt es zwei Wege, die der deutsche Staat nun im Hinblick auf den Umgang mit der kurdischen Freiheitsbewegung einschlagen kann: Entscheidet er sich weiterhin für einen repressiven Umgang und lehnt den Antrag ab, so wird die Verleugnungspolitik gegenüber der kurdischen Community hierzulande fortgesetzt werden, was wiederum dem türkischen Staat den Rücken stärken wird, indem dieser auch seine Verleugnungspolitik intensivieren und auch gezielt kurdische Errungenschaften ins Visier nehmen wird. Dabei werden, so wie es aktuell auch der Fall in Südkurdistan (Nordirak) oder in Rojava (Nordsyrien) ist, unter dem Deckmantel der »Terrorbekämpfung« völkerrechtswidrige Kriege des türkischen Staates gegen die Kurdinnen und Kurden eben mit dieser Rhetorik legitimiert. Vermutlich wird in diesem Zusammenhang auch der deutsche Staat mit einer bewussten Strategie auf Demonstrationen und Versammlungen vorgehen und versuchen wollen, wieder Bilder zu erzeugen, um die Kurdinnen und Kurden als gewaltbereit darzustellen, damit das Betätigungsverbot weiterhin vermeintlich gerechtfertigt werden kann. Im Falle einer Ablehnung des Antrages wird die PKK, so wie es bereits von den Anwälten auf der Pressekonferenz angekündigt worden ist, dagegen weitere rechtliche Schritte einleiten und den Klageweg beschreiten. Für die kurdische Gesellschaft wird dies bedeuten, geduldig zu sein und auf die Provokationsmöglichkeiten des Staates nicht einzugehen und besonnen zu reagieren.

Entscheidet sich der deutsche Staat dafür, dem Antrag stattzugeben, so wird der Dialogweg mit der in Deutschland lebenden kurdischen Community eröffnet sein. Demonstrationen und Versammlungen, bei denen Verstöße gegen Versammlungsrecht oder Vereinsrecht vorkamen, die eben auf das Betätigungsverbot zurückzuführen waren, werden keinen eskalativen Charakter mehr annehmen. Auch werden die Kurdinnen und Kurden vielmehr gesellschaftlich partizipieren können, da sie nicht mit dem Generalverdacht der PKK-Nähe dämonisiert und systematisch ausgegrenzt werden. Sie werden von ihren Grundrechten Gebrauch machen können, ohne dabei im Vergleich zu anderen Einwanderungsgruppen diskriminiert zu werden. Auch wird die BRD dem türkischen Staat durch die Entkriminalisierung der kurdischen Bewegung symbolisieren, dass er die kurdische Seite und ihre Demokratisierungsbestrebungen ernst zu nehmen hat. Sie wird ihm den Nährboden für das Führen seiner völkerrechtswidrigen Angriffskriege entziehen. Für das Einschlagen dieses Weges ist es von entscheidender Bedeutung, dass alle zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen mit der kurdischen Gesellschaft offen die Aufhebung des Betätigungsverbotes fordern und die Bestrebungen der kurdischen Gesellschaft nach Akzeptanz und Gleichberechtigung mit Erklärungen unterstützen, was den gesellschaftlichen Druck auf die Bundesregierung maßgeblich erhöhen wird. Diese muss dafür natürlich auch den Mut haben, dem bevorstehenden Druck Ankaras standzuhalten und den angekündigten Regierungs-Fortschritt der Koalition tatsächlich auch zu wagen. Die ausschlaggebende Frage, die das SPD-geführte Bundesinnenministerium in diesem Zusammenhang nun zu beantworten hat, lautet: Stigmatisierung und Ausgrenzung fortsetzen oder den Dialog annehmen? ♦

Erneuter Kuhhandel auf Kosten der Kurd:innen im europäischen Exil und Nordsyrien absehbar

Türkei blockiert NATO-Beitritt von Schweden und Finnland

Elmar Millich

Seit Bundeskanzler Olaf Scholz nach dem russischen Angriff auf die Ukraine von einer Zeitenwende sprach, stehen die Zeichen auf Sturm. Militärhaushalte werden per Grundgesetzänderung eben mal in schwindlige Höhen getrieben und alle Arten von Waffen an die Ukraine geliefert. Vor allem die Minister der Grünen, Außenministerin Annalena Baerbock und Wirtschaftsminister Robert Habeck, pflegen eine Rhetorik, als wäre Deutschland real und nicht nur de Facto mit Russland im Krieg. Und es schaut weltpolitisch nicht danach aus, als könnte der russische Präsident eine seiner Hauptforderungen an den Westen erfüllen, die er vor der »militärischen Spezialoperation« in der Ukraine stellte: Eine weitere Osterweiterung der NATO zu verhindern. Im Gegenteil: Unter dem Eindruck der russischen Offensive kippte bei der Bevölkerung und den Politikern in den seit Jahrzehnten offiziell neutralen Ländern Schweden und Finnland die Stimmung. Beide ersuchen nun offiziell um den Beitritt in die NATO und reichten die entsprechenden Anträge am 18. Mai in Brüssel ein. Der Schritt war aufgrund von vorausgegangen Diskussionen in den beiden skandinavischen Ländern erwartet worden und wurde von den westlichen Staaten einhellig begrüßt. Die Ratifizierung der entsprechenden Verträge durch die Mitgliedstaaten der NATO erschien reine Formsache. Doch alle hatten die Rechnung ohne den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan gemacht. Da die Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO nur nach dem Einstimmigkeitsprinzip erfolgen kann, witterte dieser die Chance, die gesamte NATO auf sein Lieblingsthema einzuschwören: Den seit 40 Jahren anhaltenden Krieg gegen jede Form von kurdischer Selbstbestimmung. Erdoğan monierte, die skandinavischen Länder seien »wahre Gasthäuser für terroristische Organisationen«. Gemeint war hier vor allem die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

Sofort setzte eine hektische Diplomatie ein. Als erster äußerte sich NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg: Die Türkei sei ein geschätzter Bündnispartner und ihre Sicherheitsbedenken müssten ernst genommen werden. Doch die Zerwürfnisse der Türkei mit der NATO ziehen sich schon seit Jahren hin und beschränken sich nicht auf Exilaktivitäten von Kurd:innen in Europa. Nachdem die Türkei im Jahr 2019 russische Flugabwehrraketen vom Typ S-400 erhielten, stoppten die USA die schon beschlossene Auslieferung ihrer modernsten Kampfflugzeuge F-35. Die Zusammenarbeit der USA mit den nordsyrischen Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG/YPJ gegen den »Islamischen Staat« (IS) ist der Türkei ebenfalls schon seit Jahren ein Dorn im Auge.

So fand dann auch der nächste Akt des diplomatischen Kuhhandels um die neuen NATO-Mitglieder in Washington statt. Der türkische Außenminister Cavusoğlu reiste am 18. Mai in die USA zu Gesprächen mit seinem Amtskollegen Antony Blinken. Beide verbreiteten eine gute Stimmung und meldeten Fortschritte in Verhandlungen über die Lieferung von F-16 Kampfflugzeugen an die Türkei. Quasi als Ersatz für die zurückgehaltenen moderneren F-35. Am nächsten Tag erschienen dann der finnische Staatspräsident Niinistö und die schwedische Ministerpräsidentin Andersson in Washington und bekräftigen den gemeinsamen Willen an einem zügigen NATO-Beitritt der beiden Länder. Inzwischen hatten türkische Politiker und Medien Forderungen für einen Veto-Verzicht − vor allem gegenüber Schweden − nachgeliefert. So verlangt die Türkei die Auslieferung von 30 angeblichen »Terroristen«. Die türkische Zeitung Sabah redete von einem angeblich 10-Punkte-Plan mit Forderungen an die skandinavischen Länder bezüglich ihres Umgangs mit der PKK und Anhängern der Fethullah-Gülen-Bewegung. Für Empörung in Schweden sorgte eine Veröffentlichung der Zeitung Turkiye Gazetsi, die fünf kurdischstämmige schwedische Politiker:innen als PKK-Kollaborateure namentlich an den Pranger stellten. Im Focus steht aktuell vor allem die parteilose Abgeordnete Amineh Kakabaveh. Am 25. Mai reisten dann eine Delegation schwedisch/finnischer Regierungsvertreter zu direkten Verhandlungen in die Türkei. Offensichtlich erfolglos, denn wenige Tage später verkündete Erdoğan in der Zeitung Hürriyet, solange er Präsident sei, würden keine Länder aufgenommen, die den »Terror« unterstützten. Zuvor hatte er bereits eine neue Militärinvasion in Nordsyrien angekündigt, um dort einen 30km tiefen »Sicherheitsstreifen« gegen die vor allem kurdische Bevölkerung einzurichten.

Erpressung der NATO durch die Türkei hat Tradition

Darüber, wie das Geschachere weitergehen und enden wird, lässt sich aktuell nur spekulieren. Die Erpressung der NATO durch die Türkei auf Kosten der Kurd:innen erweckt allerdings ein Déjà-vu Erlebnis. Gehen wir zurück ins Jahr 2009. Am 4. April wurde der bis dahin dänische Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen zum neuen NATO-Generalsekretär gewählt. Dagegen gab es im Vorfeld massivsten Widerstand der Türkei − vorgebracht vom damaligen Präsidenten Abdullah Gül und dem damals als Ministerpräsident agierenden Erdoğan. Neben der Veröffentlichung von »Mohammed-Karikaturen« ging es vor allem um den kurdischen Fernsehsender Roj TV, der seit 2004 in Dänemark eine gültige Sendelizenz besaß. Schon seit 2005 übte die türkische Regierung Druck auf Dänemark aus, den Sender zu schließen. Dieses war aber von Ministerpräsident Rasmussen unter Verweis auf die Pressefreiheit bislang abgelehnt worden. Direkt nach seiner Wahl, die vor allem durch Druck des damaligen US-Präsidenten Barack Obama auf die Türkei zustande kam, klang das plötzlich anders. Bezüglich Roj TV äußerte er im Anschluss: »Wir nehmen die türkischen Einwendungen sehr ernst, denn wir sind gegen jede Form von terroristischen Aktivitäten. Wenn Roj TV an terroristischen Aktivitäten beteiligt ist, werden wir alles tun, um die Station zu schließen.«

Und so kam es denn auch. Am 10. September 2010 erhob die dänische Staatsanwaltschaft Anklage gegen Roj TV wegen Unterstützung von Terrorismus. Am 10. Januar 2012 urteilte dann das zuständige Kopenhagener Gericht, dass Roj TV hinsichtlich der finanziellen, strukturellen und operationellen Verbindungen ein Instrument der PKK sei. Das Gericht verhängte erst mal eine Geldstrafe von umgerechnet 700.000 €. Der Entzug der Sendelizenz erfolgte dann durch den dänischen Staat am 3. Juli 2013. Das Vorgehen gegen Roj TV war auf europäischer Ebene koordiniert. Kurz nach dem Urteil vom 10. Januar 2012 teilte der in Frankreich ansässige Satellitenbetreiber EUTELSAT mit, die Übertragung von Roj TV einzustellen, um nicht in Gefahr zu laufen, terroristische Aktivitäten zu unterstützen. Aber auch schon vor dem dänischen Urteil gab es Bestrebungen, die Arbeit von Roj TV zu sabotieren. Am 4. März 2010 stürmte die belgische Polizei – dort hat die NATO bekanntermaßen ihr Hauptquartier – das Brüsseler Produktionsstudio des Senders, wobei alle technischen Geräte beschlagnahmt oder verwüstet wurden, um eine weitere Produktion von Fernsehsendungen zu verhindern. Deutschland war als engster Verbündeter der Türkei bereits im Mai 2008 gegen Roj TV vorgegangen. Die Polizei durchsuchte die für den Sender tätige Produktionsfirma VIKO in Wuppertal. Im Anschluss wurden eine Vermögensbeschlagnahmung und die Schließung der Einrichtung angeordnet, welche aber später vom Bundesverwaltungsgericht Leipzig wieder aufgehoben wurde.



Protest im Jahr 2008 gegen das Verbot von ROJ TV Foto: Annett Bender

Die türkischen Erpressungsversuche wiederholten sich im Dezember 2019 beim NATO-Gipfel in London anlässlich ihres 70-jährigen Bestehens. Erdoğan drohte mit einem Veto gegen die aktuellen NATO-Pläne zur Stärkung der Verteidigung Polens und der baltischen Länder. Er verlangte als Gegenleistung, dass die NATO die kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG/YPJ offiziell als »Terrororganisationen« einstufe. Im Oktober 2019 hatte die Türkei und unter ihrer Führung stehenden islamistischen Milizen nach erfolgloser Diplomatie innerhalb der NATO und letztendlicher Zustimmung des damaligen US-Präsidenten Donald Trump einen ca. 70 km breiten Streifen der nordsyrischen Konföderation zwischen Serêkaniyê (Ras al-Ain) und Girê Spî (Tall Abyad) nach wochenlangen Kämpfen erobert und große Teile der ortsansässigen Bevölkerung vertrieben. Der französische Präsident

Macron hatte daraufhin die NATO als »Hirntod« bezeichnet und einige NATO-Länder schränkten ihre Waffenlieferungen an die Türkei stark ein. Erst nach einem separaten Vierergipfel in der Downing Street 10 während der NATO-Tagung, an der neben dem Gastgeber Boris Johnson auch Angela Merkel und Emmanuell Macron teilnahmen, rückte Erdoğan von seinen Forderungen ab.

Die letzten Jahre waren zudem von außenpolitischen und militärischen Spannungen zwischen NATO, EU und Türkei geprägt. Die Gründe dafür lagen in eigenständigen Militäroperationen der Türkei, die teilweise im Gegensatz zu den Interessen der anderen EU- und NATO-Partner, hier vor allem Frankreichs, standen. Im innerlibyschen Bürgerkrieg 2019 zwischen der international anerkannten Regierung in Tripolis und dem im Ostteil die Macht innehabenden General Haftar, der auch inoffiziell von Frankreich unterstützt wurde, intervenierte die Türkei auf der Seite Tripolis und trug mit Lieferungen ihrer Bayraktar-Drohnen entscheidend dazu bei, dass sich die Regierung in Tripolis halten konnte. Ein internationales verhängtes Waffenembargo ignorierte die Türkei und es kam zu Konfrontationen mit NATO-Kriegsschiffen, die dieses überwachen sollten. Im September 2020 startete Aserbaidschan eine militärische Großoffensive, um die von Armenien kontrollierten umstrittenen Gebiete in Bergkarabach zurückzuerobern. Nach zwei Monaten intensiver Kampfhandlungen hatte Aserbaidschan seine wesentlichen Kriegsziele erreicht und es kam unter russischer Vermittlung zu einem Waffenstillstand. Auch hier war die politische Unterstützung durch die Türkei, der Einsatz türkischer Drohnen und syrischer Milizen unter türkischer Führung kriegsentscheidend für Aserbaidschan. Zwischen der EU und der Türkei kam es vor allem im Jahr 2020 zu erheblichen Spannungen. Im Streit mit Griechenland um die Ausbeutung von Gasfeldern im Mittelmeer hatte das türkische Forschungsschiff Oruc Reis unter Begleitung türkischer Kriegsschiffe mit der Erkundung der Gasvorkommen begonnen. Frankreich schickte zur Unterstützung der griechischen Position einen Flugzeugträger in die Region und verlegte Kampfflugzeuge nach Zypern. Die EU erwog ernsthaft wirtschaftliche Sanktionen gegen die Türkei, welche hauptsächlich von Deutschland blockiert wurden.

Kurdische Community in Schweden und Finnland in Sorge

Unabhängig von dem klaren Erpressungscharakter der aktuellen türkischen Veto-Drohung, lohnt es sich, einen Blick auf das Spannungsdreieck Türkei-Schweden-Kurdistan und seine Geschichte zu richten. Spektakulär heraus sticht da der Mord an dem damaligen schwedischen Ministerpräsidenten Olaf Palme im Jahr 1986 und der Umgang der schwedischen Sicherheitsbehörden mit diesem Ereignis. Obwohl Olaf Palme als Freund der internationalen Befreiungsbewegungen, wie etwa der PLO oder des südafrikanischen ANC galt, geriet schnell die PKK in den Fokus der Ermittler. Bewiesen konnten die Vorwürfe nie, dienten aber der Diffamierung der PKK schon kurz nach der Aufnahme ihres bewaffneten Kampfes 1984 nicht nur in Schweden, sondern auch in Westeuropa und den USA. Erst 34 Jahre später, im Juni 2020, schlossen die schwedischen Behörden den neu aufgerollten Fall ab und präsentierten den inzwischen verstorbenen Grafik Designer Stig Engström als Einzeltäter. Eine vom Diplomatie-Komitee der PKK geforderte Entschuldigung für die damaligen Anschuldigungen erfolgte bislang nicht und wird angesichts der aktuellen Situation wohl auch nicht mehr erfolgen.

Ungeachtet dessen blickt Schweden auf eine jahrzehntelange liberale Tradition zurück und auch nach 2015 erfolgte keine radikale Umkehr im Asylrecht wie etwa in Dänemark. Davon profitierten auch kurdische Flüchtlinge, so dass es aktuell in Schweden eine im Vergleich zur kleinen Bevölkerungszahl recht große Community gibt. Die sorgt sich nun zu Recht darum, wie die schwedische Regierung auf die türkische Erpressung reagiert. Doch schon vorher gab es Verschärfungen, etwa den Versuch, das im März 2020 eigentlich gegen den Islamismus verabschiedete neue Antiterrorgesetz auch gegen die kurdische Befreiungsbewegung anzuwenden. Für Empörung sorgte die Abschiebung des kurdischen politischen Aktivisten Resul Özdemir aus Schweden in die Türkei im April 2020. Als Sprachrohr der in Schweden lebenden Kurd:innen steht die oben schon erwähnte aus dem Iran stammende kurdische Parlamentsabgeordnete Amineh Kakabaveh im Mittelpunkt. Ihre Abgeordnetenstimme war notwendig für die Wahl der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Magdalena Anderson im November letzten Jahres. Sie vermutet, dass Erdoğan vermutlich die Schließung kurdischer Einrichtungen und Büros in Schweden sowie eine Aufhebung des aktuellen Waffenexportverbotes fordert. Auch der Vorsitzende des Demokratischen Gesellschaftszentrums in Schweden, Ridvan Altun, äußert sich besorgt, dass ihre für Demokratien selbstverständlich erscheinende politische Bewegungsfreiheit demnächst eingeschränkt wird. Diese war – vor allem gemessen an den Zuständen in Deutschland – bislang recht hoch. So hatte noch im April der in Belgien lebende Exilpolitiker Zübeyir Aydar an einer Konferenz im schwedischen Reichstag teilgenommen und in Anwesenheit zahlreicher Parlamentarier:innen ein Ende der Kriminalisierung der PKK in Europa gefordert. Solidarität kommt zumindestens von schwedischen Intellektuellen. Siebzehn prominente Persönlichkeiten forderten in einer Anzeige, die parallel in vier schwedischen Tageszeitungen geschaltet wurde, dem Auslieferungsbegehren der Türkei gegen kurdische Oppositionelle keinesfalls nachzugeben und das Recht auf Meinungsfreiheit zu achten. Ebenfalls besorgt um ihre politische Freiheit sind die in Finnland lebende Kurd:innen. Der in Helsinki sitzende kurdische Gemeindeverband NCDK

forderte die finnische Regierung auf, keinen Kuhhandel mit der Türkei einzugehen und klare Stellung für die Rechte der kurdischen Befreiungsbewegung und der in Finnland lebenden Kurd:innen zu beziehen.

Es ist schwer, die weiteren Entwicklungen in Nordsyrien und der geplanten NATO-Erweiterungen abzusehen. Mit Sicherheit erwarten Schweden und Finnland keinen unmittelbaren Angriff seitens Russlands. Ein großer Teil der russischen Streitkräfte ist in der Ukraine gebunden und daran wird sich absehbar nichts ändern, auch nicht nach einem möglichen Waffenstillstand. Einen Zweifrontenkrieg kann sich Russland aktuell nicht leisten und die militärischen Beistandsverpflichtungen der EU gegenüber ihren Mitgliedsländern Schweden und Finnland sind vertraglich geregelt und nicht weniger verbindlich als innerhalb der NATO. Aber natürlich haben sich die skandinavischen Regierungen gegenüber ihrer Bevölkerung mit dem Beitrittsantrag unter Zugzwang gesetzt, dass nun auch Taten folgen. Auch die übrigen NATO-Mitglieder haben ein Interesse an einer zügigen Umsetzung des Beitritts der beiden Länder, bedeutete dies doch einen Punktsieg gegenüber Putin, der ja die Osterweiterung der NATO in den letzten Jahren als wesentlichen Grund für seinen Angriff auf die Ukraine nannte. Aufhorchen lässt, dass Erdoğan am 1. Juli die Angriffspläne auf Nordsyrien konkretisierte. In einem ersten Schritt wolle er die Region um Tel Rifat und Minbic von »Terroristen« säubern. Diese liegen östlich des Euphrats und damit eher in der russischen Einflusszone Syriens. Durchaus denkbar, dass aktuell Hintergrundgespräche zwischen Russland und der Türkei laufen, damit diese die geplante NATO-Erweiterung weiter hinauszögert, wenn als Gegenleistung Moskau bei einem eventuellen weiteren Einmarsch des türkischen Militärs in Nordsyrien die Füße stillhält.

Natürlich nutzt die Türkei die aktuelle Situation auch, um den Bewegungsfreiraum der kurdischen Befreiungsbewegung in den NATO-Ländern weiter einzuschränken. Wegen der in der letzten Mai-Woche stattgefunden sogenannten »Langen Märsche« der kurdischen Jugendbewegung gegen die aktuellen türkischen Militäroperationen im Nordirak, bestellte die Türkei die Botschafter Deutschlands und Frankreichs ein. Ein unter »Verbündeten« eher ungewöhnlicher Vorgang bei solchen Lappalien. Aber freie Hand in Nordsyrien und dem Nordirak für weitere Interventionen zu haben, ist für die Türkei aktuell von weitaus größerer strategischer Bedeutung, als der Umgang der NATO-Länder mit politisch aktiven Kurd:innen im Exil, welcher seit jeher konjunkturellen Schwankungen unterliegt. Daher werden die im Hintergrund geführten diplomatischen Kungeleien über die NATO-Erweiterung seitens der Türkei eher mit den USA und Russland erfolgen als mit den beiden skandinavischen Ländern, deren geplanter Beitritt lediglich den Anlass für den jüngsten türkischen Erpressungsversuch liefert. ♦



In der finnischen Hauptstadt Helsinki versammelten sich Kurden vor der irakischen Botschaft und verurteilten die Angriffe des türkischen Besatzerstaates auf irakisches Territorium und das Schweigen des Iraks dagegen. Foto: anf

Die deutsch-türkischen Beziehungen im Lauf der Geschichte

Die Verantwortung Deutschlands in der sogenannten Kurdischen Frage

Michael Kaiser für die Initiative »Defend Kurdistan«

Als Aktivist:innen der Initiative »Defend Kurdistan« in Deutschland setzen wir uns permanent mit der politischen, militärischen und gesellschaftlichen Lage in Kurdistan auseinander und kommen in diesem Zusammenhang natürlich auch auf die Rolle des türkischen Staates zu sprechen. Wir verurteilen diesen immer wieder für seine Kriegshandlungen und Verbrechen in Kurdistan und wenden uns in diesem Zusammenhang auch an die deutsche Bundesregierung, um sie zum Handeln aufzufordern. Insbesondere in den sozialen Medien kommen dann häufig Fragen auf, warum ausgerechnet der deutsche Staat handeln müsse, warum der deutsche Staat Verantwortung in einem Konflikt tragen würde, der vermeintlich so weit entfernt ist. In diesem Text möchten wir darauf aufmerksam machen, wie nah dieser Konflikt eigentlich wirklich ist. In diesem Zusammenhang werden wir einen genaueren Blick auf die deutsch-türkischen Beziehungen im Laufe der Geschichte werfen. Zum Abschluss des Textes werden wir auch auf die konkrete Rolle des deutschen Staates im aktuellen Krieg eingehen.

Anmerkung: Die dargestellten historischen Entwicklungen sind in einer maximalen Kürze zusammengefasst. Das Thema hat bereits tausende Seiten in unzähligen Büchern gefüllt. Unser Text soll nur einen groben Überblick verschaffen, aber wir raten dringend dazu, sich mehr Wissen über die Hintergründe anzueignen. Für jegliche Nachfrage oder Buchempfehlunge können wir per Mail unter info@defend-kurdistan.com erreicht werden.

Erste Berührungspunkte zwischen dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und dem Osmanischen Reich

Der Grundstein der deutsch-türkischen Beziehungen wurde bereits im 11. Jahrhundert gelegt. Im Rahmen der damaligen Kreuzzüge, die das »Heilige Römische Reich Deutscher Nation« durchführte, kam es zu ersten Kontakten mit dem Sultanat der Rum-Seldschuken. Dieses Sultanat war eines der Vorläufer des späteren Osmanischen Reiches. Selbst heute beziehen sich viele Türk:innen auf das Reich der Seldschuken als ihre vermeintlichen Vorfahren. Die geknüpften Kontakte führten jedoch noch zu keinen ernsthaften Beziehungen zwischen beiden Seiten. Vielmehr entstand eine Faszination des Orients auf Seiten der Deutschen, eine Faszination, die bis heute relativ ungebrochen anhält.

Erst später ergaben sich intensivere Berührungspunkte, als das Osmanische Reich (welches im Jahre 1299 gegründet worden war) nach Südosteuropa Richtung Wien drängte. Parallel dazu versuchte Deutschland dasselbe Gebiet aus der anderen Richtung für sich kolonisatorisch und ökonomisch zu erschließen, wobei es in die dynastischen Konflikte der Habsburger, des Königreichs Ungarn, hineingezogen wurde und sich so in den direkten Konflikt mit dem Osmanischen Reich begab. Jedoch sollte es noch einige Jahre dauern, bis es zu wirklichen staatlichen Beziehungen kam, denn noch war Deutschland ein zu großer Flickenteppich verschiedenster Monarchien und Fürstentümer. Bis ins 17. Jahrhundert hinein kamen jedoch einerseits viele türkische Stämme auf Beutezüge bis in die deutschen Länder und andererseits begaben sich viele deutsche Händler:innen auf Reisen in den Orient und sorgten somit für einen ersten regen Austausch der Kulturen.

Im 18. Jahrhundert kam es dann zu den ersten offiziellen diplomatischen sowie militärischen Beziehungen, die damals zwischen dem Osmanischen Reich und Preußen geschmiedet wurden. Diese Beziehungen wurden von da an Stück für Stück weiter ausgebaut und erreichten ihren ersten Höhepunkt nach der Gründung des deutschen Kaiserreiches 1871 bzw. ab der Kaiserzeit Wilhelms II. mit seinem spektakulären Besuch beim »Roten Sultan«. Spätestens hier finden wir den Grundstein der wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Beziehungen, die über die Zeiten hinweg immer wieder von Krisen geprägt waren, sich jedoch trotz allem bis zum heutigen Punkt stets weiterentwickelten.

Intensivierung der Zusammenarbeit und Waffenbrüderschaft

Es waren primär außenpolitische und wirtschaftliche Gründe, welche die Türkei für Deutschland interessant machten. Das deutsche Kaiserreich war im Rennen um die Kolonien gegenüber den anderen zentralen Mächten Europas, wie England, Spanien, Frankreich, Italien und Portugal, ins Hintertreffen geraten und hoffte nun über die Türkei eigene Kolonien im Nahen sowie Fernen Osten etablieren zu können. Gezielt ging es Deutschland dabei darum, die reichen Rohstoffvorkommen der Region für sich vereinnahmen zu können. Ein Motiv, an dem sich bis heute wenig verändert hat.

Hierbei waren (bzw. sind bis heute) vor allem zwei Ebenen wichtig, die beide ineinander übergehen. Auf der einen Seite standen/stehen massive industrielle Investitionen, wie damals der Bau an der legendären Bagdadbahn. Sie reichte von Berlin über Istanbul und Konya bis nach Bagdad. Der ursprüngliche Plan, sie bis nach Indien zu erweitern, wurde nie ausgeführt. Die Bahn wurde vor allem aus zwei Gründen gebaut: zum einen sollte sie es Deutschland und der Türkei ermöglichen, die Region wirtschaftlich zu erschließen, zum anderen war sie von militärischer Bedeutung, denn durch sie sollten strategische Truppenverschiebungen schnell möglich gemacht werden. Die Bahn sollte bereits während der Bauphase, aber auch in den Jahrzehnten danach eine wichtige Rolle im Genozid an den Armenier:innen spielen. Auch dieser Völkermord war eines der größten »Projekte«, welche der deutsche und der türkische Staat gemeinsam durchführten.

Die andere Ebene, die sich von nun an massiv intensivierte, war die deutsch-türkische Waffenbrüderschaft. Diese setzte in Form der offiziellen deutschen Militärmission ab 1882 ein. Bereits zuvor hatten mehrere Militärmissionen, die bekannteste unter dem preußischen Generalfeldmarschall Helmuth Karl Bernhard von Moltke, das osmanische Heer modernisiert. Doch nun ging es Deutschland darum, gezielt die osmanische Armee auszubilden und auch auszurüsten. Viele deutsche Generäle gingen in die Region und bauten dort Militärakademien auf. Viele deutsche Soldaten wurden in die osmanische Armee überstellt. Parallel dazu leitete die deutsche Industrie die osmanische an, einen eigenen, neuen und großen Rüstungsproduktionssektor aufzubauen. Dies führte zwar zu einer Intensivierung des Verhältnisses zwischen beiden Ländern, aber das Osmanische Reich letztlich auch in eine nationale Katastrophe. Als Verlierer des Ersten Weltkriegs musste es weite Gebietsverluste hinnehmen und löste sich im Endergebnis sogar auf, aber dazu unten mehr.

Insbesondere ab Beginn des 20. Jahrhunderts wurde auch dem Einfluss deutscher Politik im Osmanischen Reich mehr Gewicht und Bedeutung zugemessen. Ein Beispiel dafür ist das damalige Aufkommen der »Jungtürken«; diese wurden von den deutschen Sozialdemokraten wie zum Beispiel Friedrich Schrader massiv inspiriert und intensiv beraten, sodass sie sich ab 1908 gegen den Sultan wendeten und zu rebellieren begannen. Dass sie letztlich den Machtwechsel vollziehen konnten, lag zwar auch an der Ausbildung, die sie erhalten hatten, aber vor allem auch an den Beziehungen zu Intellektuellen wie Hans Humann, die Enver Pascha, Cemal Pascha und Co. aufgebaut hatten.

Die Zeit des Weltenbrandes – der Erste und Zweite Weltkrieg

Nach anfänglichen Überlegungen, sich im Ersten Weltkrieg entweder auf die Seite der Entente zu stellen oder neutral zu bleiben, stellte sich das Osmanische Reich schlussendlich durch die Nutzung der von Deutschland übergebenen Kriegsschiffe SMS Goeben und SMS Breslau auf die Seite Deutschlands. Das Verzögern des Kriegseintritts war reine diplomatische Abwägung, denn die absolute Mehrheit der Gesellschaft in der Türkei hatte zu dieser Zeit sowieso bereits Sympathien zu Deutschland und zu dem Gedanken des Kriegseintritts aufgebaut. Die deutsche Intelligenz war sowieso bereits überrepräsentiert in der Türkei, deutlich präsenter als die englische oder französische, die auch phasenweise großen Einfluss gewonnen hatte.

Mit dem Kriegseintritt auf der deutschen Seite entschied sich das Osmanische Reich für die Niederlage. Es verlor zusammen mit Deutschland den Krieg und erlebte ebenso wie Deutschland die Abschaffung der Monarchie. Das Osmanische Reich zerbrach in der Folge und es kam zu massiven territorialen Einschränkungen, da einigen unterdrückten Völkern in der Region wie z.B. den Armenier:innen oder Palästinenser:innen ein eigenes Staatsgebiet zugesprochen wurde. Dieser Moment spielt bis heute eine wichtige Rolle in der Türkei, mit dem viele Parteien versuchen, Politik zu machen. Heute sind es vor allem Parteien wie die AKP unter Erdoğan, die einen massiven islamistisch geprägten Nationalismus in der türkischen Gesellschaft schaffen wollen und immer wieder öffentlich verlautbaren, dass sie Gebietsansprüche auf ehemalige osmanische Regionen erheben.

Aber wieder zurück in die Geschichte: Nach dem Ersten Weltkrieg kam es also erst einmal zu einer Krise bei beiden Verlierermächten. Für zwei Jahre blieb beispielsweise der Posten des deutschen Botschafters in der Türkei unbesetzt. Das fügte den Beziehungen jedoch keinen nachhaltigen Schaden zu. Im Gegenteil, die Beziehungen wurden in der Zwischenkriegsphase erneut sowohl auf wirtschaftlicher, politischer als auch

militärischer Ebene deutlich vertieft. Auch nach dem Beginn der nationalsozialistischen Machtergreifung half Deutschland weiter bei der Ausbildung türkischer Soldaten. Deutschland blieb die primäre Quelle für Rüstungsgüter für die Türkei und deutsche Firmen unterstützten erneut den Aufbau der dortigen Waffenindustrie. Dass Hitler selbst sich ständig auf Atatürk bezog und in seinem Buch »Mein Kampf« diesen auch mehrfach zitierte, sorgte in der türkischen Gesellschaft für Sympathien für die NSDAP. Auch beim späteren Holocaust wurde zum Teil auf Methoden zurückgegriffen, welche beim Genozid an den Armenier:innen und später bei den Massakern an den Kurd:innen »erprobt« wurden.

Als der Zweite Weltkrieg begann, setzte Deutschland erneut eine große Hoffnung auf die Türkei und schrieb ihr eine wichtige Rolle im Plan zur Eroberung des Nahen Ostens und Nordafrikas zu. Doch die Türkei blieb unentschlossen und sie schwankte immer wieder. Deutschland setzte große Bemühungen daran, die Türkei in den Krieg zu ziehen. Es kaufte immense Mengen an Rohstoffen aus der Türkei ein und entsendete dafür viele Rüstungsgüter. Die Türkei nutzte jedoch die Situation, dass sie sowohl von Deutschland als auch von den USA und England umworben wurde, und versuchte von beiden Kriegsparteien möglichst große Investitionen an Land zu ziehen. Auch diese Art der Außenpolitik, zwischen verschiedenen Seiten zu pendeln und sie gegeneinander auszuspielen, ist bis heute eine wichtige Konstante der türkischen Außenpolitik. Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür bietet die aktuelle Debatte rund um die NATO-Erweiterung und das türkische Festhalten an den engen Beziehungen zu Russland.

Erst am 23. Februar 1945 stellte sich die Türkei dann offiziell auf die Seite der Alliierten und erklärte Deutschland den Krieg. Zu diesem Zeitpunkt war der Zweite Weltkrieg jedoch schon so klar entschieden, dass der türkische Kriegseintritt keine nennenswerte Bedeutung mehr hatte. Auch auf die späteren deutsch-türkischen Beziehungen sollte sich diese Entscheidung Ankaras nicht auswirken.

Nachkriegszeit und Kalter Krieg

In der Nachkriegszeit festigten sich die Beziehungen zwischen den Ländern schnell wieder. Die BRD baute sich insbesondere durch den Marshall-Plan wieder auf und wurde zu einem der wichtigsten Länder im Westblock gegen den Osten. Aufgrund dieser Rolle wurde Deutschland in der internationalen Staatengemeinschaft schnell akzeptiert und trat schließlich 1955 der NATO bei. Spätestens von da an wurden auch die Beziehungen zur Türkei wieder intensiviert, denn die Türkei war bereits drei Jahre zuvor Teil des Nordatlantikpaktes geworden.

Der nächste Meilenstein in der langen Geschichte der Kooperation stellte das Anwerbeabkommen zwischen der BRD und der Türkei von 1961 dar. Die Folgen dessen sind bis heute klar sichtbar. Hunderttausende türkisch- und kurdischstämmige Menschen siedelten in die BRD über. Das führte jedoch auch zu vielen gesellschaftlichen Konflikten. Ein zum Teil tödlicher Rassismus in der deutschen Gesellschaft lebte vor allem in den späten 70er, 80er und 90er Jahren wieder auf. Neonazi-Strukturen, von denen der NSU nur das jüngste Beispiel darstellt, verdeutlichen, welche Auswüchse der Rassismus in Deutschland weiterhin haben kann. Andererseits begann auch die türkische und kurdische Diaspora sich zu organisieren. Während sich viele islamistische und nationalistische Verbände gründeten, stärkte sich auch zunehmend eine linke und oppositionelle Diaspora in Deutschland, die vor der repressiven Politik in der Türkei geflohen war.

Höhepunkte der Kooperation stellten die Militärputsche in der Türkei von 1960, 1971 und 1980 dar. Alle Putsche wurden von deutschen Diplomaten intensiv beobachtet, teilweise auch unterstützt. Die Putsche waren zumeist überhaupt erst durch das Know-How und die Ausrüstung, die Deutschland zuvor in die Türkei geliefert hatte, möglich geworden. Auch bei der Art und Weise, wie von nun an oppositionelle Bewegungen bekämpft wurden, lernte die türkische Regierung einiges von ihren deutschen Amtskolleg:innen, die ihrerseits die 68er-Bewegung in der BRD niederschlugen und eine ganz eigene Art der Folter von politischen Oppositionellen in den Gefängnissen schufen.

Gegenwärtige Beziehungen und Deutschlands Rolle in Bezug auf den Krieg in Kurdistan

Bevor wir auf die heutige Situation eingehen, müssen wir zunächst einmal versuchen, grob einzufangen, welchen Einfluss die beiden Länder aufeinander haben.

Zunächst einmal zu der Frage, welchen Einfluss Deutschland auf die heutige Türkei hat: Deutschland ist das führende Herkunftsland von ausländischen Direktinvestitionen in der Türkei, sowohl was die Dauer der Präsenz als auch was die Anzahl der beteiligten Unternehmen anbelangt. Derzeit gibt es fast 8000 deutsche Unternehmen bzw. türkische Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung in der Türkei. Das Investitionsvolumen deutscher Unternehmen in der Türkei seit 1980 beläuft sich auf nahezu 14,5 Milliarden US-Dollar. Bei dem größten Anteil dieser Investitionen handelt es sich um langfristige Neuinvestitionen, durch die hunderttausende Arbeitsplätze in der Türkei geschaffen werden. Deutsche Unternehmen in der Türkei sind in vielen Sektoren vertreten: von der Industrieerzeugung und dem Vertrieb verschiedenster Pro-

dukte bis zu Dienstleistungsangeboten aller Art sowie der Führung von Einzel- und Großhandelsbetrieben. Die größten Investoren sind hierbei Siemens, Bosch, Airbus, Mercedes-Benz, VW, Henkel, Deutsche Post, VW und BASF. Andersherum ist Deutschland mit 1,4 Milliarden US-Dollar im Mai 2021 das Top-Exportziel der Türkei.

Gleichzeitig ist und bleibt die Türkei einer der wichtigsten Importeure deutscher Rüstungsgüter. So wurden von 2016 bis 2021 Genehmigungen mit einem Gesamtwarenwert von über 250 Millionen Euro zur Ausfuhr bewilligt. Deutsche Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall, Heckler & Koch oder Thyssenkrupp und gemeinsam mit ihnen der deutsche Staat verdienen somit immens an den Kriegen der Türkei.

Sowohl diese wirtschaftlichen Faktoren als auch politische Interessen wie das sog. Flüchtlingsabkommen, durch das sich EU und vor allem Deutschland vor Geflüchteten abschotten, machen die Türkei weiterhin zu einem beliebten Reiseziel von deutschen Kanzler:innen und Außenminister:innen. Aufgrund der gemeinsamen Geschichte und der eigenen Interessen ist man dann auch gerne dazu bereit, über die Menschenrechtsverbrechen der Türkei hinwegzusehen.

Nun zum Einfluss der Türkei auf Deutschland: Deutschland beherbergt die größte türkische Diaspora weltweit. Offizielle Angaben schwanken meistens um die Zahl von 1,5 Millionen türkeistämmigen Menschen hier in Deutschland. Allerdings sind diese Angaben mit Vorsicht zu genießen, da die Zahlen anhand der Staatszugehörigkeit festgemacht werden, was bedeutet, dass auch viele Kurd:innen, Turkmen:innen, Armenier:innen, Araber:innen etc., die auf türkischem Staatsboden gelebt haben, einberechnet sind.

Der türkische Staat versucht auch »seine« Gesellschaft hier in der Diaspora für sich zu organisieren und finanziert ein breites Netz an oftmals islamistisch-nationalistischen Organisationen. Eine davon ist die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion, kurz DITIB. Diese auch von der deutschen Regierung finanziell unterstützte Organisation verfügt offiziell über 776 Ortsvereine in Deutschland. DITIB ist dafür bekannt, dass in ihren Einrichtungen junge Menschen im Sinne der islamisch-türkischen Synthese indoktriniert werden. Gleichzeitig wird immer wieder davon berichtet, dass der türkische Staat DITIB dazu nutzt, die Diaspora zu überwachen und hierfür regelmäßig Geheimdienstmitarbeiter einsetzt oder Wanzen in den Räumlichkeiten installiert. Ein anderer großer Dachverband ist die »Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V.«. Sie ist eine der Protagonisten des extremistischen Islamismus und hat in Deutschland offiziell 27 000 Mitglieder. Auch sie wird vom türkischen Staat finanziert. Hinzu kommt noch eine Vielzahl anderer Moscheegemeinden, Schätzungen bewegen sich um ca. 2000, die sich in zunehmendem Maße nach ihren politischen Ausrichtungen zu Dachverbänden zusammenschließen.

Im Allgemeinen spielen politische Stimmungsmache und Themen wie Wahlkampf in Deutschland eine große Rolle, auf die die Türkei viel Zeit und Mittel verwendet. Der türkische Staat ist sehr darum bemüht, die eigene Diaspora weiterhin an sich zu binden. Der frühere Außenminister brachte das damals mit folgendem Spruch, der sich gezielt an die Diaspora in Deutschland richtete, auf den Punkt: »Integriert euch gut, lasst euch jedoch nicht assimilieren.« Man solle Teil Deutschlands werden, aber den Werten des türkischen Staates, wie Nation, Staat, Rasse, Religion, Tradition etc. treu bleiben und diese auch aktiv verteidigen. Parallel dazu versucht die Türkei auch ihre eigene Repressionspolitik gegen kurdische und andere oppositionelle Kreise auf Deutschland auszuweiten. Ständig wird versucht, Verbote von kulturellen Veranstaltungen und politischen Aktivitäten hier in Deutschland zu erwirken, und regelmäßig werden unliebsame Oppositionelle entweder hier in Deutschland inhaftiert oder direkt in die Türkei abgeschoben.

Zusammengefasst können wir festhalten, dass beide Länder in verschiedenster Form auf den jeweils eigenen Staat Einfluss nehmen können. Diese Einflussmöglichkeiten haben nicht nur diplomatischen Charakter. Entscheidungen des einen Staates können auch weitgehende innenpolitische Folgen beim Partner nach sich ziehen. De facto können beide Seiten nicht mehr ohneeinander existieren. Dies gilt insbesondere für die Türkei. Diese kann sich die ganzen politischen Eklats nur leisten, da Deutschland als einer der dominantesten Staaten in der EU und der NATO konstant einen Schutzschild vor sie hält. Auch die aktuelle politisch-gesellschaftlich-wirtschaftliche Krise der Türkei konnte die Regierung bisher nur überleben, weil die EU-Staaten, und hierbei allen voran Deutschland, ständig der Türkei zur Seite stehen und Rückendeckung geben.

Völkerrechtswidriger Angriffskrieg der Türkei auf Kurdistan

Aber kommen wir zu unserem eigentlichen Kernthema als Initiative: die völkerrechtswidrigen Invasionen des türkischen Staates in Kurdistan, und zwar sowohl in Südkurdistan und Şengal als auch in Rojava (Autonome Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien). Wir wollen an dieser Stelle nicht zu tief in die Beschreibung der Situation des Krieges einsteigen, sondern verweisen auf die Aufrufe, die wir als Initiative online (www.defend-kurdistan.com) veröffentlichen, sowie auf die Dossiers von Civaka Azad, dem kurdischen Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V. Stattdessen möchten wir hier vor allem darauf aufmerksam machen, welche Rolle Deutschland in diesem Krieg einnimmt.

Ein Punkt, der vorneweg klar gesagt werden muss, ist, dass der völkerrechtswidrige Angriffskrieg kein Krieg zwischen »den Türken und den Kurden« ist, wie es in der deutschen Presse gerne überspitzt dargestellt wird. Es handelt sich um einen bewaffneten Konflikt zwischen einem unterdrückerischen Zentralstaat und seinen Partnern auf der einen und einer politischen Bewegung, welche im Namen der Unterdrückten agiert und eine gerechte Gesellschaftsordnung anstrebt, auf der anderen Seite. Die Kurd:innen führen den Kampf im Namen der Unterdrückten zwar an, doch ihr Kampf hat verschiedenste gesellschaftliche Gruppen zusammengeführt und hat unlängst einen internationalistischen Charakter angenommen. Gemeinsam führen sie einen bewaffneten Widerstand gegen die NATO-Macht Türkei und weitere imperialistische Kräfte, welche wiederum ihren Krieg hauptsächlich durch den türkischen Staat führen lassen, aber dabei auch die irakische Armee, Söldner:innen und selbst dschihadistische Gruppen wie den sogenannten Islamischen Staat (IS) strategisch mit einsetzen.

Warum führen die NATO und allen voran die Bündnispartner Türkei und Deutschland diesen Krieg? Weil in der Region ein alternatives Gesellschaftssystem geschaffen wird. Dies können wir in der Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens, den Medya-Verteidigungsgebieten, Mexmûr und Şengal sehen. Es ist ein multiethnisches System, das auf den Säulen der Frauenbefreiung, sozialen Ökologie und Basisdemokratie basiert. Dass dieses Modell funktionieren kann, sehen wir nun seit vielen Jahren. Während der Nationalstaat bei gesellschaftlichen Krisen in Form von Maßnahmen reagiert, die von oben implementiert werden, wird im demokratischen Konföderalismus auf Lösungen gesetzt, die demokratisch und im Einvernehmen aller beteiligten Parteien gefunden werden. In diesem Ansatz liegt auch das Erfolgsrezept von Rojava, das seit nunmehr 10 Jahren trotz aller Kriege, Krisen und Embargos Bestand hat.

Deutschland nimmt in diesem Krieg vor allem drei Rollen ein. Die erste Rolle hatten wir bereits oben thematisiert. Deutschland ist Exporteur von Rüstungsgütern und von militärischem Know-How und leistet dadurch einen zentralen Beitrag dafür, dass die türkische Armee ihre Kriege in Kurdistan fortsetzen kann. Damit gehen auch massive finanzielle Mittel an die Türkei einher. Diese ermöglichen es der türkischen Regierung, sich diese Kriege leisten zu können. Die zweite Rolle ist diejenige der Repressionsmacht in Deutschland selbst. Die deutsche Politik und ihre Sicherheitskräfte gehen aktiv gegen die Menschen vor, die mit der Befreiungsbewegung und ihren Zielen sympathisieren. In Deutschland werden gezielt kurdische Aktivist:innen und Menschen, die sich mit ihnen solidarisieren, kriminalisiert. Auch hier in Deutschland wird versucht, die Menschen einzuschüchtern und den Kampf um Befreiung zu delegitimieren. Das sehen wir beispielsweise daran, wie unsere Friedensdelegation letztes Jahr an deutschen Flughäfen bei ihrer Abreise behindert wurde, oder deutschen Staatsbürger:innen der Pass abgenommen wird, weil sie Demos anmelden, oder auch daran, dass eine Vielzahl von kurdischen Menschen in deutschen Gefängnissen sitzen, ihnen eine Meldepflicht aufgesetzt wird oder sie direkt abgeschoben werden. Wir sehen es daran, dass deutsche Sicherheitsorgane bewusst zulassen, dass die Aktivitäten des türkischen Geheimdienstes gegen die Zivilbevölkerung nahezu ungehindert vonstatten gehen und an vielen anderen Beispielen. Auch bei der Unterdrückung der Solidarität der Menschen in der Türkei hilft Deutschland mit. Der türkische Staat hält mehrere zehntausend politische Gefangene und tausende Journalist:innen in Haft, der deutsche Staat bildet die Gefängniswärter:innen darin aus, wie psychische Folter insbesondere durch Isolation durchgeführt wird. Das, was der deutsche Staat im Umgang mit der RAF, Bewegung 2. Juni und mit den Roten Zellen hier gelernt hat, wird an die Türkei weitervermittelt. Die berüchtigten F-Typ-Gefängnisse der Türkei, in denen die Gefangenen gefoltert werden und in denen immer wieder Menschen sterben, sind auf deutschen Reißbrettern entworfen worden. Die dritte Rolle, die Deutschland einnimmt, äußert sich in der bewussten Verhinderung von Öffentlichkeit für die Ereignisse in Kurdistan im Allgemeinen und die Verbrechen des türkischen Staates im Besonderen. Wie bereits erwähnt, wendet der deutsche Staat gezielt Repression gegen Menschen an, die mit der Befreiungsbewegung in Solidarität stehen oder mit ihr sympathisieren. Gleichzeitig wird gezielt jegliche öffentlichkeitswirksame Arbeit behindert. In den großen Zeitungen wird der Krieg in Kurdistan kaum thematisiert, während parallel beispielsweise der Ukraine-Krieg massiven Eingang findet. Zudem diffamiert der deutsche Staat Proteste, die hier im Land stattfinden, und schafft ein falsches Bild der Situation vor Ort. Ständig wird von »Kurdendemo«, »Kurdenführer« und »kurdischer Miliz« geschrieben, wobei diese Begriffe objektiv falsch und rassistisch sind. Die kurdische Gesellschaft an sich wird generell als eine Terrorgefahr inszeniert.

Die Rolle, welche Deutschland annimmt, unterstützt die Praxis des türkischen Staates direkt. Ohne diese Unterstützung wäre es kaum möglich, dass der türkische Staat weiterhin in dieser Form an seiner Kriegspolitik festhält. Deutschland nimmt die Verbrechen des türkischen Staates hin und sieht über sie hinweg, da die eigenen Interessen als wichtiger erachtet werden als das Überleben der Menschen. Würde der deutsche Staat tatsächlich im Interesse seiner sogenannten Werte wie »Demokratie«, »Freiheit« und »Gleichheit« agieren, dann dürfte er nicht einen Tag den Krieg hinnehmen, sondern müsste sofort handeln. Durch Sanktionen, Embargos und diplomatische Isolation wäre der Wille der türkischen Regierung bereits binnen weniger Tage gebrochen und ein Dialog über eine Demokratisierung der Region und eine Lösung der kurdischen Frage könnte begonnen werden. ♦

Interview zur Situation in der Ukraine

… aber jetzt verstehen wir, was Krieg bedeutet

Gisela Rhein (kr) im Gespräch mit Maria und Stepan, zwei linken Aktivist:innen aus der Ukraine

Was bedeutet Liebe zum Land? Welche Kultur, welche Identität?
Was ist eine ukrainische Identität? Prägend waren in den letzten Jahrzehnten eine sowjetnostalgische und eine ukrainische. Die patriotische Haltung nimmt zu nach den Annexionen der Krim und im Osten.
Heißt eine »kritische Haltung« einnehmen, das Land schlechtzureden?
Der Angriffskrieg hat die Ukraine ukrainischer gemacht. Zuerst ein Zusammenrücken.
Russisch ist die Muttersprache von Millionen Ukrainer:innen. Jetzt ist sie die Feindessprache.
Westukrainer:innen geben Ostukrainer:innen die Schuld an der Besetzung im Donbass.

Ihr habt 2017 in Deutschland Asyl beantragt. Warum musstet ihr die Ukraine verlassen?

Wir hatten eine Kampagne an der Universität mit der Forderung nach besseren Bildungschancen und einer Bildungsreform mitorganisiert. Verbunden damit waren auch Parolen, die sich gegen die Militarisierung der Gesellschaft und den Krieg richteten. Eine zentrale Forderung war: mehr Geld für Bildung und nicht für den Krieg, und Friedensverhandlungen zur Lösung des Konflikts im Donbass.

Einige von uns wurden von rechtsradikalen Gruppen identifiziert und landesweit zum Hassobjekt. Es wurde regelrecht Jagd, medial und physisch, auf uns gemacht. Die meisten Aktivist:innen der Kampagne wohnten in Kiew, aber es wurde landesweit gegen uns als Linke gehetzt. Nach einer Messerattacke lag ich schwerverletzt im Krankenhaus.

Die Polizei nahm unsere Anzeigen nicht ernst, auch nicht nach dem Mordanschlag – sie wurden boykottiert. In den Strukturen der Polizei in der Ukraine finden sich viele Personen mit rechtsradikaler Gesinnung, was dazu führt, dass rechtsradikale Gewalttaten selten vor Gericht kommen. Es gibt Ausnahmen, wenn diese Gewalttaten internationale Aufmerksamkeit bekommen wie z.B. die Pogrome an Roma in Lwiw.

Der ukrainische Staat hat uns nicht geschützt, wir mussten um unser Leben fürchten und das Land verlassen.

Wie hat der deutsche Staat euch empfangen?

In Deutschland waren wir nicht willkommen. Niemand nahm uns ernst. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat unseren Antrag auf Asyl mit den gleichen Formulierungen abgelehnt, die auch Geflüchtete vor dem Krieg im Donbass damals in ihren Ablehnungen zu lesen bekamen: Das Leben in einem anderen Teil der Ukraine sei sicher. Die Ukraine gilt in Deutschland als Rechtsstaat, der seine Bürger:innen schützt. Nach der Ablehnung durch das BAMF haben wir vor Gericht geklagt. Die von uns vorgelegten Beweise (Unterlagen des Krankenhauses, Brief einer Menschenrechtsorganisation, Nachweis der Drohungen) wurden als glaubhaft eingestuft. Das Gericht hat entschieden, dass wir einen Anspruch auf Flüchtlingsstatus haben. Im europäischen Raum ist das eine seltene Entscheidung in Bezug auf die Ukraine.

Es waren für uns zwei Jahre voller Angst und Unsicherheit bis zur Anerkennung als Flüchtlinge.

Wie seht ihr die politischen Entwicklungen in der Ukraine nach der Besetzung von Gebieten im Donbass und dann der Krim?

Die Kriegssituation nach der Besetzung von Teilen des Donbass war allgegenwärtig in der Gesellschaft und prägte die Stimmung im Land. Nationalistische Tendenzen bekamen große Unterstützung, die ukrainische Sprache z.B. gewann als abgrenzendes Moment gegen Russland große Bedeutung, und das in einem Land, in dem ein großer Teil der Bevölkerung Russisch spricht.

Kritiker:innen dieses Nationalismus oder der Regierungspolitik wurden schnell als russische Agent:innen diffamiert. Der Vorwurf, russische Narrative zu verbreiten, pro Putin oder ein:e Verräter:in zu sein, war immer schnell zur Hand.

Die Probleme, die in russischen Medien angesprochen wurden, gab es auch wirklich in der Ukraine: Probleme mit rechtsradikalen Strukturen, Probleme mit der Meinungsfreiheit. Aber die russischen Medien haben sie bis ins Absurde übertrieben. Wurden die Probleme in der ukrainischen Gesellschaft ernsthaft kritisch thematisiert, setzte der vorher beschriebene Abwehrmechanismus ein und die Kritik wurde als russische Propaganda diffamiert.

Im Osten ist die Bevölkerung russlandfreundlicher, das heißt aber nicht, dass die Menschen Anhänger:innen Putins sind. Russ:innen gelten als Geschwistervolk. Dieser Teil der Bevölkerung leidet jetzt absurderweise am meisten unter dem Krieg. Charkiw, Mariupol, Odessa sind Städte mit mehrheitlich russischsprachiger ukrainischer Bevölkerung und vielen Anhänger:innen russischfreundlicher Parteien. Warum dieser Krieg? Er stößt auf Unverständnis und ist ein Schock.

In der Ukraine insgesamt gab und gibt es keine starken antimilitaristischen Kräfte, aber in der Bevölkerung herrschte ein großes Bedürfnis nach Frieden, denn in Wirklichkeit war der Krieg im Donbass kein begrenzter Krieg. Junge Männer aus dem ganzen Land waren als Soldaten im Osten und die ökonomische Lage hat sich stetig verschlechtert. Die Ukraine wurde mit jedem Kriegsjahr ärmer.

Hat sich das politische Klima nach der Wahl Selenskys verändert?

Selensky stand für den Versuch zu verhandeln, um eine Friedenslösung zu finden. Er hat sich gegen das gegenseitige politische Ausspielen der russischsprachigen und ukrainischsprachigen Bevölkerungsgruppen gestellt. Nach seiner Wahl kam es auch tatsächlich zu einer Deeskalation im Osten, es gab längere Waffenstillstandsphasen. Aber gleichzeitig haben nationalistische Teile der Zivilgesellschaft die Stimmung beeinflusst und weiter Druck aufgebaut gegen die Regierung. Die Regierung hatte also Gründe, die im Minsker Abkommen getroffenen Vereinbarungen nicht einzuhalten. Es galt innenpolitisch als riskant, z.B. die Föderalisierung der Ukraine umzusetzen.

Die Regierung hatte Angst vor Machtverlust und neuen Massenprotesten. Wir sprechen in diesem Zusammenhang auch vom Gespenst des Majdan: Machtverlust, wenn gegen die Stimmung in der Bevölkerung politische Entscheidungen durchgesetzt werden, in diesem Fall die Umsetzung der Verhandlungslösungen. Selensky hat sich deshalb immer mehr dem nationalistischen und militaristischen Lager angenähert und die entsprechende Rhetorik benutzt.

Um solche Entwicklungen zu verstehen, muss man wissen, dass in der Ukraine Parteien mehr auf dem Papier als in der Praxis existieren. Parteien sind Apparate, die für die Wahlen geschaffen werden und nicht auf kontinuierlich aktive Mitglieder bauen. Eine Ausnahme sind die rechtsradikalen Parteien, die es aber nicht ins Parlament geschafft haben. So entstand übrigens auch die Partei »Diener des Volkes« *[die Partei Präsident Selenskys; der Name beruht auf der Fernsehserie, mit der Selensky bekannt wurde]*.

Die Mehrheit der ukrainischen Gesellschaft ist politisch uninteressiert, nicht engagiert und verhält sich politisch passiv. Selensky gelang es im Wahlkampf, ein breites Spektrum der Bevölkerung anzusprechen, aber nach den Wahlen und nach den Verhandlungen der Regierung mit Russland begannen die Proteste aus der Zivilgesellschaft dagegen. Selensky sah sich mit dem Vorwurf der Kapitulation und der Kremlfreundlichkeit konfrontiert. Unter diesem Druck kam es zu seinem Rechtsruck.

Welche Position nimmt die Linke im Krieg ein? Gibt es in der Ukraine eine Friedensbewegung?

Die politische Teilung in der Ukraine zeigt sich weniger in links und rechts als in prorussisch und prowestlich. Nach Beginn des Krieges haben sich die gegnerischen Lager zusammengeschlossen. Es gibt einen kollektiven Widerstand. Die Mehrheit der linken Aktivist:innen hat sich aktiv der territorialen Verteidigung angeschlossen oder organisiert humanitäre Hilfe bzw. organisiert die mediale Präsenz. Die Mitglieder der territorialen Verteidigung verfügen über weniger militärische Erfahrung und ihre Hauptaufgabe ist der Schutz der lokalen Bevölkerung. Es sind mehrheitlich Männer.

Am Beispiel des ehemaligen Präsidenten Poroschenko lässt sich die Wendung zum kollektiven Widerstand gut erkennen. Vor dem Krieg hat er Selensky als Verräter, der mit dem Feind verhandelt, beschimpft. Jetzt steht für ihn der gemeinsame Kampf gegen den Feind über allem.

Inzwischen sind die russlandfreundlichen Parteien in der Ukraine verboten, obwohl viele ihrer Anführer eine aktive Rolle in der territorialen Verteidigung und in der Armee spielen, z.B. in Charkiw.

Kleine linken Gruppen hatten und haben kaum Einfluss auf die Politik. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes, eine vor kurzem getroffene Entscheidung Selenskys, trifft kaum auf gesellschaftlichen Widerstand. Die Wirtschaft soll mit allen Mitteln unterstützt werden. Kritik von Seiten der Gewerkschaften und linker Gruppen wird nicht gehört und ist ohne Einfluss. Heute wird natürlich alles mit dem Krieg gerechtfertigt. Eine Friedensbewegung in der Ukraine? Was bedeutet Frieden in der Ukraine? Die Mehrheit der Bevölkerung glaubt an die Notwendigkeit der Landesverteidigung. Vor dem Krieg gab es einzelne Proteste nach der Besetzung des Donbass gegen eine militärische Lösung, vor allem organisiert von Frauen. Ja, es gab Stimmen, die sich für die Beendigung des Konflikts durch Verhandlungen ausgesprochen haben, aber diese Stimmung wurde nicht umgesetzt in Organisierung. Deshalb hatte sie wenig Einfluss auf die Politik.

Wie stark sind faschistische Gruppierungen und ihre militärische und politische Organisierung?

Putin produziert in der Ukraine Faschisten. Sie profitieren vom Krieg, denn es ist eingetreten, was sie immer vorausgesagt haben. Ihre Vorbereitungen waren auf einen kommenden Krieg ausgerichtet. In der Gesellschaft sind sie eine Minderheit ohne breite Unterstützung. Sie genossen eine gewisse Anerkennung, weil ihre Freiwilligenbataillone im Donbass gekämpft haben. Aber wie kann man heute zum Beispiel das Asow-Regiment, das von rechtsradikalen Kräften dominiert wird, kritisie-

ren – es sind doch unsere »Helden«, die unsere Stadt Mariupol verteidigen. Sollte die Ukraine den Krieg verlieren, werden diese Gruppen zu den Gewinnern zählen. Sie werden die Niederlage nutzen, um sich als Massenbewegung zu organisieren.

Aber auch im Fall eines Sieges der Ukraine wird die Kriegsdrohung durch Russland weiterbestehen und das ist der beste Boden für Faschismus und Nationalismus. Vor dem Krieg gab es noch die Chance, sich gegen Nationalismus und Rechtsradikalismus öffentlich zu äußern, aber diese Chance wird mit dem Krieg verschwinden. Dafür ist Putin verantwortlich.

Vor dem Krieg haben sich die Angriffe rechtsradikaler Gruppen auf die marginalisierten Gruppen der Gesellschaft konzentriert, hier haben sie ihr Feindbild gesucht. Das waren Linke, LGBT-Aktivist:innen, Feministinnen, Friedensaktivist:innen, Roma (rassistische Attentate). Wir haben schon vorher erwähnt, wie gut sie in den Sicherheitsstrukturen des Staates vertreten sind oder mit ihnen zusammenarbeiten im Kampf gegen ihre Feindbilder und sogenannte prorussische Strukturen. Dafür finden sich viele Indizien.

Die Antwort der ukrainischen Bevölkerung auf rechtsradikale Politik und Gewalt ist nicht so aktiv wie die der deutschen Zivilgesellschaft. In Deutschland wird darüber in den Medien berichtet und die Gesellschaft organisiert Widerstand. In der Ukraine wird verharmlost und Rechtsradikalismus abgestritten, es ist kein großes Ding nach Meinung der Mehrheit. Es gibt zwar keine rechtsradikale Partei im Parlament, aber viele Parlamentsmitglieder vertreten ähnliche Positionen wie die AFD in Deutschland. Organisierte Rechtsradikale werden nicht gewählt, haben aber gemessen an ihrer gesellschaftlichen Anerkennung einen unangemessen großen politischen Einfluss im Staat.

Wie nehmt ihr die Berichterstattung der Medien in Deutschland wahr?

Wir verfolgen vor allem die linke Presse. Die Zuweisung von gleicher Verantwortung für den Krieg an die NATO und Russland hilft nicht weiter. Es ist Russland, das bombardiert. Russland trägt große Schuld. Was die russische Armee in Syrien gemacht hat, wird ignoriert.

Alles, was sich gegen den Westen richtet, gilt als gut. Ja sicher, der Einmarsch Russlands wird als unrechtmäßig bezeichnet und verurteilt. Aber sofort danach beginnt die Liste der Vorwürfe gegen die NATO. Und am Ende steht keine Forderung oder die Forderung, keine Waffen zu liefern, begründet mit der historischen Verantwortung Deutschlands. Aber hat Deutschland keine historische Verantwortung gegenüber der Ukraine? Die Ukraine ist das Land, das Deutschland besetzt hat, hunderttausende Menschen wurden ermordet und viele Dörfer zerstört. Viele Ukrainer:innen haben in der Roten Armee gegen Hitler gekämpft.

Es muss das Recht auf Verteidigung der Ukraine anerkannt werden, denn es ist ein Verteidigungskrieg. Es gibt das elementare Recht auf Selbstverteidigung. Die Aufmerksamkeit für den Krieg wird leider ausgenutzt, um eine feindliche Stimmung gegen Russland zu schüren und damit auch eine antikommunistische Stimmung und die Aufrüstung Deutschlands zu begründen. Ein absurder Versuch, den Krieg antikommunistisch zu instrumentalisieren, ist der Vorstoß der CDU in Prenzlauer Berg, das Thälmann-Denkmal zu demontieren.

In Syrien ist u.a. die Türkei der Aggressor. Die Ukraine hat enge wirtschaftliche Verbindungen mit der Türkei und ist eine gute Kundin beim Kauf von Waffen. Wie ist eure Einschätzung dieser Beziehung?

Die Ukraine hat seit Jahren gute Beziehungen zur Türkei. Niemand in der Ukraine ist informiert über die Innen- und Außenpolitik der Türkei oder auch nur interessiert an ihr. Der billige Urlaub am Meer – das interessiert die Menschen an der Türkei. Viele Kurd:innen haben hier studiert, z.B. in Odessa, und sind geblieben. Aber sie sind isoliert von der Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung. Es gab Proteste gegen die Angriffskriege der Türkei gegen Nord- und Ostsyrien und Angriffe auf die Protestierenden von nationalistischen Türk:innen. Verhaftet von der Polizei wurden die Protestierenden gegen die Angriffskriege.

Die Ukrainer:innen kämpfen gegen ein autoritäres, imperialistisches Land und holen sich die Unterstützung eines anderen autoritären Landes, das ist eine absurde Situation.

Die Türkei spielt jetzt eine Vermittlerrolle, denn sie hat wirtschaftliche Interessen in beiden Ländern. Das ist die gleiche absurde Situation wie bei den Verhandlungen in Minsk, die belarussische Regierung als Vermittlerin!

Welche Folgen des Krieges für die Nachkriegsgesellschaft in der Ukraine seht ihr?

Keine Nation ist durch Krieg reicher geworden, das lässt sich sicher sagen. Woher wird das Geld für den Wiederaufbau kommen? Die Ukraine war schon vor dem 24. Februar hoch verschuldet und das hat sich jetzt verschärft. Viele Menschen sind geflohen und es stellen sich die Fragen: Wer kommt zurück? Werden Arbeitsplätze da sein? Werden Fachkräfte da sein?

Einerseits heißt es, der Krieg schweißt uns zusammen, andererseits sehen wir heute, dass Flüchtlinge aus der Ostukraine im Westen des Landes kritisch kommentiert werden als russischsprachige Bevölkerung. Sind sie richtige Ukrainer:innen?

Der Hass gegen Russland wird groß sein, die Beziehungen zu Russland werden nie wieder die gleichen sein wie vor dem Krieg. Ich bin pessimistisch in diesem Punkt.

Und über die Gefahr erstarkter rechtsradikaler Kräfte haben wir vorher schon gesprochen.

Es ist uns wichtig, noch ein Wort zu Kurdistan zu sagen. Wir waren immer solidarisch mit dem Kampf der Kurd:innen, aber jetzt verstehen wir, was Krieg bedeutet. ♦

Geschichte und Situation des Freiheitskampfes auf den Philippinen

Ein harter Kampf um Selbstbestimmung

Phila Tagalog, Teil 1 von 3

Der revolutionäre Kampf auf den Philippinen erstreckt sich nunmehr über mehr als fünf Jahrzehnte und ist somit einer der am längsten andauernden Konflikte der Welt. In den letzten Monaten haben sowohl das philippinische Militär als auch die Regierung behauptet, die »Neue Volksarmee« (NPA), der bewaffnete Flügel der »Kommunistischen Partei der Philippinen« (CPP), werde bis zum Ende der Amtszeit von Präsident Rodrigo Duterte im Jahr 2022 vernichtet sein. Anlässlich ihres 53-jährigen Bestehens erklärte die NPA jedoch, dass die Militäroperationen der Regierung unter Duterte den bewaffneten Widerstand nicht aufhalten konnten, im Gegenteil sei man weiter gewachsen. Die NPA zeige keinerlei Anzeichen dafür, dass sie Rekrutierungsprobleme habe. Stattdessen melde man, dass sich die Reihen der Guerilla um tausende Kämpfer:innen erweitern würde. Das zeige sich an mehr als 110 Guerilla-Fronten, die sich in 73 der 81 philippinischen Provinzen, in denen 14 regionale Kommandos in mehr als 80 Prozent des Landes betrieben werden, ausdrücken.

Historische Einführung in den Freiheitskampf auf den Philippinen

In den 1960er Jahren führte das Aufkommen einer maoistisch inspirierten Jugendbewegung zur Wiedergründung der CPP im Jahr 1968 und im Folgejahr 1969 zur Gründung der NPA. Zu dieser Zeit hatte die NPA nur 60 bewaffnete Kämpfer:innen, die sich aus Jugendlichen und Überbleibseln der *Hukbalaha* (einer kommunistischen Guerillabewegung, die während des Zweiten Weltkriegs gegen die japanische Besetzung der Philippinen gekämpft hatte) zusammensetzten. Die NPA verfolgte von Beginn an die Strategie des Guerillakrieges in ländlichen Gebieten und organisierte hauptsächlich arme und landlose Bäuer:innen, die die Mehrheit der philippinischen Gesellschaft ausmachen.

Die Welle sozialer Unruhen, die 1970 über die Philippinen hereinbrach und als »First Quarter Storm« bekannt wurde, stärkte die revolutionäre Bewegung weiter. Die zunehmende Militanz der Jugend in Verbindung mit der Wirtschaftskrise, politischer Korruption und der Unterstützung der US-Intervention in Vietnam durch die philippinische Regierung, führte zu massiven Protesten. Von Januar bis März 1970 führten militante Jugendliche Demonstrationen, Proteste, Boykotte und Märsche gegen den damaligen Präsidenten, Ferdinand Marcos, an. Die Jugendaktivist:innen schlossen sich dazu mit gemäßigten Kräften zusammen, bildeten Bündnisse mit Gewerkschaften und nahmen gemeinsam mit Arbeiterorganisationen und Bauernverbänden an Demonstrationen teil. Wöchentliche Proteste, zu denen regelmäßig 50 000 bis 100 000 Menschen zusammenkamen, um Marcos anzuprangern, endeten oft mit der gewaltsamen Auflösung durch die Polizei. Diese Repression hinterließ bei einer großen Zahl von Student:innen einen bleibenden Eindruck und war für viele später der Anlass, sich revolutionären Bewegungen im Untergrund anzuschließen.

Organisierung der freien Frauen

Frauen, die an der Spitze der militanten Jugendbewegung standen, gründeten 1970 eine autonome Frauenorganisation mit dem Namen *Makibaka* (das Wort ist ein Akronym für Malayang Kilusan ng Bagong Kababaihan – Freie Bewegung der neuen Frauen – und bedeutet in der Sprache Tagalog »Kampf«). Eine der Gründerinnnen der Organisation, Maria Lorena Barros, erklärte: »Frauen müssen sich ihre Freiheit nehmen, sie müssen dafür kämpfen, sie selbst müssen ihre Gefängnismauern niederreißen. Andernfalls werden sie wieder den Männern ausgeliefert sein, gefangen in einer neuen Reihe von Verpflichtungen.« Barros schloss sich später – nachdem das Kriegsrecht ausgerufen wurde – der NPA an, entkam so der Verhaftung und fiel im Alter von 28 Jahren bei einem Gefecht. Ihr Beitrag zur Frauenbefreiungsbewegung und zum revolutionären Kampf findet auch heute noch großen Widerhall bei der neuen Generation von Frauen und Jugendlichen, die sich dem bewaffneten Widerstand anschließen. Die Frauen stehen nach wie vor an der Spitze der revolutionären Bewegung und bekräftigen den Aufruf zum Handeln, den Barros bei der Gründung der Frauenbewegung verkündete: »Die neue Frau, die neue Filipina, ist in erster Linie eine Kämpferin. Sie ist eine Frau, die den erhabenen Bereich der Verantwortung entdeckt hat, eine Frau, die voll und ganz an der Gestaltung der Geschichte beteiligt ist.«

Die Herrschaft Marcos oder auch die Zeit des Kriegsrechts

Obwohl die NPA noch neu gegründet war, führte Präsident Marcos die sozialen Unruhen des ersten Quartals auf einen linken Aufstand zurück, der das Land bedrohe, und rechtfertigte damit die Verhängung des Kriegsrechts im Jahr 1972. Das Kriegsrecht ermöglichte es Marcos, seine Amtszeit zu verlängern und seiner Familie und seinen engsten Verbündeten die Mittel an die Hand zu geben, die Staatskasse zu plündern und die Militärherrschaft durchzusetzen. Während der 14-jährigen Diktatur wurden alle oppositionellen politischen Parteien aufgelöst, die Pressefreiheit zensiert und politische Dissident:innen verhaftet. Was folgte, war eine Zeit der Menschenrechtsverletzungen, außergerichtlichen Tötungen, Folter und des »Verschwinden-Lassens« von Personen. Der aufkommende Faschismus unter Marcos trug andererseits zum raschen Wachstum der revolutionären Bewegung bei und überzeugte viele Student:innen und gemäßigte Aktivist:innen davon, dass die philippinische Gesellschaft radikal umgestaltet werden musste.

Unter Marcos stärkte die Radikalisierung der Massenbewegung den bewaffneten Widerstand weiter. Marcos und das philippinische Militär spielten den linken Aufstand hoch, um den Verteidigungshaushalt und die Militärhilfe der USA zu erhöhen, und verliehen der NPA eine revolutionäre Aura, die nur noch mehr Menschen anzog. Mitte der 1980er Jahre war die NPA zu einer Guerilla mit schätzungsweise 26 000 Mitgliedern angewachsen, die in der Lage war, landesweit Offensiven zu starten. Innerhalb der Zonen der Guerilla enteignete die NPA das Vermögen von Großunternehmen, Bergbau- und Landwirtschaftsbetrieben. In den Städten führten Partisan:innen der NPA gezielte Anschläge auf Regierungssoldat:innen, Polizist:innen, korrupte Politiker:innen und kriminelle Anführer:innen durch. Mit Bombenanschlägen und zielgerichteten Gewaltaktionen sowie Massendemonstrationen schürten die Partisan:innen in den Städten spontane Aufstände und Revolten.

Marcos kämpfte darum, die politische Kontrolle über das Land inmitten eines schweren wirtschaftlichen Zusammenbruchs für sich zu behalten. Die Ermordung des liberalen Oppositionsführers Senator Benigno Aquino im Jahr 1983 löste bis Mitte der 1980er Jahre eine schwere wirtschaftliche Rezession aus. Die sich verschärfende wirtschaftliche und politische Krise und der Aufstieg der gemäßigten »People Power«-Bewegung beschleunigten den Prozess, dass die USA ihre Unterstützung für Marcos langsam zurückziehen mussten. 1986 ließ der damalige US-Präsident Ronald Reagan Marcos, seine Familie und enge Mitarbeiter von den Philippinen in die USA ausfliegen. In der Übergangsphase nach der Diktatur unterstützten die USA die liberale Opposition unter Corazon Aquino, der Witwe des getöteten gemäßigten Führers Senator Aquino.

Die Ära der Corazon Aquino

Sie stammte aus einer politisch prominenten Familie und war in den USA ausgebildet worden. So vermittelte Aquino nach der zwei Jahrzehnte währenden Herrschaft von Marcos ein Bild des Wandels. Präsidentin Aquino ließ Dutzende von politischen Gefangenen frei und nahm die Friedensgespräche mit der revolutionären Bewegung wieder auf. Die Friedensgespräche wurden jedoch ein Jahr nach Aquinos Amtsantritt abrupt beendet, als die Sicherheitskräfte auf eine Demonstration von Bäuer:innen, die eine Landreform forderten, überraschend schossen. Dabei wurden 18 Menschen getötet und 51 verletzt.

Nach diesem Massaker hielt Aquino an ihrer Unterstützung für das Militär und die Sicherheitskräfte fest. In einer Rede vor Absolvent:innen der philippinischen Militärakademie ging Aquino auf den anhaltenden bewaffneten Widerstand der NPA und die zahlreichen Putschversuche des Militärs gegen ihre Präsidentschaft ein und erklärte: »Die Antwort auf den Terrorismus der Linken und der Rechten sind nicht soziale und wirtschaftliche Reformen, sondern Polizei- und Militäroperationen.« Dieser Umgang mit dem Konflikt stärkte auch die paramilitärischen Gruppen, die eine wichtige Rolle bei der Aufstandsbekämpfung spielten. Die unter Marcos verbreiteten Menschenrechtsverletzungen setzten sich auch während der Amtszeit von Aquino weiter fort und führten zu Zwangsevakuierungen, Massakern, summarischen Hinrichtungen, illegalen Verhaftungen und Inhaftierungen. Die USA waren hauptverantwortlich für diesen »totalen Krieg« der Präsidentin Aquino, da sie für die Finanzierung, Ausrüstung, Ausbildung, den Geheimdienst und den militärischen Bedarf zuständig waren.

Notwendiger Wandel der revolutionären Bewegung

Das verschärfte Programm zur Aufstandsbekämpfung fiel mit einem wachsenden Konflikt innerhalb der revolutionären Bewegung über Strategie und Taktik zusammen. Während des Übergangs nach der Marcos-Herrschaft plädierten einige wenige Vorreiter:innen der Bewegung für den Wahlkampf gegen die neue liberale Demokratie anstelle des bewaffneten Widerstands. Diese Minderheit in der Bewegung betrachtete den politischen Kampf als eine Möglichkeit, Massenaufstände zu popularisieren und die Macht von der neuen liberalen Regierung zu übernehmen.

Ein anderer Teil der Bewegung drängte auf den städtischen Aufstand, um den Sieg durch spontane Aufstände und gewaltsame bewaffnete Aktionen von städtischen Partisan:innen zu beschleunigen. Die aufständische Strömung rekrutierte Mitglieder und Massenaktivist:innen in städtischen Partisan:innengruppen, anstatt eine Basis in der Gesellschaft zu organisieren. Unqualifizierte und fragwürdige Rekrut:innen

traten den Partisan:inneneinheiten bei, und das oft ohne ideologische und politische Bildung, was im Allgemeinen zu schlechter Disziplin und erfolgsschwächeren Aktionen führte, die die Unterstützung der Bevölkerung untergruben. Die städtischen Partisan:innen militarisierten die Situation bis zu dem Punkt, an dem sie die Unterstützungsbasis der Bewegung in den Städten entfremdeten. Auf dem Land mobilisierte die NPA schlecht organisierte Bäuer:innen zu ungerechtfertigten bewaffneten Auseinandersetzungen mit oder in der direkten Schusslinie von gut organisierten und gut bewaffneten Gegnern. Die Regierung setzte paramilitärische Gruppen und Todesschwadronen ein, um die Unterstützerbasis der Bewegung hemmungslos anzugreifen und Zivilist:innen zu töten, die als Sympathisant:innen und angebliche Mitglieder bezeichnet wurden. Die verstärkten Aktionen heizten die Städte auf und dechiffrierten Mitglieder des bewaffneten Widerstands, was zu einer Hysterie wegen Agent:innen innerhalb der revolutionären Bewegung führte. Die Panik wegen Informant:innen verwandelte sich in eine interne Hexenjagd, bei der Tausende von Mitgliedern, die die Bewegung verließen, verschwanden oder getötet wurden.

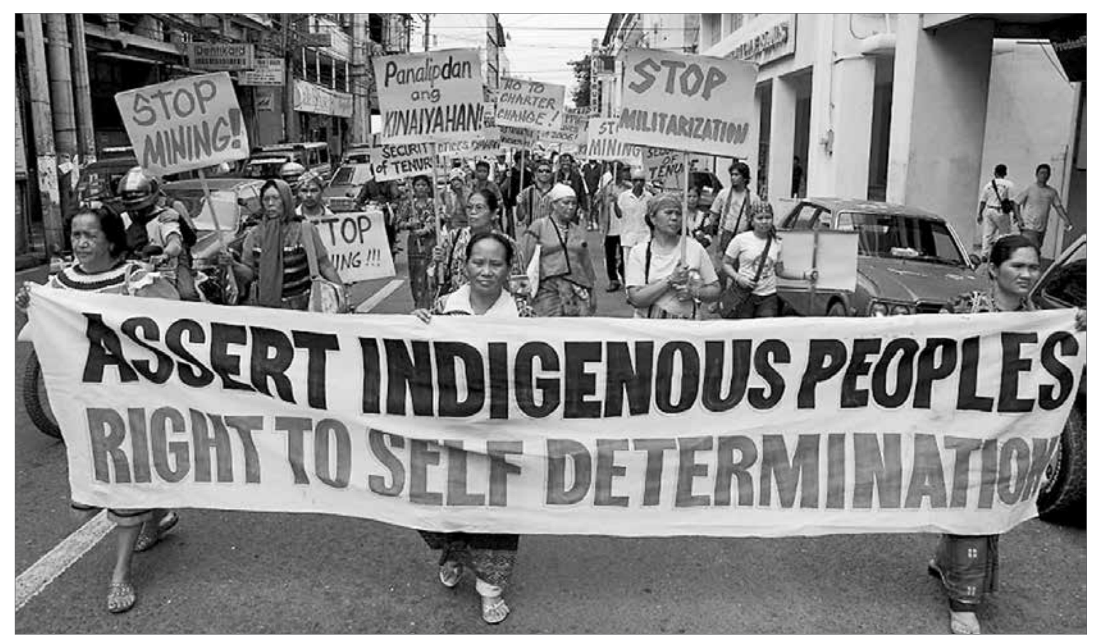
Zu Beginn der 1990er Jahre hatten die Fehler der revolutionären Bewegung ihre Mitglieder- und Unterstützerbasis erheblich geschwächt. Die Bewegung fasste die Ergebnisse der verstärkten Aktionen der Guerilla in den Städten, der unhaltbaren großen Formationen der NPA und der internen Hexenjagd auf Informant:innen zusammen und zog Bilanz. Die Analyse des Niedergangs der Bewegung ergab, dass es nicht gelungen war, eine Unterstützungsbasis für die Organisation des Volkes zu schaffen, indem militärische Aktionen überbetont und Großangriffe in den Städten initiiert wurden. Diese Aktionen vermittelten einen falschen Eindruck von der tatsächlichen Stärke der Bewegung, was zu schädlichen Auswirkungen und einem Beinahe-Zusammenbruch führte. Die revolutionäre Bewegung erkannte diese Fehler und startete eine Kampagne, die sich auf die Organisierung an der Basis und die ideologische Bildung konzentrierte. In ländlichen und städtischen Gebieten nahm die Bewegung den Aufbau von Volksorganisationen als Grundlage für den Guerillakrieg, in denen verschiedene gesellschaftliche Gruppen (Arbeiter:innen, Bäuer:innen, Jugendliche, Frauen, indigene Völker) als Fundament der politischen Macht und der Aktionen der Guerilla fungieren, wieder auf. Und so erholte sich die NPA ein Jahrzehnt später und organisierte sich auf dem Land, wo bis heute fünfundsiebzig Prozent der Bevölkerung leben und arbeiten.

Aufbau einer Basis in der Gesellschaft und Versuche eines freien Friedens

In der Agrarwirtschaft der Philippinen ist Land die wichtigste Einkommens- und Beschäftigungsquelle. Hohe Pachtpreise, niedrige Löhne und räuberische Kreditvergabe durch reiche Landbesitzer:innen machen landlose Bäuer:innen zu den ärmsten Schichten der Gesellschaft. Die NPA kehrte deswegen zur Bildung von Organisationskomitees in den Dörfern zurück, um die weit verbreitete ländliche Armut zu bekämpfen. Diese dörflichen Organisationskomitees bilden Bäuer:innen-Vereinigungen, die sich mit den Grundbesitzer:innen auseinandersetzen, die Löhne der Bäuer:innen anheben, die Landpacht senken und die Schulden abbauen. Dazu gehören auch der Aufbau kleiner Genossenschaften und die Organisation von Nebenerwerbstätigkeiten zur Ergänzung der Landwirtschaft. Wo die Bäuer:innen-Vereinigungen gut organisiert sind und die NPA stark genug ist, wird das Maximalprogramm der Landkonfiszierung und der kostenlosen Verteilung von Land an die Bäuer:innen umgesetzt. Diese Landreformprogramme werden durch revolutionäre Bildungs-, Alphabetisierungs-, Gesundheits- und Kulturprogramme unterstützt. Sobald sie etabliert sind, halten die revolutionären Komitees das Gebiet als Basis für Operationen der Guerilla aufrecht. Die Landbevölkerung stellt für die Guerillastrategie der NPA auf den Philippinen eine immense Quelle revolutionären Potenzials dar.

Während dieser Zeit der Erholung nahm die revolutionäre Bewegung immer wieder Friedensverhandlungen mit der philippinischen Regierung auf. Zwischenzeitliche Friedensgespräche führten sogar zur Unterzeichnung von Abkommen, die 1. den Verhandlungsführer:innen freie und sichere Bewegung ohne Angst vor Durchsuchung, Überwachung oder Verhaftung zusicherten und 2. die Zivilbevölkerung vor Gewalt zwischen der NPA und der philippinischen Regierung schützten. Die fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen unter den aufeinanderfolgenden Präsident:innen zwangen die NPA jedoch dazu, die Friedensverhandlungen abzubrechen. Die Regierung war schlicht nicht bereit dazu, die unterzeichneten Vereinbarungen umzusetzen. Zwischen Januar 2001 und Oktober 2012 dokumentierten Menschenrechtsgruppen über 1200 Fälle von Tötungen im Schnellverfahren bei Aufstandsbekämpfungsaktionen.

Erst im Jahr 2016 nahm die revolutionäre Bewegung die Friedensgespräche mit der Regierung unter der Präsidentschaft von Rodrigo Duterte wieder auf. Doch auch diese hielten nur ein Jahr an, dann zog sich die NPA aus dem Waffenstillstand und den Vorgesprächen zurück, nachdem die Regierung nicht alle politischen Gefangenen freigelassen hatte. Duterte erklärte als Reaktion darauf den totalen Krieg und stufte die revolutionäre Bewegung als terroristische Organisation ein. Diese erneute Militäroffensive unter Duterte fiel mit dem dramatischen Anstieg politischer Morde, Angriffen auf die Pressefreiheit und weit verbreiteten außergerichtlichen Tötungen im sogenannten Krieg gegen die Drogen zusammen.



Immer wieder werden umfassende soziale, ökologische, politische und antimilitaristische Forderungen auf die Straße getragen.
Foto: Archiv

Aktuelle politische Lage in der Region und aktuelle Herausforderungen für den Freiheitskampf

Während Dutertes Präsidentschaft 2022 zu Ende geht, zeichnet sich die Wahrscheinlichkeit ab, dass die Marcos-Familie die Philippinen auch in Zukunft regieren wird. Umfragen zufolge wird Ferdinand Marcos Jr., der Sohn des verstorbenen Diktators der Philippinen, die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen im Mai voraussichtlich gewinnen [Der Artikel wurde Ende April verfasst; die Wahlen sind mittlerweile vorüber und – Ferdinand Marcos Jr. wurde tatsächlich gewählt. Die Aussichten auf Demokratie und echten, dauerhaften Frieden sind auf den Philippinen nach wie vor nicht gegeben. Die führenden Präsidentschaftskandidat:innen verschweigen, dass die wachsende Armut und Ungleichheit, die vor mehr als fünfzig Jahren den bewaffneten Widerstand ausgelöst haben, immer noch vorherrschen. Trotz des Reichtums an natürlichen Ressourcen (einschließlich Holz, fruchtbaren Landes, reicher Mineralien und Edelmetalle) ist das Land wirtschaftlich unterentwickelt. Der fehlende Zugang zu Land lässt die Landbevölkerung verarmen und hält das feudale Verhältnis zwischen reichen Grundbesitzer:innen und armen Bäuer:innen aufrecht. In den Hochlandregionen vertreiben Bergbau und Holzindustrie die indigene Bevölkerung von ihrem angestammten Land und zerstören die biologische Vielfalt und das ökologische System. Duterte hat kürzlich das Verbot des Tagebaus und damit Beschränkungen zum Schutz der Umwelt aufgehoben. Die ausländische Kontrolle der Wirtschaft durch globale Mächte (USA und China) und regionale Mächte (Japan und Südkorea) beschränkt die Philippinen auf die Produktion von Rohstoffen und exportorientierten Gütern.

Diese wirtschaftlichen Bedingungen sind untrennbar mit der langen Tradition der politischen Dynastien verbunden, die das Land regieren. Prominente Familien nutzen ihren Reichtum, um die politische Macht zu sichern und zu erhalten, und gestalten ihrerseits die Politik, um ihren Reichtum zu bewahren und zu vergrößern. Ausländische Mächte stärken diese politischen Dynastien durch eine Politik, die den reichsten Familien zugute kommt und die Philippinen in einem ständigen Zustand der Verschuldung und Unterentwicklung hält. Durch die Abhängigkeit vom Handel wahren globale und regionale Mächte ihre geopolitischen Interessen auf den Philippinen, indem sie sich ein wichtiges Tor zum Handel im asiatisch-pazifischen Raum und einen strategischen militärischen Vorposten sichern. Der anhaltende bewaffnete Konflikt auf den Philippinen hat Auswirkungen auf die Geopolitik in der Region und auf die Politik der globalen und regionalen Mächte.

Dutertes Krieg zur Niederschlagung der NPA hat ganze Landstriche unter Militärherrschaft gestellt, die den ländlichen und indigenen Gemeinschaften viel Leid zufügt. Im ganzen Land hat das Militär jede Unterscheidung zwischen Kämpfer:innen der NPA und Zivilist:innen bewusst aufgehoben, indem es Dorfbewohner:innen willkürlich schikaniert und beschuldigt, den bewaffneten Widerstand zu unterstützen, sogenannte »Massenkapitulationen« für die Presse inszeniert, Menschen unter falschen Anschuldigungen entführt und verhaftet und Bäuer:innen-Anführer:innen und Aktivist:innen ungestraft ermordet. Dutertes Politik des totalen Krieges gegen die NPA und die legale Massenbewegung hat eine neue Generation dazu gebracht, sich der Guerilla anzuschließen. Die Flut von Menschenrechtsverletzungen und politischen Morden

unter Duterte hat dazu geführt, dass nicht einmal die legalen Mittel zur Verfügung stehen, um Missstände durch grundlegende Reformen zu beheben. Anlässlich des 53. Jahrestages der Gründung der NPA wurde unter Berufung auf den öffentlichen Aufschrei die Wiederbelebung von Guerilla-Einheiten gefordert, die in den Städten gegen die Sicherheitskräfte der Regierung vorgehen können, die für die steigende Zahl von Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Als revolutionäre Alternative zur Militarisierung des Landes und der katastrophalen wirtschaftlichen Lage ist die NPA landesweit die einzige Kraft, die in der Lage ist, die Landbevölkerung zu verteidigen. Die anhaltende Unterstützung der Landbevölkerung hat gezeigt, dass die NPA immer noch relevante Lösungen für die Probleme der Landlosigkeit, der Korruption und der ausländischen Ausbeutung im Land bietet. Unter diesen Umständen bleibt die revolutionäre Bewegung eine zwingende politische Kraft, die den bewaffneten Widerstand auf den gesamten Philippinen organisiert.

◇◇

Der Kurdistan Report hat mit der philippinischen Internationalistin, die den oben stehenden Text verfasst hat, ein Interview geführt. Sie ist bereits seit längerer Zeit in Nord- und Ostsyrien (Rojava) und hatte die Zeit und Gelegenheit, verschiedenste Bereiche der Revolution kennenzulernen:

Können Sie sich selbst und die Kämpfe, aus denen Sie kommen, kurz vorstellen?

Die Erfahrungen, die meine Familie während der Marcos-Diktatur machen musste, haben mein Leben und den Menschen, der ich heute bin, stark geprägt. Sowohl meine Eltern als auch viele meiner Verwandten engagierten sich in der revolutionären Bewegung auf den Philippinen. Dies führte dazu, dass meine Mutter und viele meiner Verwandten inhaftiert wurden, während mein Vater und andere Verwandte in den Untergrund gingen. Dies sind nur kurz zusammengefasst einige Beispiele, die meine Erziehung natürlich beeinflussten, gleichzeitig somit auch meine Ethik und die Werte, die ich als Mensch vertrete. Dies führte später zu meinem Engagement in einer Jugendorganisation, in antikolonialen und antiimperialistischen Kämpfen und in Arbeiterkämpfen als Gewerkschafterin.

Wie haben Sie das erste Mal vom Freiheitskampf in Kurdistan gehört und wie haben Sie die kurdische Frauenbewegung kennengelernt?

Vom Freiheitskampf in Kurdistan erfuhr ich zum ersten Mal durch die philippinische Befreiungsbewegung. Sie zeigt sich solidarisch mit Kämpfen in der ganzen Welt und pflegt intensive Freundschaften. Ein tieferes Verständnis für die kurdische Freiheitsbewegung und insbesondere auch die kurdische



Foto: Archiv

Frauenbewegung erlangte ich durch Freund:innen, die in der kurdischen Diaspora arbeiten. Durch die kurdische Diaspora entdeckte ich die führende Rolle der Frauen im kurdischen Freiheitskampf. Frauen wie Şehîd Sara (Sakine Cansız) und die unzähligen Kämpferinnen, die Nord- und Ostsyrien gegen den IS und die andauernden Angriffe des türkischen Staates verteidigt haben, haben mich ermutigt, mehr von ihrem Beispiel zu lernen.

Wie kamen Sie zu der Entscheidung, nach Rojava zu gehen, und welche Bedeutung hat die Revolution in Rojava für Sie?

Die Beziehungen zu Frauen in meiner Familie und zu befreundeten Frauen haben mich zu dem Schluss gebracht, dass ein freies und demokratisches Leben von der Befreiung der Frauen abhängt. Vom Moment der Geburt eines Kindes an sorgt die Mutter für die soziale und emotionale Entwicklung des Kindes. Frauen übernehmen einen unverhältnismäßig großen Teil der Reproduktionsarbeit, der Arbeit des täglichen Lebens und der emotionalen Arbeit, die zur Erhaltung des Lebens selbst erforderlich ist. Frauen arbeiten im Allgemeinen mehr zusammen als Männer. Überall auf der Welt sind Frauen, zusammen mit queeren Menschen (insbesondere farbige Frauen und queere Menschen), den schlimmsten Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten ausgesetzt. Meine enge Beziehung zu einer Freundin, die queere Eltern hat, Erzieherin und Gewerkschaftsorganisatorin ist, warf für mich viele existenzielle Fragen auf. Dazu gehörte auch die Sorge, dass ihre junge Tochter eine Welt erben würde, die mit der harten Realität von Ungleichheit, Gewalt und ökologischem Kollaps konfrontiert ist. Rojava war eine Chance, diese existenziellen Fragen in der Praxis zu erforschen und aus erster Hand ein alternatives Modell jenseits der Philippinen zu sehen und zu verstehen. Die Reise nach Rojava war eine Gelegenheit, mich selbst zu verstehen und weiterzuentwickeln und die Erfahrungen und Lehren aus Rojava mit meinem Volk und der Bewegung auf den Philippinen zu teilen.

Was haben Sie aus dem Freiheitskampf in Kurdistan bis heute gelernt, insbesondere während Ihrer Zeit in Rojava?

Meine Zeit in Rojava hat mir gezeigt, dass der Wandel der Gesellschaft und der eigenen Person im täglichen Leben praktiziert wird. Ethik und Werte sind die Grundlage der Politik, um die Gesellschaft und sich selbst zu verändern. Das tägliche Leben ist die materielle Grundlage, um Ethik und Werte zu nähren und zu praktizieren. Dazu gehört die reproduktive Arbeit des täglichen Lebens, die Teilhabe an den Sorgen und Nöten der Freund:innen, die Bewältigung von Kummer und Schmerz in der Welt, das Nachdenken über persönliche Unzulänglichkeiten, um sich zu ändern, und die Bejahung des Lebens durch die Art, wie man sich bewegt und spricht. Ohne diese ethischen Grundsätze und Werte gibt es keine Politik. Ohne Politik und Kampf gibt es kein Leben, sondern nur Barbarei. Dagegen zu kämpfen ist die Grundlage für ein freies Leben und die Befreiung des Menschen von der Barbarei.

Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach die Rojava-Revolution weltweit und was sind Ihre Gedanken zum »neuen Internationalismus«?

Rojava bietet den Freiheitsbewegungen weltweit eine Quelle der Inspiration und ein frauenzentriertes Modell für die Revolution im 21. Jahrhundert. Die Bildung von Volksräten, Gemeinden, Kooperativen, Bildungsakademien und zivilen Einrichtungen ist das Herzstück des demokratischen Prozesses in Rojava. Frauen haben bei diesen sozialen Errungenschaften eine führende Rolle gespielt. Rojava ist es auch gelungen, die konfessionellen Konflikte in der Region zu überwinden und eine friedliche Koexistenz verschiedener ethnischer und religiöser Gruppen zu erreichen. Diese Fähigkeit, die Vielfalt in der Region anzunehmen, spiegelt sich auch in der internationalistischen Perspektive der Revolution von Rojava wider. Von der Verteidigung der Gesellschaft gegen den IS und Angriffe des türkischen Staates bis hin zum Aufbau demokratischer Institutionen hat die Rojava-Revolution Internationalist:innen aus der ganzen Welt willkommen geheißen, um die Lehren und Herausforderungen des vergangenen Jahrzehnts zu teilen. Dieser neue Internationalismus spiegelt sich in den verschiedenen revolutionären Strömungen, die in Rojava zusammenarbeiten und die unter anderen Umständen nicht nebeneinander arbeiten könnten, wider. Der Internationalismus in Rojava ist eine universelle Sprache für die gesamte Menschheit, die die Grenzen überschreitet, die den Menschen und Freiheitsbewegungen weltweit auferlegt wurden. Dieser neue Internationalismus erhellt den Weg in die kommenden freien Tage.

Welchen Appell wollen Sie an die Freiheitsbewegungen und demokratischen Kräfte weltweit richten?

Die Worte von George Jackson, einer führenden Persönlichkeit der Black Panther Party, klingen für mich heute noch nach: »Legt euren Streit bei, kommt zusammen, begreift die Realität unserer Situation, begreift, dass der Faschismus bereits hier ist, dass bereits Menschen sterben, die gerettet werden könnten, dass weitere Generationen ein armseliges, abgeschlachtetes Halbleben führen werden, wenn ihr nicht handelt. Tut, was getan werden muss, entdeckt eure Menschlichkeit und eure Liebe in der Revolution.« ♦

Formen des Widerstands in Lateinamerika als Aktualisierung der Poder Popular

Zivilgesellschaft als Aktivposten beim autonomen politischen Wandel

Bloque Latinoamericano

»Bloque Latinoamericano« (Lateinamerikanischer Block) entstand Ende 2018 aus dem Zusammenschluss verschiedener linker Organisationen und Aktivist:innen, die sich solidarisch mit den Kämpfen der Völker Lateinamerikas engagierten, aber vor allem auch aus politischen Organisationen von Migrant:innen, Geflüchteten und Communities in der Diaspora in Deutschland. Im praktischen Fokus der Organisation stehen: gelebter Internationalismus, das Schmieden antikolonialer Bündnisse, Verteidigung von Land und Natur sowie der antipatriarchale Kampf.

Jenseits des manchmal romantischen und exotischen Bildes der Kämpfe, die in Lateinamerika seit Jahrhunderten stattfinden, können wir sehen, dass es verschiedene Beispiele für realen Widerstand mit realen Menschen und realen Bewegungen, die sich gegen verschiedene Formen von Herrschaft organisieren, gab und gibt. Was einst als Verbindung von Kolonialismus und Abhängigkeit angesehen wurde, sind heute der Neokolonialismus, die extraktivistische Wirtschaft und die Prekarität des Lebens, die weitgehend die neuen Formen des Widerstands bestimmen, die Erben der historischen Kämpfe. In verschiedenen Ländern Lateinamerikas ist heute zu beobachten, dass die Kämpfe der Bewegungen zur Verteidigung der Natur, der feministischen Bewegungen sowie der LGTBIQ+-Community und der indigenen Völker an der Spitze der Forderungen nach sozialen Grundrechten (Recht auf Gesundheit, Wohnung, Bildung) und Grundrechten (Zugang zu Wasser und einer verschmutzungsfreien Umwelt) stehen. In diesem Sinne müssen die sozialen Revolten der letzten Jahre in Ecuador und Chile (2019), Kolumbien (2021) und Peru (2022) nicht als isolierte Ereignisse verstanden werden, sondern als Konkretisierung historischer Forderungen, die einerseits verlangen, Teil der notwendigen sozialen Transformationen zu sein, und, andererseits, historische Formen des Widerstands und der partizipativen und direkten Demokratie aktualisieren. Eine dieser Formen ist das Konzept *Poder Popular* (dt. Macht des Volkes). Aber was kann man unter diesem Konzept verstehen? Dazu ist es notwendig, ihre historische Bedeutung und, wie wir sie begreifen, ihre Kontingenz und Aktualität im aktuellen politischen Szenario zu verstehen.

Das Konzept *Poder Popular* ist in der lateinamerikanischen Vorstellungswelt seit den 60er Jahren in verschiedenen Kontexten präsent und wurde daher von sozialen Bewegungen und politischen Organisationen auf unterschiedliche Weise verwendet. Jedoch bezieht sich der genannte Begriff in einem allgemeinen Sinne auf das Aufbrechen der Arbeiter:innen- und Volksbewegung, auf die Mobilisierungen der Beherrschten und Ausgebeuteten, die in einem kapitalistischen Kontext organisiert sind und denen es aus ihrer subalternen Position und mit ihrer intervenierenden Mobilisierungskraft gelingt, eigene Machträume zu schaffen, die autonom und subversiv gegenüber der herrschenden Gesellschaftsordnung sind. Diese Macht kann eine lokale, kommunale, regionale oder sogar eine nationale territoriale Doppelmacht sein, die die Legitimität und das Gewaltmonopol des Staates selbst in Frage stellt. Aber für ihre Verwirklichung muss sie sich aus realen Subjekten und vor allem aus ökonomischen Räumen entwickeln: Aus diesem Grund erhalten die Erfahrungen der *Poder Popular* eine besondere revolutionäre Kraft, wenn sie von den Lohnabhängigen und den Arbeiter:innen ausgehen, da ihr Widerstand die Reproduktion und Akkumulation des Kapitals direkt bedroht.

Wir müssen dann als Beispiel das Chile der 70er Jahre und die »Industriegürtel« (*Cordones Industriales*[1]) in Betracht ziehen. Dabei handelte es sich um territoriale Koordinierungsgremien zwischen Arbeitnehmer:innen aus mehreren Dutzend Betrieben und Unternehmen in einem bestimmten geografischen Gebiet. Jeder *Cordón* bestand aus einer Gruppe von Unternehmen oder Fabriken, die den Kampf der Arbeitnehmer:innen in demselben Gebiet koordinierten. Zum Zeitpunkt des Militär- und Zivilputsches am 11. September 1973 waren 31 *Cordones* eingerichtet. Die Industriegürtel fungierten von Anfang an als Organe der Arbeiter:innenmacht und des Bündnisses mit den Volkssektoren auf dem Land und in der Stadt und breiteten sich während des Streiks der Unternehmer:innen im Oktober 1972 über das gesamte chilenische Staatsgebiet aus. Das heißt, die *Cordones* entstanden aus der Kombination von Erfahrung

1 https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2013/09/cordones_alix.pdf

und dem Bedürfnis, sich gegen die Eigentümer:innen der Produktionsmittel zu wehren und zu organisieren.

Ein anderes, näher liegendes Beispiel ist die Entstehung der national-populären Regierung in Bolivien (mit Evo Morales als Präsident), die ihre Wurzeln in der sozialen Mobilisierung vor 2005 hat. Daher lässt sich ihr Ursprung nur erklären, wenn man die Entstehung der sozialen Bewegungen betrachtet, die seit den 90er Jahren und vor allem ab 2000 zu beobachten sind. Die Bewegung zum Sozialismus (MAS)[2] als bolivianische Regierung definiert diese als eine Regierung, in der die sozialen Bewegungen eine grundlegende Rolle spielen, da sie eine wesentliche Stütze für die von ihr angestrebten Veränderungen in Bolivien sind.

Dazu noch ein weiteres interessantes Beispiel ist die Kommune von Oaxaca (Mexiko) im Jahr 2006: Sie war ein Schlüsselerlebnis, wenn wir über die Macht des Volkes im 21. Jahrhundert sprechen, denn sie bestätigte ein außergewöhnliches Maß an Demokratie von unten, an volks-indigener und gewerkschaftlicher Demokratie, so etwas wie die erste Kommune unseres Jahrhunderts, ein bisschen wie die Pariser Kommune am Ende des 19. Jahrhunderts.[3]

Um diese emblematischen Erfahrungen mit der Gegenwart in Verbindung zu bringen, müssen wir uns die folgende Frage stellen: Warum sind diese Formen des Widerstands in Lateinamerika so dringend? Die Antwort ist zwar einfach und leicht abzuleiten, muss aber klar und deutlich gesagt werden: Es ist der Neoliberalismus in seiner maximalen Ausprägung, der von den Menschen Formen des Widerstands verlangt. Gegenwärtig sind es gerade die oben erwähnten sozialen Bewegungen, denen es einerseits gelungen ist, die Demokratie durch eine direktere Beteiligung zu vertiefen, wie wir im aktuellen verfassungsgebenden Prozess in Chile mit der direkten Beteiligung eines breiten Spektrums sozialer Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft sehen können,[4] oder andererseits Situationen echter Autonomie bei der Ausübung der Volksmacht und wirksamen Widerstands gegen den Extraktivismus zu schaffen. Dies ist der Fall des indigenen und bäuerlichen Kampfes gegen das Conga-Bergbauprojekt in Peru,[5] wo wir ein paradigmatisches Beispiel für den lateinamerikanischen Widerstand gegen den Bergbau haben, da die soziale Mobilisierung trotz des Machtgefälles zwischen den Konfliktparteien die Aussetzung des Conga-Projekts erreicht hat und zu einer Erfahrung erfolgreichen sozialen Widerstands wurde, die ein Bezugspunkt für andere bäuerliche und indigene Gemeinschaften in Peru und der Welt sein wird.

Abschließend möchten wir mit diesen Beispielen unterstreichen, dass die Zivilgesellschaft im Allgemeinen eine grundlegende Protagonistin ist und eine aktive Rolle in den Prozessen des politischen Wandels einnimmt. Die Kombination aus autonomer ziviler Aktivität, dem zivilen Impuls für linke Regierungen und der konsequenten Beteiligung der Zivilgesellschaft an national-populären Regimen hat der Politik in Lateinamerika ein neues Gesicht gegeben. Insbesondere die Beziehung zwischen der Zivilgesellschaft und den Regierungen der einzelnen Länder wurde sowohl durch unabhängige als auch durch von der Regierung geförderte Formen der Partizipation gestärkt. Es lohnt sich, den weitgehend unabhängigen Charakter der Beteiligung der Zivilgesellschaft zu betonen, ein Aspekt, der sie von populistischen Regierungen unterscheidet, die die Bürger:innenbeteiligung zwar integriert haben, aber immer unter einer vertikalen und der Zivilgesellschaft selbst untergeordneten Bedingung.

Konkretisierung der unterschiedlichen Kämpfe der Zivilgesellschaft: Chile, Bolivien, Honduras, Kolumbien und Mexiko

Eine Bewegung, die seit 2019 besonders sichtbar ist, die aktuelle feministische und LGBTIQ+-Bewegung, breitete sich ausgehend von Lateinamerika auf der ganzen Welt aus. Der Kampf gegen die Feminizide war der Auslöser.

Am 25. November 2019 trat in Chile eine Frauengruppe namens »Las Tesis« (Die Thesen) ins Licht der Öffentlichkeit. Sie waren Teil der radikalen Protestbewegung von Schüler:innen, jungen Arbeiter:innen und Studierenden. Ihre Performance »El violador es tu« (Der Vergewaltiger bist du) wurde bald von Frauen, Mädchen und LGBTIQ+ auf allen Kontinenten, vor allem in allen Ländern Mittel- und Südamerikas übernommen. Diese Bewegung, die damit sichtbar wurde, war klassen- und herkunftsübergreifend. Sie führte dazu, dass diejenigen, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, bis dahin weitgehend unsichtbar waren und kaum eine Stimme hatten, unübersehbar und unüberhörbar wurden.

Einige Monate später, am 8. Mai 2020, waren allein in Mexiko-Stadt 35 Millionen Frauen und LGBTIQ+ auf der Straße. Ihr Lied war der »Canción sin miedo«, das Lied ohne Furcht.[6] Die gemeinsame Parole war »Ni una más« (Nicht eine mehr).

2 http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/bolivien/movimento-al-socialismo-instrumento-politico-por-la-soberania-de-los-pueblos-mas-ipsp-19093.html
3 https://www.jenspetzkastner.de/artikel/bewegung/archiv-bewegung/oaxaca-kommune
4 https://www.ipg-journal.de/regionen/lateinamerika/artikel/neue-verfassung-in-chile-5191/
5 https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/der-kampf-um-den-bergbau/
6 Canción sin Miedo (Fearless song – Mexican Feminist Hymn) – https://www.youtube.com/watch?v=FB_PPyghdpI

Ein anderer Teil der aktuellen Kämpfe ist der Widerstand gegen den neokolonialen Extraktivismus und die Zerstörung der Erde durch vor allem transnationale Konzerne.

1999 sprach Evo Morales bei den überwältigenden Protesten gegen die WTO (Welthandelsorganisation). Das Treffen von mehr als 150 Regierungschef:innen plus Chef:innen zahlreicher transnationaler Konzerne wurde verhindert. Evo Morales war Sprecher der Coca-Bauern und der Bewegung gegen den Verkauf des Wassers von Cochabamba an den US-Konzern Bechtel für 1 Dollar(!) Die Familie des damaligen US-Präsidenten Bush ist an diesem Konzern beteiligt. Der Kampf sowohl gegen die Privatisierung des Wassers als auch gegen die Zerstörung der Felder der Coca-Bäuer:innen wurde einige Jahre später gewonnen.

Evo Morales wurde der erste indigene Präsident Boliviens.

Zwar ist es den Reichen und Besitzenden für eine kurze Zeit gelungen, Evo Morales und die Bewegung MAS zurückzudrängen, mit unbewiesenen Beschuldigungen, aber heute sind sie wieder da.

Ein weiterer nationenübergreifender, zivilgesellschaftlicher Widerstand ist der der Ursprünglichen Bewohner:innen des lateinamerikanischen Kontinents gegen die Privatisierung und als deren Folge die Zerstörung und Vergiftung der Erde. Seit mehr als 500 Jahren kämpfen sie gegen ihre Vernichtung, Unterwerfung und Vertreibung. Für sie ist die Erde, die madre tierra (Mutter Erde), die Quelle allen Lebens. Sie begreifen sich als ihre Beschützer:innen. Das ist weder romantisch noch esoterisch, sondern existentiell. Für alle Menschen.

In unseren Weltanschauungen sind wir Wesen, die aus der Erde, dem Wasser und dem Mais entstanden sind.

Die Denkweise der Ursprünglichen Bewohner:innen steht quer zur kolonialen und kapitalistisch-neoliberalen. Von den Vertreter:innen der kapitalistischen Moderne werden sie als rückständig verachtet, in Wirklichkeit stehen sie an der Spitze der Bewegung. Dafür werden sie angegriffen, vertrieben und ermordet. Da sie aber basisdemokratisch – von unten – organisiert sind, ist es für die jeweils Herrschenden so gut wie unmöglich, sie zum Schweigen zu bringen.

Kolumbien, Cauca:

»›Die Kraft hierfür gaben uns die Natur, unsere Kosmovision und unsere Ahnen, die seit der europäischen Invasion gegen ihre Auslöschung kämpften‹, erklärte Blanca Andrade, Veteranin der Bewegung. ›Dies war nicht die Leistung von Einzelnen, dies ist das Ergebnis eines kollektiven Prozesses unserer Gemeinden‹, rief Ermes Pete, Mitglied des neunköpfigen Obersten Rates des Cric [Indigener Regionalrat des Cauca], unter großem Beifall. ›Es ist eine lange Geschichte mit vielen Fehlern. Aber wir lernen beim Gehen, wie wir Indigenen sagen. Wir dürfen diese Geschichte niemals vergessen – wir müssen sie weiter kämpfen, weiter erschaffen.‹[7]

Honduras:

»Die indigene Basisbewegung wehrt sich seit Jahrzehnten gegen den Ausverkauf ihres Territoriums, insbesondere gegen die rund 40 Staudämme, die derzeit in Planung oder Umsetzung sind, ebenso wie die Dutzenden Bergbauprojekte, gegen die Rodung der Wälder und weitere neo-koloniale Maßnahmen, die die souveräne Gestaltung und den Schutz des Lebensraums der Lenca untergraben (wie z. B. auch das Wald-Programm REDD+, die Militarisierung, etc.). Insbesondere in Zusammenhang mit dem Widerstand gegen das Wasserkraftwerk Agua Zarca wurde Berta des Öfteren die ›Mutter der Flüsse‹ genannt. In ihrer Rede bei der Preisverleihung des Goldman Preises, einem der weltweit bedeutendsten Umweltpreisen, welchen sie 2015 verliehen bekam, erklärte sie, warum sie ihr Leben diesem Kampf widmete:

›In unseren Weltanschauungen sind wir Wesen, die aus der Erde, dem Wasser und dem Mais entstanden sind. Als Lenca sind wir seit Generationen Hüter der Flüsse, beschützt außerdem von den Geistern der Mädchen. Diese zeigen uns, was es bedeutet, auf verschiedene Weise das eigene Leben der Verteidigung der Flüsse zu widmen, nämlich, das Leben für das Wohl der Menschheit und dieses Planeten zu geben.‹

Die Ermordung Bertas *[2016 in ihrem Haus erschossen]* ist Teil der systematischen Kampagne gegen sie und COPINH, um deren unbequemen Widerstand zu brechen. Darunter fielen die Ermordung vieler weiterer Mitglieder von COPINH in den letzten Jahren, ebenso wie unzählige Morddrohungen, die Kriminalisierung der Staudamm-Gegner*innen, das Einleiten von Gerichtsverfahren gegen Berta Cáceres, welche aufgrund nicht existenter Beweise für die Beschuldigungen fallen gelassen werden mussten, die Verfolgung von Berta und mehrere Mordversuche.«[8]

7 https://amerika21.de/2020/02/237755/kolumbien-indigene-cauca-cric
8 https://www.ftwatch.at/honduras-ermordung-der-menschenrechtsverteidigerin-berta-caceres/

Peru: Kampf der peruanischen Indigenas gegen Gold- und Kupferbergbauprojekt

Seit 2011 kämpfen Indigenas in den peruanischen Anden gegen ein Gold- und Kupferbergbauprojekt, das das Wasser der Seen vergiften würde. Seitdem beteiligen sich immer mehr Menschen, auch aus den Städten, an den Kämpfen – trotz heftiger Repression in den vergangenen elf Jahren.

23. April 2022, in der Stadt Cajamarca: »Tag für Tag versammeln sich mehr als 20.000 Menschen auf dem historischen Plaza de Armas und demonstrieren unter dem Motto ›Conga no va‹ (Kein Conga!) friedlich gegen das Bergbauprojekt. Zusammen mit den politischen Vertretern der Region fordern sie eine Garantie der Unantastbarkeit der Bergseen. Auch die Städter kennen die Gefahren des Bergbaus.«[9]

»Auf 4000 Metern Höhe in den peruanischen Anden bewachen seit fast zwei Wochen mehr als 8000 Bauern dutzende von Bergseen. Die natürlichen Wasserspeicher sind akut vom Goldbergbau bedroht. Für die Bauern sind die Seen lebenswichtig, denn sie liefern Wasser für die Vieh- und Landwirtschaft im Tal. Sie bitten den neuen peruanischen Präsidenten seine Wahlversprechen einzulösen und sich gegen das Gold- und Kupferbergbauprojekt Conga auszusprechen.«[10]

Chile:

Seit dem Beginn der Proteste von Schüler:innen und Studierenden, die sich an der Erhöhung der Fahrpreise in öffentlichen Verkehrsmitteln entzündet haben, kam es zu immer härteren Auseinandersetzungen zwischen den Protestierenden und der neoliberalen Regierung Piñeras. Er ist einer der Nachfolger von Augusto Pinochet, der den Militärputsch gegen die sozialistische Regierung der Unidad Popular Salvador Allendes 1973 zu verantworten hatte. Er und alle nach ihm, bis Dezember 2021, machten Chile zum Musterland des Neoliberalismus. Das führte zu einer unfassbaren Verarmung des allergrößten Teils der chilenischen Bevölkerung und zu einer Potenzierung des Reichtums der kleinen Oberschicht. Diese konnte sich nur durch massive Repression und die Resignation und Hoffnungslosigkeit der Bevölkerung an der Macht halten.

Das änderte sich ab 2019. Zwar war auch damals die Repression sehr groß – Tausende Verletzte, Gefolterte und viele politische Gefangene, mehr als 400 meist jungen Menschen wurde durch gummiummantelte Stahlgeschosse der Polizei mindestens ein Auge ausgeschossen –, aber der Aufstand wurde nicht gebremst: Am 20.12.2021 wurde Gabriel Boric, Sprecher der Studierendenproteste, zum Präsidenten gewählt. Im September diesen Jahres wird Chile die neoliberale Verfassung außer Kraft setzen und sich eine neue geben, an der alle Teile der Zivilgesellschaft beteiligt sein sollen. Dieser Prozess ist nicht einfach, hat doch z. B. Piñera kurz vor Ende seiner Amtszeit noch die Rechte an den Lithiumvorkommen auf dem Gebiet der Mapuche an transnationale Konzerne (an denen auch seine Familie beteiligt ist) vergeben. Die Kämpfe gegen das Abholzen der Wälder dort laufen.

Mexiko:

Derzeit stehen indigene Gemeinschaften und Frauen an der Spitze der Proteste, Kämpfe und Widerstände. Vor allem der Congreso Nacional Indigena (CNI) ist zu nennen, der sich 1995, ein Jahr nach dem zapatistischen Aufstand in Chiapas, einem Bundesstaat Mexikos, gegründet hat. Dort sind fast alle indigenen Völker Mexikos basisdemokratisch organisiert, das EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional), also die Zapatistas, mit eingeschlossen. Die Kämpfe richten sich gegen Ausbeutung und Vertreibung, gegen die Privatisierung von Wasser und Erde und deren damit einhergehende Vergiftung. Sie richten sich auch gegen Bergbauprojekte und die Abholzung der Regenwälder.

Aktuell werden fünf Megaprojekte des sozialdemokratischen mexikanischen Präsidenten und seiner Regierung bekämpft, die transnationalen Konzernen Tür und Tor weit öffnen und die Zerstörung der Erde und die Verseuchung der Flüsse und Seen weiter vorantreiben. Eines davon ist der Tren Maya, eine 1500 km lange Eisenbahnstrecke, die über weite Teile durch Gebiete indigener Völker (die vertrieben werden sollen) und ursprüngliche Wälder führt (die natürlich abgeholzt werden) und an der riesige Tourismuszentren, aber auch Fabriken geplant sind.

Ein zweites Megaprojekt ist die Verbindung der Atlantik- mit der Pazifikküste durch Autobahnen, gesäumt von Fabrikanlagen. Auch diesem Projekt fällt unberührte Natur zum Opfer und auch es führt durch indigene Gebiete, deren Bewohner:innen vertrieben werden sollen. Der Widerstand wächst auf allen Ebenen – wie auch die Repression durch Armee, Polizei und Paramilitärs. Parallel dazu werden immer mehr autonome Regionen aufgebaut, die ein eigenständiges Bildungs-, Gesundheits- und Rechtssystem praktizieren und kollektive Landwirtschaft betreiben. ♦

Für weitere Informationen über Bloque Latinoamericano https://bloquelatinoamericanoberlin.org/

9 https://www.regenwald.org/petitionen/806/peru-aufstand-gegen-das-gold
10 Ebd.

Nicht nur für die Öffentlichkeitsarbeit:∏

Erfahrung Rojava

Eine Buchempfehlung von Gisela Rhein

Dr. Michael Wilk, Notarzt, Psychotherapeut und Autor, arbeitet seit 2014 aktiv mit dem Kurdischen Roten Halbmond »Heyva sor a kurd« in Nord- und Ostsyrien zusammen. Sein Einsatz beschränkte und beschränkt sich nicht auf Spendensammlungen und die Organisation von Hilfslieferungen. Seit 2014 arbeitet er zusammen mit den Kolleg:innen von »Heyva sor a kurd« in Notfallambulanzen, improvisierten Verbandsplätzen hinter der Front und Krankenhäusern. Als Arzt hat er Verletzte der Kriege gegen den sogenannten Islamischen Staat und gegen die türkischen Invasionstruppen versorgt.

Seine Schilderungen werden auch zu einer Erzählung der Geschichte des Kurdischen Roten Halbmonds, der seit Beginn der Revolution bis heute die Gesundheitsversorgung unter schwierigsten Bedingungen stemmt. »Wir haben gelernt mit Schwierigkeiten umzugehen – wir geben unser Bestes«, sagt Şerwan. (S. 27) Dr. Şerwan Bery gehört zu den Ärzt:innen, die die Rote-Halbmond-Organisation aufgebaut haben, und von 2017 bis 2021 war er Ko-Vorsitzender. Die Idee zum Buch entstand 2021. Es sollte eine Sammlung von Erfahrungsberichten im weitesten Sinne werden. Erfahrungen von Menschen aus Deutschland, die sich in Nord- und Ostsyrien im Sinn des Systems des demokratischen Konföderalismus engagieren und sich für die Menschen vor Ort und die Arbeit der Autonomen Administration Nord- und Ostsyrien einsetzen. Als Anregung und auch als Rahmen für die Texte hat der Herausgeber Fragen an die Autor:innen formuliert.Hier einige Beispiele: »Wie bist du zum Thema Rojava gekommen, was hat dich besonders berührt/beeindruckt, wie hast du angefangen dich zu engagieren, was sind deine Erfahrungen hier *(gemeint ist Deutschland)* und vor Ort, was war im Kontakt zu den Menschen besonders eindrucksvoll, schwierig …? Was war der wesentliche Aspekt der Solidaritätsarbeit, der Anspruch, das Ziel? Was begeistert dich, … was erschöpft dich?« (S. 11) Alle Fragen beziehen sich sowohl auf Deutschland als auch auf Nord- und Ostsyrien.

Herausgekommen sind Texte von neun sehr verschiedenen Menschen mit einer Vielfalt von Sichtweisen, Schwerpunkten und Erfahrungen:

Michael Wilk, der auch seine Rolle als kulturfremder weißer Mann kritisch beleuchtet.

Nujin, die ihre persönliche Geschichte und ihren Einsatz als Krankenschwester im Krieg mit der Geschichte der kurdischen Bewegung verknüpft.

Torsten Lengfeld, der als Physiotherapeut mit den Kriegsverletzten lebt und arbeitet und ihren Geschichten und der gesellschaftlichen Solidarität breiten Raum gibt.

Elke Dangeleit, Initiatorin der bis jetzt einzigen offiziellen Städtepartnerschaft in Deutschland, thematisiert die bürokratischen und zwischenmenschlichen Hürden der Solidaritätsarbeit.

Peng, der in einem sehr sachlichen Bericht die Arbeitsbedingungen eines Physiotherapeuten mit dem ausgemusterten Material aus Deutschland schildert.

Beriwan Al-Zin, die als Dolmetscherin eine Delegation begleitet und schon an der Grenze, bereit zur Ausreise, den Entschluss fasst, zu bleiben und als medizinische Notfallhelferin zu arbeiten.

Thomas Lutz, der als Traumapädagoge die Belastungen und Bedürfnisse der Kinder und des pädagogischen Personals in Kindergärten und Schulen kennenlernt.

Meryem Tuutiy, die als Mitarbeiterin in der medizinischen Versorgung die Kraft des Widerstands, auch in Şengal, und den unbedingten Willen zum Aufbau beschreibt.

Tom erzählt im letzten Beitrag seine Geschichte im lockeren Erzählstil; die Geschichte eines naiven, politisch wenig informierten jungen Mannes, der sich aufmacht, um gegen den sogenannten Islamischen Staat zu kämpfen. Er ist geblieben und zum überzeugten Aktivisten für den Aufbau des basisdemokratischen und multiethnischen Gesellschaftsmodells geworden.

Die Autor:innen verfallen nicht in romantische Beschönigungen der Widersprüche vor Ort, sprechen von ihren Schwierigkeiten, äußern konstruktive Kritik, aber alle eint die Solidarität mit den Menschen in Nordostsyrien. Und für alle bedeutet die Erfahrung einen Wendepunkt in ihrem Leben.

Meryem Tuutiy: »Veränderung braucht Zeit und Beispiele, braucht Mut und Starrköpfigkeit. Braucht Hoffnung und die Stärke, sich aus den Fesseln der Vergangenheit, des Traumas zu entwinden. Gleichzeitig und nicht erst, wenn der Krieg vorbei ist.« (S. 218)

Die Informationen in diesem Buch erreichen die Leser:innen über Gefühl und Verstand. Eine wichtige Voraussetzung für Engagement. ♦

Wilk, Michael (Hrsg.):
»Erfahrung Rojava« – Berichte aus der Solidaritätsarbeit in Nord-Ostsyrien
Verlag Edition AV 2022, 238 Seiten, 18,00 €

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint
regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Demonstration in London am 11. Juni zur Verteidigung Kurdistans; photo/ANF

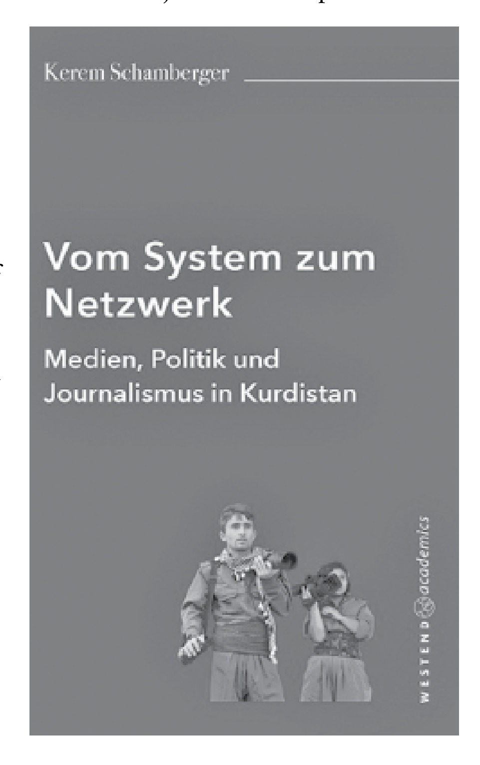
Rückseite:
Rheinmetall Entwaffnen-Sommercamp in Kassel

Namentlich gezeichnete Artikel
geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur
mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung
zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Neuerscheinung: »Vom System zum Netzwerk – Medien, Politik und Journalismus in Kurdistan«

»Vom System zum Netzwerk – Medien, Politik und Journalismus in Kurdistan« – so heißt der Titel der Dissertation von Kerem Schamberger. In der im Westendverlag als Buch erschienen Doktorarbeit wird erstmals das Mediensystem in Kurdistan und der europäischen Diaspora als ein transnationales Netzwerk beschrieben.

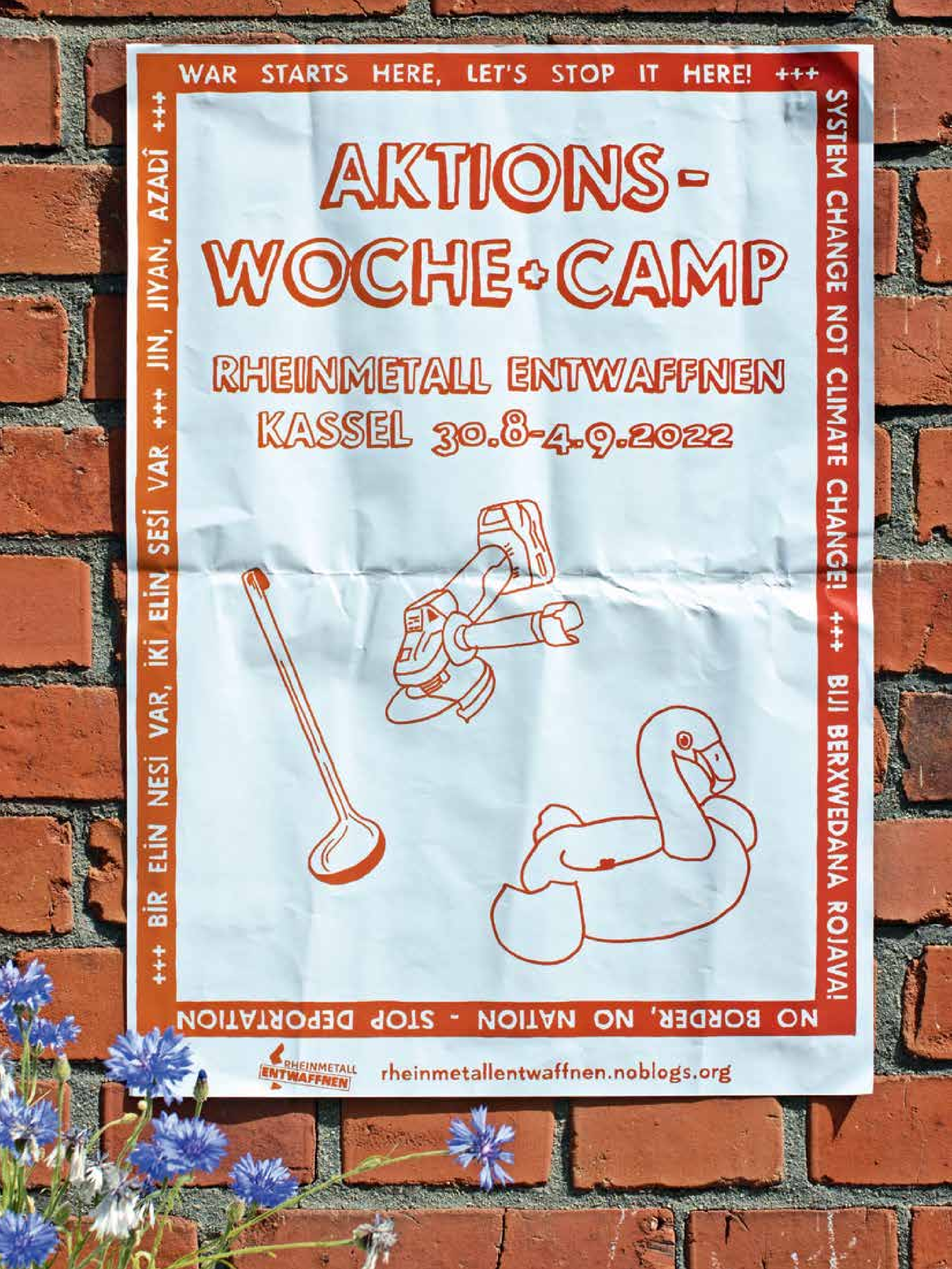
»Schamberger beleuchtet in seiner klaren und detaillierten Studie eine weithin unbekannte Seite Kurdistans, indem er den Blick auf die kurdische Medienlandschaft richtet«, heißt es auf der Internetseite des Verlags. »Es zeigt sich, dass im Nahen Osten ein transnationales kurdisches Mediennetzwerk existiert, das sich bis nach Europa erstreckt. Dieses Netzwerk ist Teil der Selbstorganisation und des Widerstandes von KurdInnen gegen ihre Vertreibung und Assimilation. Es richtet sich entschieden gegen den Status quo, will die Gesellschaft transformieren und leistet zugleich Kritik an den vermeintlich universellen Prinzipien des westlichen Journalismus. Kurdische Medien sind in sich kämpferisch, weil sie von Anbeginn ein Produkt der Auflehnung gegen Unterdrückung sind. Gerade deshalb können aus ihrer Praxis Lehren für andere politische und soziale Bewegungen gezogen werden, deren Ziel es ist, Medien jenseits des kapitalistischen Mainstreams aufzubauen und die Gesellschaft im emanzipatorischen Sinne zu verändern.«



Schamberger hat in den Jahren 2017 bis 2019 umfangreiche Forschungsreisen in die Zentren kurdischer Medienproduktion unternommen. Er reiste nach Südkurdistan und Rojava, nach Denderleeuw in Belgien und Neu-Isenburg bei Frankfurt am Main und an viele andere Orte. Dort traf er Journalistinnen und Journalisten bei ihrer täglichen Arbeit und führte insgesamt für dieses Buch 53 »ExpertInneninterviews«.

Schamberger widmet seine Dissertation dem »Wahrheitssuchenden Bager Nûjiyan/Xelîl Viyan/Michael Panser«, der im Qendîl-Gebirge am 14. Dezember 2018 bei einem türkischen Luftangriff getötet wurde.

Das 616 Seiten umfassende Werk kostet 59 Euro. Es kann aber auch kostenfrei als PDF auf der Internetseite des Verlags bezogen werden.



WAR STARTS HERE, LET'S STOP IT HERE! +++
SYSTEM CHANGE NOT CLIMATE CHANGE! +++ BIJI BERXWEDANA ROJAVA!
NO BORDER, NO NATION - STOP DEPORTATION
+++ BİR ELİN NESİ VAR, İKİ ELİN SESİ VAR +++ JIN, JIYAN, AZADÎ +++
AKTIONS-
WOCHE + CAMP
RHEINMETALL ENTWAFFNEN
KASSEL 30.8-4.9.2022
RHEINMETALL ENTWAFFNEN
rheinmetallentwaffnen.noblogs.org